

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 13. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrechtskämpfer! Erscheint heute in Massen in den Versammlungen!

Schluß der Wahlrechtsdebatte.

Drei Tage nur währte die Verhandlung über die Wahlrechtspottgeburt, die der Major v. Bethmann Hollweg dem Lande zu bieten sich nicht entblödet hat!

Drei Tage der Debatte nur über ein Gesetz, das über das künftige Schicksal Preußens entscheiden soll! Ueber das Schicksal Preußens nicht nur, sondern über das des ganzen Reiches. Das die Entscheidung bringen muß, ob auch künftig das deutsche Volk und die deutsche Kultur den Junkerjüngeln preisgegeben sein soll oder nicht!

Matt, matt- und kraftlos, wie die Debatte eingeseht, verhandelte sie auch. Der Freisinn protestierte noch einmal durch den Mund des Herrn Bachnide gegen das Dreiklassenwahlrecht — allein auch der Freisinn verriet mit keiner Silbe die Absicht, daß er jetzt, im entscheidenden Augenblick, seinen Raum stehen, daß er den Fehdehandschuh der Junker, den Herr Raffewitz als zweiter konservativer Redner dem Hause und dem Volke noch einmal in schnoddrig-provokatorischer Weise hinwarf, aufzunehmen und das Volk auf die Schanzen rufen will! Trotz alles salbungsvollen Pathos atmete die Rede des Herrn Bachnide vielmehr ganz die Resignation, daß für den Augenblick ja doch nicht mehr zu erreichen sei, als höchstens eine kümmerliche Abschlagszahlung, die selbst ein konservativer Mann wie Professor Delbrück für total ungenügend erklärt hatte!

Rationalliberale und Zentrum ließen es vollends an jedem Willen zur Tat fehlen.

Hätten es die bürgerlichen Parteien, die in den Debatten wieder einmal ihre platonische Liebe zu einer demokratischen Wahlreform beteuerten, auch nur einigermaßen ernst mit der Erringung — nicht einmal des Reichstagswahlrechts, sondern auch nur entschiedener Zugeständnisse, gemeint, so hätten sie dafür sorgen müssen, daß die Debatten eine viel größere Entschlossenheit hätten erkennen lassen. Und Zentrum und die Linke zusammen hätten ja die Majorität auch im Hause besessen, hätten jeden konservativen Schlußantrag vereiteln können.

Wäre die Debatte so, ihrer Bedeutung gemäß, geführt worden, so hätte sich erst ein wirklich parlamentarischer Kampf entwickelt. Die Wahlrechtsfreunde hätten dann energisch mit den Gegnern der Wahlreform ringen können. Die Gegensätze hätten sich zugespitzt, die Schlachtlinie hätte sich klar entwickelt, die Meinungen wären schroff auseinandergelagert. Und die Anteilnahme der Massen im Lande, über deren Rechtfertigung gesprochen wurde, wäre fieberhaft gesteigert worden. Die Massen würden noch mehr aufgerüttelt worden sein, ihr Votum spontan mit in die Waagschale zu werfen! Das Schauspiel im Hause hätte durch die allgemeine Volksbewegung erst den würdevollen und eindrucksvollen Hintergrund erhalten!

Aber man schloß die Debatte, nachdem sie kaum begonnen! Das Haus begnügte sich damit, statt dem Volke die scharf markierte Kampfesstellung der Parteien zu zeigen, statt die Positionen festzulegen, die man unter allen Umständen zu behaupten entschlossen ist, wieder einmal die Potemkinschen Dörfer programmatischer Forderungen vorzugaukeln. Das ist ja so bequem! Hinter diesen Kulissen versteckt man sich nach außen hin! Und diese programmatischen Erklärungen verpflichten ja zu gar nichts!

Nichts aber ist wichtiger für das Volk und die ferneren Stadien des Wahlrechtskampfes, als eine genaue Orientierung über die wirkliche Situation! Diese aber ist die folgende:

Die 153 Mann starke Fraktion der Konservativen ist gegen jede kleinste Verbesserung der bestehenden Wahlrechtschmach. Sie wird nur für die Maximierung zu haben sein, für die Nichtanrechnung der großen Steuerbeträge über eine gewisse Summe hinaus. Sie wird dafür sein nicht auf Abneigung gegen plutokratischen Einfluß an sich, sondern in der Hoffnung, dadurch möglichst weit dem Liberalismus einigen Abbruch tun zu können.

Die Freikonservativen, die 60 Abgeordnete zählen, werden gleichfalls über die Maximierung und vielleicht auch über die geheime Wahl mit sich reden lassen.

Das Zentrum, das über 105 Mandate verfügt, wird für das geheime Wahlrecht stimmen, aber gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise! Es wird zwar in der Kommission für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts eintreten, aber es — wenn nicht von außen der stärkste Druck auf es ausgeübt wird — beim „Fordern“ hübsch bewenden lassen!

Die Nationalliberalen, 65 Mann stark, sind für die geheime Abstimmung, aber gegen das gleiche Wahlrecht. Sie werden sich auch mit der Erhaltung der Dreiklassenmach abfinden! In der Maximierung erblicken sie ebenso eine Venachteiligung ihrer Fraktionsinteressen wie die

Freisinnigen, die 36 Abgeordnete zählen. Diese sehnen sich überdies, gleich den Nationalliberalen, nach Beseitigung der Drittelung der Urwahlbezirke, was eine Verschärfung der plutokratischen Tendenz des Wahlrechts und eine schwere Bedrohung der sechs sozialdemokratischen Mandate bedeuten würde! Dabei „fordert“ der Freisinn die Uebertragung des Reichstagswahlrechts, ohne bis jetzt auch nur den schüchternsten Ansat zu einer Erklämpfung dieses Wahlrechts gemacht zu haben! Endlich: Polen gleich Zentrum.

Danach ist nur eine Mehrheit für das geheime Wahlrecht vorhanden, während sowohl für die Neueinteilung der Wahlkreise wie jede andere auf eine Gleichheit des Wahlrechts abzielende Forderung keine Mehrheit im Dreiklassenparlament vorhanden ist.

Daß das bei einer rein parlamentarischen Verhandlung der Wahlrechtsfrage ja gar nicht anders kommen konnte, war ja selbstverständlich und ist von uns unzähligmal mit schärfstem Nachdruck ausgesprochen worden!

Gerade deshalb hat ja die Sozialdemokratie seit Jahren den Schwerpunkt des Wahlrechtskampfes nach außen, in das Volk selbst zu verlegen versucht!

Und diese Taktik gilt es denn auch jetzt mit größter Entschiedenheit und dem äußersten Nachdruck fortzusetzen!

Mit allgemeinen Bekundungen des Volkswillens ist es aber nicht getan! Es gilt nunmehr die einzelnen Parteien zur Rechenschaft zu ziehen, ihnen den Rachen zu steifen.

Am Dienstag bereits beginnt die Kommissionsberatung. Da ist Zögern und Zaudern nicht am Plage! An die Arbeit!

Der Minister von vorgestern.

Am Sonnabend hat Herr v. Bethmann Hollweg, Preußens Ministerpräsident von Königs Gnaden und Gottes Born, dem „Hohen Hause“ wieder einmal ein paar Worte zu kommen zu lassen geruht. Ein paar Worte nur, aber sie waren bezeichnend für den Mann, der da sprach, für die Regierung, in deren Namen er sprach, ja für den ganzen rückwärts gerichteten Kurs, den Preußens übermütiges Nachhabertum zur Zeit so scharf nach rechts zu steuern beliebt.

Den „philosophischen“ Ministerpräsidenten hatte die Rede des freisinnigen Abgeordneten Bachnide in eine recht unphilosophische Aufregung versetzt, und der Vater des neuen preussischen Wahlrechtswechselfalles erhob sich zu einer kurzen „Entgegnung“, die in der zweimal betonten Erklärung gipfelte: daß er, der Herr v. Bethmann Hollweg, vorgestern gesagt habe, was zu sagen sei!

Man kann dieses wunderbolle Ministerwort als den Schlüssel für das ganze Bethmann Hollweg-Regime ansehen. Der Minister von vorgestern kann natürlich kein anderes Gesetz, kein anderes Wahlrecht einbringen als ein Gesetz, ein Wahlrecht von vorgestern! Der Minister von vorgestern kann nicht begreifen, daß dem preussischen Volke mit einem Wahlrecht von vorgestern nicht gedient ist, daß es kein altes, verstaubtes, verrostetes und vermottetes Wahlrecht zu herabgesetztem Preise erschachern will, sondern daß es ein modernes, ein Wahlrecht von heute haben muß!

Die nervöse Erregung, die den Ministerpräsidenten packte, ist übrigens recht wohl zu begreifen; denn Herr Bachnide hatte einen guten Tag, und seine Argumente gegen die Wahlrechtsvorlage und gegen Herrn v. Bethmann Hollweg, den politischen Dilettanten, trafen so scharf, daß dieser Ministerpräsident, auch wenn er den Versuch gemacht hätte, sich geistig etwas mehr in Unkosten zu stürzen, nicht viel Geheimes zusammengebracht hätte.

Nur eins konnte sich Bachnide — und nachher noch Geld Fischbeck — sparen: die weisen Lehren, die liebevollen

Ermahnungen an die Adresse der Sozialdemokratie: doch beileibe keine ungesetzlichen Mittel anzuwenden, keine Straßendemonstrationen zu veranstalten! Die deutsche, die preussische Sozialdemokratie hat nachgerade oft und deutlich genug gezeigt, daß sie weiß, was sie will, sie hat — ihrer ganzen politischen Auffassung gemäß — klar genug bewiesen, daß ihr der natürliche Gang der Dinge auf dem Wege der gesetzmäßigen Entwicklung zu liegen scheint — so klar, daß wir es eigentlich nicht mehr nötig haben müßten, einem ehrlichen und anständigen Gegner zu erklären: daß Putschismus und dergleichen nicht in der Linie unserer Wünsche liegt. Womit natürlich nicht gesagt ist, daß es den preussischen Freisinnigen zur Schande gereicht haben würde, wenn sie, statt der Sozialdemokratie guten Rat und weise Lehren zu geben, lieber dem Ministerpräsidenten möglichst kräftig kund und zu wissen getan hätten: es sei höchste, allerhöchste Zeit, dem mündigen preussischen Volke endlich das Recht auf die Straße (das Recht auf seine Straßen!) zu geben, mit einem Worte: im eigenen Lande zu gewähren, was in England — dem von Herrn Bethmann Hollweg gerühmten und bewunderten Lande — seit undenklicher Zeit selbstverständliches Recht der Nation ist.

Der konservative pommersche Er- Arbeiter Malkewitz versuchte dem Abgeordnetenhaus einmal witzig zu kommen, und so „bewies“ er denn, daß das „Berliner Tageblatt“ eine — sozialdemokratische Zeitung ist, schweigte er in der Erinnerung an die schöne Vergangenheit, da die Junker noch „das Recht der ersten Nacht“ hatten und in ähnlichen Affären zierten.

Ueber die Rede des Vizepräsidenten Krause aus Königsberg etwas zu sagen, verlohnt nicht groß der Mühe. Es genügt die Feststellung, daß Herr v. Bethmann Hollweg, der sich noch einmal zum Worte gemeldet hatte, nach Krauses Rede verzichtete. Wahrscheinlich sollte das ein verkapptes Kompliment dafür sein, daß der nationalliberale Mann den Ministerpräsidenten eine „eminent lauterer Persönlichkeit“ genannt hatte. Oder ob jenem Krauses paar Gegenbemerkungen wider die Regierungsvorlage so ungefährlich erschienen sind, daß er meinte, die könne man ruhig laufen lassen —?

Der Schlußantrag, den die Feinde eines anständigen Wahlrechts wohlverwahrt in Bereitschaft hielten, wurde programmäßig um 4 Uhr angenommen und das bedeutete die Beendigung der ersten „Lesung“ der Vorlage! Sie ging an eine Kommission von 28 Mitgliedern, der als Vertreter der Sozialdemokratie Genosse Ströbel angehört.

Haß gegen die Arbeiter!

Was ist der Inhalt des heutigen Wahlrechtes für das preussische Abgeordnetenhaus? Die Entrechtung der Arbeiterklasse! Wohl ist das preussische Wahlrecht noch mit mannigfachen Ungeheuerlichkeiten behaftet, mit Ungeheuerlichkeiten, die sich als Lohn auf die Erfordernisse eines modernen und gerechten Wahlsystems darstellen; aber sie alle, die indirekte, die öffentliche Abstimmung, die Ungleichheit der Wahlbezirke: sie treffen nicht den letzten und eigentlichen Kern des in der preussischen Verfassungsurkunde angehaften Wahlrechtes. Und wenn sie alle beseitigt würden, wenn das Dreiklassenwahlrecht ganz modernisiert würde — jene brutale Rechtsvergewaltigung der breiten Massen bliebe doch unverfehrt. Die Beseitigung der indirekten Wahl würde die sich aus der Wahlmännerinstitution ergebende Fälschung der Abstimmung beheben, die Einführung der geheimen Abstimmung den gräßlichsten Erpressungserzessen entgegenwirken; aber an der den drei Klassen immanent einverleibten, aus ihnen mit unerbittlicher Konsequenz entspringenden Nullifizierung der in der dritten Klasse zusammengepackten breiten Massen des Volkes würde sich mit der Beseitigung der indirekten und öffentlichen Abstimmung blutwenig ändern. Selbst eine gerechte Einteilung der Wahlkreise würde den breiten Massen nichts mehr als zufällige Möglichkeiten bieten, unter besonders günstigen Bedingungen und in ganz vereinzelten Fällen die Mauer zu sprengen, die vor ihnen durch die Existenz der zwei Privilegienklassen aufgetürmt ist. Das Wahlsystem der drei Klassen bedingt die Entrechtung der Arbeiterklasse, die sich so aufreizend in der Tatsache spiegelt, daß in dem Parlament des Landes, das zu den ersten Industriestaaten der Welt gehört, die Arbeiterklasse so gut wie unvertreten ist.

Das preussische Wahlrecht ist ein Wahlsystem der verächtlichsten Bosheit: es gibt ansehnend jedem erwachsenen Mann das Wahlrecht, aber durch die Erfindung der gemeinsamen Wahl der drei Klassen macht es das Votum der breiten Massen illusorisch. Welche tiefere Bedeutung hat, wenn wir ihn an seinem Ursprung aufsuchen, der Gedanke der drei Klassen? Offensichtlich die, daß sich die Nation

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die sechsgehaltene Rollen-
gelle oder deren Raum 50 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereine-
und Berührungsmittel-Anzeigen 20 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (teil-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg., Stellenanzeigen und Schilf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Unterlate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

aus Wohlhabenden, Besitzenden und Besitzlosen zusammensetzt, das also das Wahlsystem so eingerichtet werden soll, daß es allen drei Klassen zu der ihnen entsprechenden Vertretung verhilft. Nun liegt es in der Entwicklung des Kapitalismus, daß die Arbeiter, die eigentlich Besitzlosen, als isolierte, unabhängige Klasse vom Nationstörper abgesplittert, sie als selbständige Klasse begründet: der Klassen Gegensatz ist ja nicht bloß der Gegensatz der Interessen der Arbeiter gegenüber den Besitzenden, er ist ebenso der Gegensatz der Interessen der Besitzenden gegenüber den Arbeitern, und zwar der Besitzenden aller Grade und Arten! Was im System des Dreiklassenwahlrechtes die Folge hat, daß sich immer und überall die zweite Klasse mit der ersten zusammensetzt, um die dritte Klasse zu unterstützen, niemals und nirgends aber, daß sich die zweite Klasse mit der dritten vereinigt, um die erste zu unterstützen. Die Besitzenden sind, wenn sie auch die Steuerleistung zu scheiden scheint, im Grunde doch nur eine Klasse. Gegen diese Ebene, in den ökonomischen Tatsachen, die die Triebfeder des politischen Handelns sind, liegende Gewalt der Zusammengehörigkeit aller Besitzenden gegenüber den Besitzlosen (zumal wenn diese Besitzlosen sozialdemokratisch gewählt) verlieren die statistischen Spielereien der famosen Begründung der Wahlreformvorlage jeden Sinn. Das Wahlrecht der drei Klassen ist die Entrechtung der dritten Klasse, ist Rechtlosigkeit der Arbeiter!

Was mühte sich angesichts dieser Sachlage, die die tatsächliche Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses so erbittert bekräftigt, die Wahlreform als erstes, als wahrhaftes Ziel setzen? Einleuchtenderweise die Beseitigung des himmelschreienden Unrechtes, daß die zahlreichste Volksklasse von der Volksvertretung so gut wie ausgeschlossen ist! Deshalb ist es so charakteristisch für den Geist, der die Vorlage des Herrn v. Bethmann, welcher die Geißelbarkeit des preussischen Junkertums ist, geboren hat, daß ihre Begründung an der durch die Dreiklassenwahl bewirkten Entrechtung der Arbeiter einfach vorübergeht, ihrer mit keinem einzigen Worte gedenkt. Außer ein paar, durch den Grad ihrer Verlogenheit selbst in dieser grundverlogenen Vorlage auffallenden Worten über die Sozialdemokratie (daß ihr Erfolg der sechs Landtagsmandate „nicht ungünstiger erscheine, als die der bürgerlichen Parteien“, denen das ganze Haus als Frucht des Privilegs in den Schoß fällt), wird man in der Begründung nicht einmal eine Andeutung des doch für eine Reform des Wahlrechtes nicht ganz gleichgültigen Umstandes finden, daß es in Preußen eine zahlreiche Arbeiterklasse gibt, die im Abgeordnetenhause vertreten sein sollte und die im Abgeordnetenhause nicht vertreten ist. Was das Ziel der preussischen Wahlreform sein mühte, der Arbeiterklasse die ihr gebührende Vertretung zu sichern, das erscheint der Bethmannschen Wahlreform als eine Nebenabsichtlichkeit, über die zu sprechen sich nicht verlohnt. Das ist der Unterschied des Preußengeistes gegenüber der gesamten Kulturwelt! Überall, selbst wo die tiefste Barbarei walte, erkennt man die stillige Verpflichtung an, den Arbeitern die Vertretung in der Volksvertretung zu sichern; nur dem Preußen unserer Tage gelten die Arbeiter als Paria. Und zwar als Paria wegen ihrer persönlichen und sozialen Reife, weil sie Sozialdemokraten sind. Daß sich eine herrschende Klasse von ihrer usurpierten Macht nicht in überstürzender Begeisterung scheidet, vielmehr an ihr mit der gähnen Säugler des Unrechtes hängt, ist keine auf Preußen und seine herrschenden Klänge beschränkte Erscheinung; aber wenn sie ihre Macht auch nicht aufgeben mögen, so hat doch keiner außerhalb Preußens die Empfindung dafür gemangelt, daß auch die Arbeiter einen berechtigten Anspruch auf das Haus des Volkes haben, und keine hat sich der großen Notwendigkeit der Zeit, die in der Forderung des kämpfenden Proletariats liegt, böswillig verschlossen!

Ein Beispiel: Der fanatischste Anhänger des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in Ungarn ist der Graf Stephan Tisza. Aber in der leidenschaftlichen Rede, mit der er am vierundzwanzigsten Januar in ungarischen Magnatenhaufe die Fejervarsche Wahlreform bekämpfte, sprach er dennoch folgende Worte:

„Ich scheue nicht an zu erklären, daß in der Tat mit dem heutigen Wahlrecht ein gesellschaftlicher Faktor unbedeutend einer riesmütterlichen Behandlung teilhaftig wird, nicht mit Absicht, sondern weil er ein Produkt der neueren Zeit ist: das ist die intelligente, gebildete industrielle Arbeiterklasse, die aber mit Hilfe unserer sich entwickelten Industrie, vorläufig allerdings nur in einzelnen Zentren, um so mehr erstarkt ist. Ich stehe nicht an zu erklären, daß jede Reform des Wahlrechtes dieses Element zu berücksichtigen hat, in welchem ich einen die ungarische nationale Gesellschaft bereichernden Faktor erblicke, der in das ungarische öffentliche Leben hineingeführt, und im ungarischen politischen Leben auf den ihn gebührenden Platz gestellt werden muß.“

In der Bedeutung für Staat und Volk wird sich die industrielle Arbeiterklasse in Preußen mit der in Ungarn wohl noch messen können. Als antwortet aber Bethmann Hollweg, der kein ungarischer Magnat, sondern ein preussischer Philosoph ist, auf die Forderung der preussischen Arbeiterklasse? Er sieht diese entrechtete Klasse überhaupt nicht; und was die wahre Aufgabe der preussischen Wahlreform sein muß, die Ausrottung der schmachlichen Rechtsvergeßlichkeit der breiten Massen, darf dem Beauftragten der Junkerkaste überhaupt nicht zum Bewußtsein kommen!

Die Wahlreform des Herrn v. Bethmann ist nichts als der Ausdruck des Hasses der Junker gegen die Arbeiter!

Der Wahlrechtskampf.

Ein vernünftiger Polizeipräsident.

Wodum, 12. Februar.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Polizeipräsident von Wodum hat soeben seine Genehmigung zu dem am Sonntag beabsichtigten Demonstrationen zuge vom Schützenhof, dem alten großen Versammlungsorte der Bergarbeiter, nach dem Westfalenplatz erteilt. Der Zug geht durch zehn Straßen.

Der Verlauf der Demonstration wird zeigen, daß der Wodumer Polizeipräsident bedeutend besser beraten war, als die Polizeileiter jener Städte, wo Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten worden.

Zu diesen letzteren Städten ist jetzt auch Hannover getreten, wo die Polizei die unter freiem Himmel geplante Volksversammlung verboten hat. Die sozialdemokratische Organisationsleitung hat darauf 14 Protestversammlungen in Eilen einberufen.

Eine Riesenprotestkundgebung

gegen preussische Polizei- und Dreiklassenmach veranfaßte Freitagabend die Breslauer Arbeiterschaft. In den Versammlungen wurde auch gegen die Polizeiübergriße vom vorigen Sonntag Stellung genommen. Etwa 4000 Personen füllten die Säle, mindestens die gleiche Anzahl von Besuchern konnte keinen Einlaß mehr finden. Die Rassen füllten ganze Straßenzüge. Etwa 100 Schußwunden zu Fuß und zu Pferde waren aufgetrieben worden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Da die Polizei sich diesmal aber korrekt benahm, hat sich nicht der geringste Zwischenfall ereignet.

Die Breslauer Parteileitung hatte wegen der Polizeiübergriße vom vorigen Sonntag eine Audienz beim Polizeipräsidenten nachgesucht. Dieser lehnte aber eine Verhandlung ab, da er die Berechtigung der Antragsteller zur Vertretung Breslauer Bürger nicht anerkennt.

Eine bürgerliche Kundgebung gegen die Wahlrechtsvorlage.

Eine große Kundgebung gegen die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung und für die geheime Stimmentabgabe wird von den Kreisen der städtischen Selbstverwaltung, der Wissenschaft und der Kunst, der Industrie und des Handels am Sonntag, den 20. Februar, mittags 12 Uhr, im Zirkus Schumann veranstaltet werden.

Ganz erfreulich, wenngleich die Beschränkung der Forderung auf das geheime Stimmrecht und weniger gefällt.

Gegen die Beschimpfung Süddeutschlands.

Der Volksverein Groß-Stuttgart beschloß gestern Abend in einer öffentlichen Versammlung eine Resolution gegen Bethmann Hollwegs Landtagsrede, in der es heißt: „Die Versammlung protestiert mit Entschiedenheit gegen die grundlose Beschimpfung der deutschen Südstaaten durch den preussischen Ministerpräsidenten Reichstanzler v. Bethmann Hollweg in der Donnerstagssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses, in der er als Folge demokratisch-politischer und parlamentarischer Einrichtungen, wie wir sie besitzen, einen Abgang der Kultur und Erziehung und eine Verflachung und Verrohung der parlamentarischen Sitten erblickt.“

Die Demokratische Vereinigung im Wahlrechtskampf.

In einem Aufruf zu einer für heute Sonntag einberufenen Wahlrechtsversammlung schreibt das demokratische Wochenblatt „Das freie Volk“: Demokraten, erscheint in Massen. Vereint Euch überhaupt allenthalben dort, wo zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in der einen oder anderen Form demonstriert wird. Die Sozialdemokratie darf nicht die einzige Partei sein, die den Kampf für die Demokratisierung entfesselt!

Die ungesetzliche Polizeiaktion gegen die Jugendbildung in Lichtenberg.

Die in der Freitagssnummer angebrochene Ungesetzlichkeit des Polizeipräsidenten gegen den Jugendausdruck veranstalteten Beschäftigten des Genossen Tornow ist am Freitagabend vollführt worden. Vor Beginn des Vortrages wurde von einem Wächtermeister erklärt, daß der Kursus nicht stattfinden dürfe. Vom Versammlungsleiter wurde erwidert, daß dieser Kursus auch nicht stattfinden, aber dafür eine öffentliche unpolitische Versammlung, zu der jedermann Zutritt habe.

Die Beamten blieben trotzdem im Saale und laum hatte der Referent den ersten Satz gesprochen, so wurde von den Beamten die Versammlung für politisch erklärt und die Aufforderung an die Jugendlichen unter 18 Jahren erlassen, den Saal zu verlassen.

Als man den Beamten klar zu machen versuchte, daß sie unmöglich aus dem ersten Satz eines Referats erkennen könnten, ob der Vortrag politisch sei, hatten die Herren nichts weiter zu erwidern, als daß sie die Versammlung auflösen würden.

Dieser Ungesetzlichkeit mußten die Versammelten weichen. Die Versammlung wurde abgebrochen und die Jugendlichen blieben nun auf die Aufforderung des Vorsitzenden hin zu einem gemächlichen Vorkommen im Saale. — Das verband den Beamten sichtlich das Konzept, sie wußten offenbar nicht mehr, wie sie sich dieser neuen Sachlage gegenüber verhalten sollten. In des blieben sie im Saale und unter ihrer Aufsicht vergnügten sich die Versammelten nun mit dem Singen von Liedern, wobei Arbeiterlieder mit solchen wie „Heil dir im Siegerkranz“ und ähnlichen anderen abwechselten. Großes Aufsehen und verständnisvolle Heiterkeit erregte es, als sich herausstellte, daß das ganze Vokal von Kriminalbeamten umlagert war. Als die Versammelten plötzlich unterhohlt die Türen aufreißten, wurden gleich zwei von der edlen Geheimkunst am Alexanderplatz entdeckt. Sie ließen sich auch durch das schallende Gelächter der Jugendlichen nicht in die Flucht jagen.

Der Erfolg der polizeilichen Maßnahme war vorerst für die Jugendbewegung ein nicht unbefriedigender — eine so gut besuchte Jugendversammlung hat Lichtenberg noch nicht gesehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar 1910.

Gassenpflug Nachahmer.

Aus dem Reichstag, 12. Februar.

Der preussische Kriegsminister General v. Heeringen hat volle 24 Stunden gedraht, um eine neue Adresse zu erkennen zur Erklärung der Widersprüche, in die er sich mit seinen bisherigen Auslassungen zur Frage des militärischen Verfassungsgeldes verwickelt hat. Trotzdem er jederzeit im Laufe der Sitzung das Wort dazu hätte ergreifen können, sparte er sich das bis zum Schluß auf.

Vorher gab es noch zu verschiedenen Punkten des Militärretais längere Auseinandersetzungen. Die Genosse Albrecht am Tage vorher nachdrücklich die Uebelstände in den Militärverhältnissen des Besetzungsbereiches gerügt hatte, brachte Genosse Böhe die Forderung der Verwaltung gegenüber den Arbeiterauschüssen zur Sprache. Er erläuterte das insbesondere an den Verhältnissen in Stralburg, während Genosse Jubeil die Mängel in Spandau zur Sprache brachte. Der Vertreter des Kriegsministeriums Oberst Wandel behauptete, ein von den Arbeitern in Stralburg in den Ausschuss gewählter Arbeiter sei nur deshalb entlassen worden, weil er den „Frieden gestört“ habe. Der nationalliberale Abg. Görke hielt es nicht für angebracht, die arbeiterfeindliche Haltung der Regierung zu entschuldigen, sondern erlaubte sich auch noch von „Mißständen im „Vorwärts“-Betriebe“ zu reden.

worauf diesem Reichsverbandler von den Genossen Stadthagen und Fischer gründlich heimgeleitet wurde.

Als so um etwa 6 Uhr der Militärretais zu Ende gebracht war, erteilte plötzlich der Präsident dem Kriegsminister das Wort, der zunächst behauptete, er hätte ja eigentlich am Tage vorher schon auf Ledebours Ausführungen antwortet können und würde das auch sicher getan haben, wenn er nur Ledebours Jurist: „Also auch er kneift!“ gehört hätte. Er bestritt zunächst die Echtheit der von Ledebour verlesenen Kabinettsorder. Sie sei im Jahre 1709 als eine „Fälschung“ nachgewiesen worden. Was aber seine Bezugnahme auf Kirchhoffs betrafte, so sei die nur „in negativem Sinne“ zu beurteilen gewesen. Die kirchhoffschen Offiziere seien auf die Verfassungsbereidigt gewesen und das gerade hätte dem heftigsten Staate zu schwerem Schaden gereicht. Er sei dem äußeren Feind gegenüber wehrlos geworden. Die Rechte, die von der Absicht des Kriegsministers unterrichtet war, hatte sich in ungewöhnlicher Zahl versammelt und unterstützte die ministeriellen Äußerungen mit donnerndem Applaus, während sie die darauf folgende Antwort Ledebours mit jedem möglichen Lärm zu lären versuchte. Ledebour verlas nunmehr aus Webers Weltgeschichte eine abgefügte Darstellung der kirchhoffschen Verfassungskämpfe, aus der hervorgeht, daß der General v. Heeringen die Dinge völlig auf den Kopf stellt. Durch seine Parteinarbeit für die kirchhoffschen Verfassungsbrecher, die sogar die sämtlichen heftigsten Offiziere gegen sich hatten, habe er sich außerdem mit der Politik der preussischen Regierung jener Zeit in Widerspruch gesetzt, da selbst das reaktionäre Ministerium Brandenburg-Preußen für die Verfassungsfreunde und gegen den Kurfürsten und seinen Handlanger Gassenpflug Partei ergriff, während Oesterreich und Bayern sich auf die Seite des Kurfürsten stellten.

Der Vizepräsident Spahn kam dem Kriegsminister zu Hilfe, indem er, den Redner unterbrechend, ihm riet, sich seine, Herrn Spahns Auffassung von der Auslegung des Kriegsministeriums zu eigen zu machen. Ledebour wies diesen Uebergriff des Präsidenten zurück; der Präsident könne wohl den Redner zur Sache rufen, wenn er in irgend einer Weise gegen die Geschäftsordnung verstohe, aber ihm die Zustimmung zu irgend einer Auffassung zu empfehlen, habe er nicht das Recht. Der Redner schloß damit, daß die indirekte Anreizung des Kriegsministers zum Verfassungsbruch in dieser Zeit besonders verwerflich sei, in der außer der Aufforderung zum Staatsstreik durch Herrn v. Oldenburg und andere Junker auch der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg seiner Nichtachtung für das Reichstagswahlrecht Ausdruck gegeben habe. Wenn das so weiter ginge, werde wie der heftigste Minister Gassenpflug sich den Namen Hessenfluch, so der preussische Minister v. Bethmann Hollweg sich noch den Namen Preußenfluch verdienen.

Nach einigen weiteren Ausführungen des Kriegsministers und des Genossen Ledebour erklärte auch Herr v. Oldenburg in einer persönlichen Bemerkung, er habe schon früher seine Worte so ausgelegt, daß sie nicht als Anreiz zum Verfassungsbruch ausgelegt werden könnten. Als Ledebour darauf aus dem Stenogramm nachweisen wollte, daß es direkt wahrheitswidrig sei zu behaupten, Herr v. Oldenburg habe seine berücksichtigten Worte als „äußerstes Beispiel von Disziplin“ gebraucht, hinderte ihn der Präsident Spahn an diesen Ausführungen, worauf Ledebour den Nachweis für später in Aussicht stellte.

Prinz Ludwig von Bayern und die preussische Wahlrechtsvorlage.

Wie uns mitgeteilt wird, wird das „Neue Wiener Journal“ in seiner Sonntagsnummer folgende Münchener Korrespondenz veröffentlichen, die nach Angabe des Journals aus durchaus zuverlässiger Quelle stammt:

München. Wie Ihr Korrespondent aus sicherster Quelle erfährt, hat Prinz Ludwig von Bayern Gelegenheit genommen, sich einem bekannten Großindustriellen gegenüber in scharfer Weise über die preussische Wahlrechtsvorlage auszusprechen. Der Prinz bezeichnet die Vorlage als ein gewagtes Experiment, das geeignet sei, die ruhige und stetige Entwicklung Preußens zu untergraben. Wenn die Angelegenheit auch im Grunde eine innerpreussische sei, so sei doch zu befürchten, daß die tiefergehende Erregung der Bevölkerung sich bei den nächsten Reichstagswahlen Luft machen und für die regierungseindliche Zusammensetzung des Reichstags von entscheidender Bedeutung sein könne. Hier beginne die Angelegenheit eine Reichsfrage zu werden, bei der die Bundesstaaten wesentlich interessiert seien.

Prinz Ludwig versicherte ausdrücklich, daß auch andere Bundesfürsten diese Bedenken geäußert hätten. Schließlich kam der Prinz auf Bethmann Hollweg im allgemeinen zu sprechen, rühmte seinen lautereren Charakter, hob seine unipersonelle Bildung hervor, bezweifelte aber, daß der stille, weltfremde Mann den Stürmen der großen internationalen Politik auf die Dauer gewachsen sein werde.

Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten.

Wie gemeldet wird, beabsichtigt der Berliner Polizeipräsident in der Nacht an alle Anschlagstulen folgenden Plakat ankleben zu lassen:

Bekanntmachung.

Es wird das „Recht auf die Straße“ verhandelt.

Die Straße dient lediglich dem Verkehr.

Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.

Ich warne Rengierige.

Berlin, den 13. Februar 1910.

Der Polizeipräsident.

von Jagow.

Wir wissen nicht, was der Polizeipräsident mit dieser Bekanntmachung bezweckt. Allem Anschein nach nimmt er an, daß morgen aus Anlaß der einberufenen Protestversammlungen gegen die Bethmann Hollwegsche Wahlrechtsvorlage vor einigen Versammlungsorten Ansammlungen stattfinden, vielleicht auch, daß nach den Versammlungen die Versammlungsteilnehmer Umzüge veranstalten. Inwiefern aber berechtigt ihn diese Annahme dazu, von „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ zu reden und „Waffengebrauch“ anzudeuten. Sicherlich, die Straße dient dem Verkehr; aber ein Recht auf die Straße haben nicht nur die preussischen Landtagswähler erster Klasse, sondern auch die Wähler dritter Klasse. Sie haben auch das Recht, zu dritt und zu viert zu gehen und gemeinsam ihrem Protest gegen die neue Wahlrechtsvorlage Ausdruck zu geben, sofern nur dadurch nicht der Verkehr verhindert wird. Der Staatsbürger, auch der sozialdemokratische.

ist keineswegs verpflichtet, nach dem Versammlungsbefehl direkt nach Hause zu gehen, wie ein Soldat nach dem Appell, noch braucht er sich Weg und Richtung vorschreiben zu lassen.

Wie wir schon wiederholt betonten, hat die Sozialdemokratie durchaus keinen Anlaß, die Ruhe und Ordnung zu stören; sie ist sich ihrer Verantwortung ganz genau bewußt. Nicht von ihr hängt es aber ab, ob die Ruhe gestört wird, sondern von dem Takt, der Umsicht und der Disziplin der Polizeimannschaften. Beschränken sich diese darauf, für die Aufrechterhaltung des Verkehrs zu sorgen, und Präventionen zu vermeiden, dann kommt es sicherlich nicht zu Ruhestörungen, wie der Verlauf der großen Straßendemonstrationen in Braunschweig am vorigen Sonntag aus neue erwiesen hat. Verfährt allerdings die Polizei wie bei der Ferrer-Versammlung, drängt sie die aus den Versammlungen strömende Menschenmasse zusammen, teilt sie diese ein, versperrt ihr den Abzug und reitet oder haut dann in die sich zusammenballende Menge hinein, dann müssen notwendig Unruhen und Ruhestörungen entstehen — dann trägt in solchem Falle nicht die Menge die Schuld, sondern die Polizei, die sich zur Beherrscherin der Straße aufwirft und willkürliche Maßnahmen trifft. Zunächst sollte sich deshalb der Polizeipräsident an seine Mannschaften wenden und ihnen jene Selbstbeherrschung, Umsicht und Ruhe anempfehlen, die wir z. B. bei der Londoner Polizei finden.

Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordneten-Hauses.

Eine hiesige konservative Korrespondenz weiß zu berichten: „In der Presse wird gemeldet, daß die Rechte und das Zentrum im Abgeordnetenhaus eine Änderung der Geschäftsordnung beschließen, die dahin gehen soll, § 60 der Geschäftsordnung des Reichstags (Ausschluß eines Abgeordneten von der Sitzung) für das Abgeordnetenhaus zu adaptieren. Eine solche Absicht besteht zurzeit nicht und wäre für die gegenwärtige politische Situation auch nicht zu empfehlen. Die sozialdemokratischen Störungen in der Sitzung vom 10. Februar sind allerdings bedauerlich. Hätte die Möglichkeit des Ausschlusses von der Sitzung schon am Donnerstag bestanden, so hätte die ganze Sechsmännerfraktion der Sozialdemokraten ausgeschlossen werden müssen. Eine solche Maßnahme wäre Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie gewesen und wäre als Verrat von der Sozialdemokratie mit dem nötigen Schwung behandelt worden. Die Bestimmung würde sich auch nicht als wirksam erweisen, denn man kann den ausgeschlossenen Abgeordneten nicht zwingen, auch wirklich den Saal zu verlassen, wie die Fälle aus der Reichstagspraxis beweisen. Wirksamer wäre die Abschaffung des französischen Reglements, das u. a. Gehaltsentziehung (Privation de l'indemnité), Verhaftung und Gefangenschaft bei reinem Verwehren vorsieht. Aus taktischen Gründen ist es aber vorläufig nicht angezeigt, die Geschäftsordnung zu verschärfen; neue Kämpfe, die viel Zeit kosten, wären die Folge.“

Die betreffende Korrespondenz ist gewöhnlich gut unterrichtet, in diesem Fall aber ist ihre Meldung unrichtig. Allerdings mögen derartige Erwägungen stattgefunden haben; aber die kleinlichen Machegelüste haben alle Bedenken beseitigt. Bereits am nächsten Montag findet eine Sitzung des Seniorenkongresses des Abgeordneten-Hauses statt, in der über eine Änderung der Geschäftsordnung beraten werden soll.

Das bayerische Zentrum gegen die Arbeitslosen-Versicherung.

München, 10. Februar.
Das Zentrum hat die Mittel zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in Bayern verweigert!

Zum ersten Male beschäftigte die bayerische Abgeordnetenkammer sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1908 auf Grund eines Antrages Simon und Genossen. Der Antrag ging dahin, daß den Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, Zuschüsse aus Staatsmitteln bewilligt werden sollten.

Der Antrag fand, den Bauernbund ausgenommen, die sachliche Zustimmung aller Parteien, auch des Zentrums. Im Ausschusse und dann später auch im Plenum wurden jedoch Anträge mehr vorbereitender Natur angenommen.

Um nun die Angelegenheit aus dem Stadium der theoretischen Erörterungen in die Praxis zu überführen, stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, für Zwecke der Arbeitslosenversicherung 150000 M. in den Etat einzustellen. Daraus sollten diejenigen Städte, welche die Arbeitslosenversicherung einführen, Staatszuschüsse bis zu 50 Prozent ihres Aufwandes erhalten.

Am 3. November 1909 fand die Plenarberatung statt. Die Zentrumsdredner äußerten sich sehr sympathisch, so daß man nach dem Verlaufe der Diskussion annehmen durfte, daß das ganze Zentrum mit Energie für den Antrag eintreten werde. Der Antrag wurde in den sozialen Ausschuss verwiesen.

Heute stand er im Ausschusse zur Verhandlung. Der Korreferent Königbauer, christlicher Arbeitersekretär, befürwortete die Ablehnung des Antrages mit der Motivierung, daß bis heute die Städte noch keine Arbeitslosenversicherung eingeführt hätten und man Zuschüsse doch erst dann bewilligen könne, wenn das geschehen sei. Das ist natürlich nichts anderes als eine faule Ausrede. Denn die Gewährung des Staatszuschusses sollte das Risiko verteilen und dadurch erst die Städte aufmuntern, an die Arbeitslosenversicherung heranzutreten.

Die Zentrumsdredner, besonders die Arbeitervertreter unter ihnen, haben wieder aufs neue gezeigt, daß sie zwar sehr schöne Reden, aber nur sehr schlechte Taten für die Arbeiter haben.

Reichstagswahlwahl Wülheim-Wipperfurth-Gammeröbach.

Am 15. Februar sollen die Wahlen des Wahlkreises Wülheim-Wipperfurth-Gammeröbach darüber entscheiden, welche Partei den Kreis für den Rest der Legislaturperiode im Reichstage vertreten soll. Bisher hatte das Zentrum das Mandat inne, das durch den Tod des Amtsgewaltsträgers Dr. Witt erledigt wurde.

Im Jahre 1909 erhielt die Sozialdemokratie 7871 Stimmen, 15 705 wurden für das Zentrum und 7585 für die Nationalliberalen abgegeben; im Jahre 1907 war das Stimmenverhältnis folgendes: Sozialdemokratie 8598, Zentrum 10 008 und Nationalliberalen 11 218 Stimmen. 1908 fiel der Kreis erst in der Stichwahl mit der Sozialdemokratie an das Zentrum, 1907 eroberte es das Mandat bereits im ersten Wahlgang.

Der neue Wahlkampf wird mit außerordentlicher Heftigkeit geführt. Der Stadtfiskus Wülheim (Rhein) besitzt eine starke Industrie,

das übrige Gebiet ist nur schwach industriell entwickelt. Das Zentrum macht ungeheure Anstrengungen, um seinen Kandidaten wieder in der Hauptwahl durchzubringen. Zu Tugenden ziehen die ultramontanen Hebrer durch das Land: Reichs- und Landtagsabgeordnete, Parteisekretäre, Geistliche und Gewerkschaftssekretäre. Dabei wird es von der Kierisel kräftig unterstützt, die die stärksten Machtmittel bereitwilligst in den Dienst der Zentrumssache stellt. Eine traurige Rolle spielen die christlichen Arbeiter-„Führer“, die noch im vorigen Jahre in Wort und Schrift gegen die unerträgliche Belastung der Volksmassen durch indirekte Steuern gewettert haben. Der Generalsekretär Stegerwald hat erst im Juli v. J. auf dem Kölner Kongress der christlichen Gewerkschaften erklärt, daß er einen Abschied von der Politik habe, wie sie vom Zentrum getrieben wird. Jetzt legt sich der Herr Generalsekretär mit seinem ganzen Stab für die Partei des Volksbetruges ins Zeug, als wenn aufs neue bewiesen werden sollte, daß die christlichen Gewerkschaften in jedem Falle dem Zentrum als Schutzhülle folgen müssen!

Unsere Parteigenossen haben mit Eifer den Wahlkampf aufgenommen. Die Versammlungen waren durchweg außerordentlich stark besucht. Bei früheren Wahlen mußte sich die Sozialdemokratie mit knapp zwei Dutzend Versammlungen im ganzen Wahlkreis begnügen; diesmal gelang es, in bisher und unzugänglichen Gebieten Lokale zu bekommen, und dadurch die Zahl der Versammlungen auf weit über Hundert zu steigern.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die Sozialdemokratie bei der Wahl einen erheblichen Stimmenzuwachs erfahren.

Die Uebermenschen des preussischen Herrenhauses.

Das am 4. Februar abgeschlossene Namensverzeichnis des preussischen Herrenhauses weist 325 Mitglieder auf. Ein sonderbares Gemisch von Persönlichkeiten ist diese Erste Kammer. Sie besitzt etwa sechs Duzend bürgerliche Vertreter, meist sind es Oberbürgermeister oder Vertreter von Universitäten, hin und wieder auch durch „Älterthümliches Vertrauen“ zur Beförderung Berufene. Alles andere ist adelig. Wir finden darunter alle Grade der militärischen Laufbahn, der zivilen Laufbahn vom Konradt ab bis zum Staatsminister, Vorkämmerer, Geheimrat und Reichsminister a. D., Majoratsbesitzer, Fideikommissbesitzer, Rittergutsbesitzer, Schloßhauptmänner, Burggrafen und Oberburggrafen wechseln in bunter Reihenfolge ab mit freien Standesherrn, Durchlauchten, Erzellenzen, fürstliche Gnaden, Hoheiten und dergleichen. Sogar ein Fürst Hans Heinrich XV. von Vech und mehrere Herzöge sind vertreten neben anderen Fürsten, Prinzen, Grafen, Kammerherren und ähnlichem. Eine dem gewöhnlichen Staatsbürger unbekannte und unfahbare Welt der Titel tut sich auf, wenn man Verzeichnungen liest wie: Erbtruchseß, Erbältermagister im Präsesium u. so und so, Erb-oberlandmundschen, Erbschneidmeister, Erbberglammerer, Erblandmarschall, Generalerblandpostmeister, Erboberjägermeister, Erbamtshauptmann, Oberstleutnant und Oberstammerer.

Solche Leute haben daneben auch meist das Recht, Befehle zu machen, erblich inne und es ist merkwürdig, daß für die erblichen Mitglieder des Herrenhauses noch kein Titel erfunden ist, wie etwa: Erbbergschneidungsmeister.

Die ganzen Titel zeigen ein Stück Mittelalter, zu dem das Dreiklassenwahlrecht wunderbar paßt.

Christliche Arbeiter und preussische Wahlrechtsreform.

In der „Staatsbürger-Zeitung“ veröffentlicht ein christlicher Arbeiter einen Leitartikel, in dem das Reichstagswahlrecht für den preussischen Landtag verlangt wird. Rudig und sachlich setzt der Schreiber auseinander, daß im Interesse der Arbeiterklasse das Reichstagswahlrecht auch für den Landtag verlangt werden müsse, und daß es überaus freivol sei, die Masse auf die Seite zu ziehen und allein dem Besitz den Vorrang zu lassen.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ bemerkt dazu mit schlauber Wiener: „Wir geben die Ausführungen unerschlagen wieder, um der bedrängten Stimmung in den christlich-nationalen Arbeiterkreisen einen unverhüllten Ausdruck zu sichern. Die Worte sind scharf, aber wenn wir auch der radikalsten Forderung nach dem Reichstagswahlrecht für Preußen aus praktisch-politischen Gründen nicht zustimmen können, so möchten wir umso mehr die Bedeutung der geheimen Wahl unterstreichen, da hier der springende Punkt liegt, ob die sogenannte Wahlrechtsreform, wie sie von der preussischen Staatsregierung vorgelegt worden ist, für die Arbeiterklasse, soweit sie die christlich-nationale Bewegung bildet, annehmbar ist oder nicht.“

Mit dieser Bemerkung sucht die „Staatsbürger-Zeitung“ der von den christlichen Arbeitern aufgeworfenen Frage aus dem Wege zu gehen, denn es kommt dem Arbeiter gar nicht darauf an, ob geheimes Wahlrecht ist oder nicht, er legt das Hauptgewicht auf das gleiche Wahlrecht, das doch mindestens die Voraussetzung des geheimen Wahlrechts sein muß.

Die Aussichten der preussischen Wahlrechtsreform.

Der Berliner Vertreter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ schreibt hierüber: „Wie wir von wohlunterrichteter Stelle erfahren, herrscht an den maßgebenden hohen Stellen über das Schicksal der Wahlrechtsvorlage eine sehr pessimistische Stimmung. Kaiser und Kanzler hatten am Freitag eine fünfstündige erste Unterredung. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Nationalliberalen auf alle Fälle von der Forderung der geheimen Wahl nicht abgehen werden und das um so mehr, als sich bereits 8 Freikonservervative und 4 Konservative bereit erklärt haben, im Plenum für die geheime Wahl zu stimmen. Somit darf als möglich erwartet werden, daß die Vorlage mit der Abänderung der geheimen Stimmabgabe bis ans Herrenhaus gelangt, wo sie allerdings keine Mehrheit finden wird. Die Regierung hofft jedoch noch auf die Annahme eines neuen Vermittelungsantrages, der mit Hilfe der vereinigten Konservativen und Nationalliberalen eingebracht werden soll.“

Aus dem badischen Landtage.

Am badischen Landtage wurde Sonnabendvormittag der Antrag der Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Demokraten, die drei Lehrerseminare in Ettlingen, Merzbürg und Karlsruhe, die bisher konfessionell waren, zu säkularisieren, mit 42 gegen 29 Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen. Der Zentrumsführer Lehner erklärte, der Antrag sei ein Schritt auf dem Wege, den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen. Genosse Dr. Frank gab sodann der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung aus der Abstimmung die Konsequenzen ziehe und die Lehrerseminare säkularisiere.

Belgien.

Der Brüsseler Bürgermeister über einen sozialistischen Gemeindevertreter.

Unser Brüsseler Korrespondent schreibt uns: Der Brüsseler Bürgermeister Rog hat gestern im Gemeinderat dem diese Woche verstorbenen sozialistischen Stadtverordneten Vandendorpe einen Nekrolog gehalten, der den Sprecher nicht minder ehrte wie den Toten. Diese Rede zeigt wohlthuend, daß auch der schärfste politische Kampf die Achtung, ja lokale Anerkennung für den Gegner nicht ausschließt, wenn anders laudere Persönlichkeiten dahinterstehen. — Bürgermeister Rog ist ein Liberaler, und

zwar gehört er dem gemäßigten Flügel, den sogenannten Doktrinären an. — Der Bürgermeister verließ darauf, daß Vandendorpe im Dezember einstimmig zum Stadtverordneten gewählt wurde. Er sagt dann weiter: Vandendorpe war ein Arbeiter. Seine Arbeitsamkeit, seine Energie, die Sauberkeit seiner Intelligenz, seine Herzengüte haben aus ihm gemacht, was er wurde. Solche Beispiele wirken belebend auf alle und rechtfertigen das demokratische Regime. — Der Bürgermeister lobt auch die Verdienste Vandendorpes um seine Partei, die Sozialdemokratie hervor und schloß: Er war ein vornehmer Mann, voll des Muthes für die Leiden der Armen, für die er bis zum letzten Atemzug gewirkt hat.

Die Wahrheit dieser Worte bezeugte die Teilnahme aus dem Volke, dem er insbesondere in der Verwaltung seines Ressorts — der Armenfürsorge — unermüdet diente. Außer den zahlreichen, aus allen Provinzen delegierten Vertretern der Partei, des „Peuple“, der Fraktion, waren eine große Anzahl offizieller Persönlichkeiten erschienen, so der Gouverneur der Provinz Brabant, das Brüsseler Gemeinderatskollegium, etliche Bürgermeister der Vororte, die Direktoren der großen Theater und bürgerliche Deputierte.

Frankreich.

Keine Streikbrecher.

Paris, 12. Februar. Da in Orient ein Teil der Gasarbeiter in den Aufstand trat, ließ der Gouverneur auf Ersuchen des Bürgermeisters diese durch Geizer der Kriegsmarine erfassen. Mehrere verweigerten jedoch die Arbeit und wurden mit Arrest bestraft.

England.

Die politische Lage.

London, 11. Februar. Von konservativen Blättern wird erklärt, das Kabinett sei hinsichtlich seiner Pläne geteilt. Der liberale „Daily Chronicle“ bezeichnet die Gerüchte von einer Spaltung als unrichtig, doch meint die ebenfalls liberale „Daily News“, es herrsche der bestimmte Eindruck, daß das Kabinett einer Krise von gewissem Ernst gegenüberstehe.

Der Führer der irischen Nationalistenpartei Redmond machte gestern abend in Dublin eine Mitteilung, die vielleicht großen Einfluß auf die politische Lage haben wird im Hinblick auf die Tatsache, daß selbst der extreme Teil der liberalen Presse kürzlich, wenn auch widerstrebend, die Notwendigkeit anerkannt hat, wegen der finanziellen Bedürfnisse der Regierung das Budget anzunehmen, bevor gegen die Lords etwas unternommen wird. Redmond betonte, die Nationalistenpartei sei einiger und mächtiger als irgendeine frühere und erklärte, Irland könne und wolle der Regierung nicht zugestehen, daß das Budget angenommen und dann erst die Frage des Vetorechts der Lords behandelt werde.

Die Rede Redmonds.

London, 12. Februar. Die Rede Redmonds in Dublin hat großes Aufsehen erregt, weil die politische Lage danach recht unsicher erscheint. Wie es heißt, hat die Regierung gestern abend einstimmig beschlossen, nach der Antwortadresse auf die Tyrone-Debatte im Unterhause zuerst das Budget zu erledigen, während das Gesetz über die Einschränkung des Vetorechts des Oberhauses das Hauptwerk der Tagung werden soll. Die konservativen Blätter äußern sich allgemein befriedigt darüber, daß das Kabinett entschlossen ist, die Regierung weiterzuführen, und erklären, daß die Unionisten bereit seien, es gegen die Nationalisten beim Budget zu unterstützen, in der Annahme, daß man sich über die Streichung einiger mißliebiger Punkte in dem neuen Budget wohl einigen werde. Die liberalen Blätter nehmen an, daß Redmond sich mit Asquith doch noch verständigen werde, erklären aber, daß, wenn er nicht mit der Regierung zusammenarbeiten könne, er sie je eher je besser stürzen solle, und weisen auf die Möglichkeit eines Rücktritts des Kabinetts hin.

Marokko.

Der Zwischenfall beigelegt.

Paris, 12. Februar. Am Tage nach dem Zwischenfall mit der französischen Militärmission ließ der Sultan den französischen Konsul Gaillard und Major Mangin zu sich berufen. Nachdem ihm der Fallbeband auseinandergesetzt war, äußerte der Sultan seine Mißbilligung über das Vorgehen seiner Beamten. Der Kammerer und der Kriegsminister mußten dem Major in Gegenwart des französischen Konsuls und der französischen Offiziere ihre Entschuldigungen aussprechen. Nachdem die Zufriedenheit gegeben war, daß sich ähnliche Fälle nicht wiederholen würden, nahmen die Instrukteure ihren Dienst wieder auf.

Ein französisches Ultimatum?

Paris, 12. Februar. Dem „Matin“ zufolge ist die Regierung entschlossen, falls Mulay Hafid seine zögernde Haltung nicht ändert, eine Frist für die Unterzeichnung des jüngsten französisch-marokkanischen Abkommens zu stellen. Sobald die Frist erloschen ist, wird Frankreich entsprechende Maßnahmen treffen, die sich voraussichtlich nicht nur auf die Befriedung der Zollkassen von Casablanca erstrecken werden.

Aus der Partei.

Die Antwort der englischen Arbeiterpartei an die deutsche Sozialdemokratie.

Dem Parteivorstand ging auf sein von uns veröffentlichtes Glückwunschtelegramm an die englische Arbeiterpartei folgendes Antwortschreiben zu:

Newport (Wales), 9. Februar.

Werter Genosse!

Euer Telegramm vom 5. Februar wurde heute morgen in unserer Konferenz verlesen und mit großer Freude aufgenommen.

Ich wurde beauftragt, Euch folgendes zu übermitteln:

Die 10. Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei erwidert herzlich die brüderlichen Grüße der deutschen Genossen. Friede muß unsere Parole sein!

Mit den besten Wünschen und brüderlichen Grüßen bin ich Euer

aufrecht ergebener

J. Keir Hardie, Präsident.

Ein Glückwunsch für Bedel.

Rimes, 11. Februar. (Sig. Ver.) Vor Schluß seiner Verhandlungen beschloß der Parteitag unserer französischen Genossen mit Affirmation einen in herzlichsten Worten gehaltenen Glückwunsch an Genossen Bedel zu seinem 70. Geburtstag. Die Resolution spricht den Wunsch aus, Bedel noch viele Jahre für das internationale Proletariat am Werk zu sehen.

Gewerkschaftliches.

Ein deutschnationales Geständnis!

Am Freitag fand in Stellers Festsaal eine von der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“, der unter anderem auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Privatangestellten angeschlossen sind, einberufene Versammlung statt, die sich mit dem Stand der Pensionsversicherung beschäftigte. Der Referent G r a n z i n verlangte den Ausbau der Invalidenversicherung zu einer Pensionsversicherung. Nachdem die Illustration einer Sonderversicherung für die Privatangestellten, die von reaktionärer Seite aus politischen Gründen genährt wurde, nach der Erklärung des Staatssekretärs Delbrück elend zusammengebrochen ist, müssen alle Privatangestellten durch eine mächtige Bewegung dafür sorgen, daß die Reichsversicherungsordnung nicht ohne die Pensionsversicherung für alle Arbeitnehmer, auch die gewerblichen, verabschiedet wird. In der Diskussion sprach der Gauvorsitzer des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Thomas, gegen den Ausbau der Invalidenversicherung zu einer Pensionsversicherung auch für die Privatangestellten. Für den „Stand“ der Privatbeamten müsse eine besondere „Standesversicherung“ geschaffen werden. Das Verlangen nach Ausbau der Invalidenversicherung sei auch deshalb zwecklos, weil er, wie er besonders betonte, bestimmt erklären könne, daß die Regierung dafür nicht zu haben sei. Auf die Frage aus der Versammlung, wofür denn die Regierung eigentlich zu haben sei, konnte er nichts sagen und so mußte er eben den Zwischenruf passieren lassen, daß die Regierung gegen jede Fortführung der Sozialpolitik ist. Dem deutschnationalen Redner wurde von verschiedenen anderen Rednern wirkungsvoll erwidert. Schon einmal, bei der Hottentottenwahl 1907, haben sich die deutschnationalen Gehilfen foppen lassen und nun empfehlen die deutschnationalen Führer wieder das Vertrauen auf dieselbe Regierung, die erklärt, für die Pensionsversicherung kein Geld zu haben und die im selben Moment für Militarismus und Marinismus Unsummen verschleudert, zu deren Aufbringung durch die sogen. „Finanzreform“ auch die Privatangestellten in starkem Maße geschöpft werden. Derselben Regierung wollen die Deutschnationalen vertrauen, die durch die „Wahlreform“ den Privatangestellten eine unerhörte Veleidigung zugefügt hat, indem Polizeibüffel und Zuchthauswärter in einer höheren Klasse wählen dürfen als der sogenannte „neue Mittelstand“, die geistigen Arbeiter in Industrie und Handel. Außerdem sei eine Sonderversicherung für die Privatangestellten schon deshalb zu verwerfen, weil der Begriff der Privatangestellten zu dehnbar ist und sicher eine große Menge der kaufmännischen, technischen und Bureau-Angestellten von den Vorteilen einer solchen Versicherung ausgeschlossen würde. Große Schichten von Personen, die im Handelsgewerbe tätig sind, wie z. B. Werkstattschreiber, Adressenschreiber, die Kontrollen bei den Paketausgaben der Warenhäuser usw. würden schon heute von den Kaufmannsgerichten nicht für Handlungsgehilfen angesehen. Gerade die schlechtbezahltesten Privatangestellten würden um die Wohlthaten einer besonderen Pensionsversicherung geprellt werden. Dann sprach Herr Wehly aus Hamburg, der das Schädliche angetreten hat und jetzt Vorsteher des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist. Er gab zu, daß eine große Masse der Privatangestellten in sehr traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebe. Auf diese Schichten könne aber bei der Schaffung einer Sonderversicherung für den „Stand“ keine Rücksicht genommen werden! Diese Aeußerung schlug dem Haß den Boden ein. Stürmische Bfursche der Versammlung zwangen den Redner, seine Ausführungen einzustellen. Allgemeine Empörung herrschte! Psui! Runter! Raus! Was sagen die deutschnationalen Handlungsgehilfen zu diesem Führer! Verräter! Sägen Sie sich! Sie sind ein netter Gehilfenvertreter! So sausten die Entrüstungsbrufe, wild durcheinander, dem „Führer“ Wehly in die Ohren. Mehrere Male berief er weiterzureden, die Versammlung wollte aber diesen Gehilfenführer, der auf die schlechtentlohntesten Angestellten keine Rücksicht nehmen will, nicht mehr hören. Mit Mihe konnte der Versammlungsleiter, Herr Ingenieur Lüdemann, die Versammlung bewegen, Wehly weiter anzuhören, indem er sagte, Herr Wehly werde wahrscheinlich begründen, warum bei der Schaffung eines Sozialgesetzes die große Masse der deutschnationalen Verbandmitglieder nicht berücksichtigt zu werden braucht. Herr Wehly blieb aber diese Antwort schuldig. Unter den Entrüstungsbrufen der Versammlung mußte er nach einigen Gesammel abtreten. Gegen die Stimmen einiger Deutschnationaler und ihrer Führer nahm die Versammlung dann eine Resolution an, die energisch den Ausbau der Invalidenversicherung fordert. Wieder gegen die Stimmen einiger Deutschnationaler wurde eine Entschließung angenommen, nach der die Versammlung mit Entrüstung von dem gehilfenfeindlichen Standpunkt des Vorstehers des deutschnationalen Verbandes, Wehly, Kenntnis nimmt.

Mit langen Gesichtern und recht leinsaut verließen die Deutschnationalen und ihre Führer den Saal. Warum mußte auch Herr Wehly so ungeschickt sein Herz ausschütten.

Berlin und Umgegend.

In der Metallwarenfabrik vorm. Feige, Breslau, Ohlauer Chauffee, sind infolge Affordpreisdreherungen ernste Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen, welche alle organisiert sind, machten gegen diese Abzüge Front und zwangen die Firma durch ihre Geschlossenheit zur Zurücknahme der Abzüge. Nun haben wir aber in Erfahrung gebracht, daß sich die Firma durch Vermittlung ihres Kernmachermeister (über 4 Kernmacherinnen ein Meister!) Scholz bemüht, Metallformer von Berlin nach Breslau als Ersatz für die renitenten Verbändler zu beschaffen. Scholz soll sich bereits mit Berliner Formern in Verbindung gesetzt haben, da ihm eine Anzahl Adressen aus seinem Berliner Wirkungskreis bekannt sind. Wir erziehen die Berliner Kollegen, Angebote von Breslau abzulehnen, da sie in diesem Falle nur als Lohndrücker Verwendung finden sollen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Breslau.

Die Lohnbewegung der Militärsattler.

Die Militärsattler nahmen am Sonnabend Stellung zu dem Verhalten der Fabrikanten zu den Forderungen der Gehilfen und über die weitere Stellungnahme. Von den Unternehmern hatten den Tarif bisher nur die beiden Firmen S i n d e l und W i e d e r m a n n bewilligt. K i e d e l erstattete Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung. Unter anderem begründeten die Fabrikanten ihre ablehnende Stellung mit dem Hinweis darauf, daß das Kriegsministerium die Preise für die Effekten so gedrückt habe, daß es ihnen unmöglich sei, die Forderungen zu bewilligen. K i e d e l erklärte hierzu, dies als triftigen Grund nicht ansehen zu können, da die Arbeiter ihre Forderungen nie und nimmer von dem abhängig machen könne, was die Fabrikanten für ihre Lieferungen erhielten. Redner beleuchtete auch treffend das Bestreben der Herren, die Tarifkommission der Arbeiter bei den Ermäßigungen völlig auszuhalten, worauf die Arbeiter natürlich niemals eingehen würden. Immerhin gibt es auch darunter Fabrikanten, die der vernünftigen Veranlassung nach: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.

Ansicht huldigen, daß die Beschlüsse nur dann Wert haben, wenn sie mit der von der Organisation beauftragten Tarifkommission abgeschlossen sind.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die am 12. Februar tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Militärsattler-Verlins nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem ablehnenden Verhalten der Herren Arbeitgeber, mit der Tarifkommission zu verhandeln. Sie erblidet darin nur eine beschäftigte Verleumdung der Tarifangelegenheit und beschließt daher, daß am Montag in sämtlichen Betrieben, in denen der Tarif nicht anerkannt worden ist, die Vertretungskommissionen vorstellig werden, um vom Arbeitgeber eine Erklärung zu erlangen, ob derselbe in der am Dienstag stattfindenden Sitzung der Arbeitgeber dafür eintreten will, daß die noch schwebenden Differenzen mit der Tarifkommission im Laufe der nächsten Woche geregelt werden sollen. Die Vertretungskommissionen ermächtigen die Tarifkommissionen, bei eventueller Ablehnung dieses Verlangens, sofort zweckentsprechende Maßnahmen mit den in Frage kommenden Kollegen der betreffenden Betriebe zu ergreifen.

Achtung! Musikplattensprecher! Die Firma Dr. Grünbaum, Rixdorf, Schinlestraße, ist für Preßer und Schleifer gewerkschaftlich anerkannt.

Deutsches Reich.

In der Pflugsfabrik von Ed. Schwarz u. Sohn, Berlinchen A.-M., haben 52 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil 12 Mann wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen worden waren. Die Arbeiter verlangen die Wiedereinstellung der 12 Entlassenen, ferner Veseitigung derjenigen Bestimmungen aus der Arbeitsordnung, die verlangen, daß der Arbeiter beim Eintritt in die Fabrik anzugeben hat, ob er einer gewerkschaftlichen Organisation bzw. welcher er angehört. Weiter wird verlangt, daß Vorkriegsregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation nicht stattfinden dürfen, und daß der Arbeiterausschuß anerkannt wird.

Die Granitindustriellen im schlesischen Distrikt Striegau haben ihren Arbeitern Rache geschworen. Im Vorjahre traten etwa 1000 Steinarbeiter wegen einer fünfprozentigen Lohnerhöhung in einen 15wöchigen Abwehrkampf ein. Die Arbeiter unterlagen, und die Unternehmer nutzten ihren „Sieg“ weidlich aus. Es erfolgte Entlassungen auf Entlassungen. Die Hinausgepöbelten werden von den Unternehmern in das sogenannte „Räubelbuch“ geschrieben, und wer dort verzeichnet steht, hat im Striegauer Steinbruchgebiet nichts mehr zu suchen. Die Steinarbeiter sind über ein solches Vorgehen empört, es haben jetzt einige gegen einen Unternehmer Klage erhoben wegen Vorkaufs und Verrufserklärung.

Neue Praktiken vom Zechenarbeitsnachweis.

Bei den Debatten über den Zechenarbeitsnachweis im Ruhrgebiet bezeugte es Herr v. Sydow als einen großen Fortschritt, daß anstelle der sechsmonatlichen Aussperrung für die sogenannten Kontraktbrüchigen Vergleute eine Aussperrungsbauer von 14 Tagen getreten sei. Kewerdings werden nun aber auf den Zechen des Ruhrgebietes an die Vergleute Zettel verteilt, in denen es heißt:

„Sie werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß, falls Sie sich auf unserer Zeche einen Kontraktbruch zuschulden kommen lassen, Sie dieshalb 6 Monate auf keiner anderen dem Zechenverband angeschlossenen Zeche zur Arbeit angenommen werden dürfen.“

Was sagt Herr v. Sydow dazu? Ob er Veranlassung nehmen wird, sich um diesen Skandal zu kümmern?

In der Hufeisenfabrik von Hoppe u. Hermann in Minden in Westfalen ist 28 Formern und Gießereiarbeitern wegen Zugehörigkeit zur Organisation gekündigt worden. Der Firma war es schon zweimal möglich, die Organisation in dem Betriebe zu vernichten. Jetzt wurde jedem Arbeiter, der sein Verbandsbuch bei der Firma abließ, versprochen, daß für ihn ein Sparkastenbuch mit jährlich 52 M. angelegt werde. Eine Lohnaufbesserung wäre nötiger, denn es kommen Wochenlöhne von 8 und 10 M. vor. Deshalb eben fürchtet die Firma auch die Organisation und sucht mit allen Mitteln deren Eindringen zu verhindern. Die Arbeiter sind nicht gewillt, sich das Recht der Organisation nehmen zu lassen. Alle Formern und Gießereiarbeiter werden daher auf diese Firma aufmerksam gemacht.

Die Vereinigungen der Bäckermeistersöhne als Streikbrecher-Organisationen.

In den letzten Jahren hat sich in den verschiedensten Städten Deutschlands eine besondere Art von Vereinen gebildet — die Vereinigungen der Bäckermeistersöhne. Die Gründer dieser Vereine sind die Bäckerinnungen „Germania“ und „Konfordia“, die diesen auch finanzielle Unterstützung angedeihen lassen. Der eigentliche Zweck dieser sonderbaren Vereinsgründungen geht klar und deutlich aus nachstehendem Brief hervor, der an den Vorstand der Vereinigung der Bäckermeistersöhne in Augsburg gerichtet wurde. Das interessante Schriftstück lautet:

„Werte Kollegen! Wie Euch vielleicht nicht unbekannt ist, stehen wir hier im Raingebiet vor einer Lohnbewegung, denn der im Jahre 1907 abgeschlossene Tarif ist auf den 31. März 1910 von Seite der beiden Gehilfenkorporationen gekündigt worden. Der Gehilfenverein „Germania“ hat bereits schon seine Forderungen eingereicht und wünscht die Sache auf g ü t l i c h e m W e g e zu erledigen, während der „rote Verband“, trotz seines Versprechens, dieselben bis Mitte Januar einzureichen, bis heute diesem noch nicht nachgekommen ist. — Er geht offensichtlich damit um, die Sache bis vor Ostern zu verschleppen, um dann wie 1907 die Reister zu überrollen; damals waren wir auch nicht im geringsten vorbereitet und mußten wir eben Haare lassen. Diesmal steht die Sache anders. Wir haben uns die Reister durch Vertrag gezwungen, das zu halten, was die Majorität beschließt und haben auch alle bis auf zwei Rote dies getan. Da es aber nicht ausgeschlossen ist, daß wir diesmal einen Streik bekommen, so wäre es uns sehr erwünscht, wenn Sie uns dann für die Dauer desselben mit Zuschüssen an die Hand gingen. Wir brauchen in diesem Falle vielleicht 70—80 Mann und wollen Sie mir gefl. mitteilen, mit wieviel Mann Sie uns dienen könnten. Alle Auslagen werden von uns getragen und würden wir Ihnen in bejahendem Falle den Ort angeben, wohin dieselben kommen sollen. Selbstredend würden wir im Fall eines dortigen Streiks zu jederzeit ebenfalls Ihnen zur Seite stehen. Ihrer baldigen Antwort entgegensehend mit kollegialem Gruß Robert Luft, Vorsitzender der Ortsgruppe des Arbeiterbeschutzerverbandes Offenbach.“

Die Bäckermeister des Raingebietes werden also jenseit Streikbrecher, um die Forderungen der Gehilfen abzuschlagen. Als brauchbares und williges Streikbrechermaterial müssen ihre Söhne herhalten, die man zuvor in besonderen Vereinen zum elden Streikbrechererziehung erzieht. Auf alle Fälle gibt der Brief des Herrn Robert Luft, Offenbach, einen interessanten Einblick in das Treiben der organisierten Meister vom Dackro.

Schlechte Geseheskener.

Manche Polizeibehörden meinen, die „lokale“ Handhabung des Vereinsgesetzes in der Art ausüben zu müssen, indem sie jede Gewerkschaftsversammlung und jede Jahreshalle eines Verbandes als politisch stempeln. Dafür konnten wiederholt Beispiele angeführt werden. Jetzt ist zur Abwechslung in München (Mhein) der Filiale des Textilarbeiterverbandes ein mit „in Vertretung des Bürgermeisters“ unterzeichnetes Schriftstück zugegangen, wodurch der Vorstehende aufgedeckt wird, unter Bezugnahme auf Ziffer 3

des Reichsvereinsgesetzes „Aenderungen in den Satzungen der von Ihnen vertretenen Jahreshalle sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Frist von 2 Wochen anzuzeigen“. Solchen Verpflichtungen waren die Filialen der Gewerkschaften schon unter dem alten Recht meist entbunden, das neue Reichsvereinsgesetz beseitigte sie aber gänzlich. Es sollte zudem dem Vereins- und Versammlungsrecht noch einen weiteren Spielraum garantieren. Diese Kenntnis sollte nun, nach bald einjährigem Bestehen des neuen Rechts, auch bald bis zu den Polizeibehörden, Bürgermeistern und selbst deren Stellvertretern gedrungen sein.

Der Dank vom Hause Habsburg.

Die Baumwollenspinnerei in Zwickau hatte sich zur Niederwerfung des Textilarbeiterverbandes im Jahre 1907 einen größeren Trupp russisch-polnischer Arbeiterinnen herangeholt. Nachdem sie jetzt der Arbeiterinnen nicht mehr bedarf, möchte sie sie gern wieder los sein. Sobald sich nun eine solche Arbeiterin irgend etwas zuschulden kommen läßt, wird sie unter Gewährung von 14 Tagen Lohn nach der Grenze abgehoben. Das Geld und die Papiere werden ihr aber erst an der Grenze ausgehändigt. Dasselbe Manöver sollte mit einer Arbeiterin vorgenommen werden, die sich zudem in anderen Umständen befindet. Hier wollte die Firma jedenfalls auch noch die Wöchnerinnenunterstützung der Betriebskasse sparen. Das Mädchen verlangte aber das Geld und die Papiere bereits bei der Abreise und nicht erst an der Grenze ausgehändigt. Das wurde ihr verweigert. Sie verklagte daraufhin die Firma beim Gewerbegericht, das die Firma zur Zahlung des Restlohnes von 8,70 M. und Herausgabe der Papiere verurteilte. Wegen des Mädchens ist dann noch eine Anzeige bei der Sittenpolizei eingegangen, weil es auf einige Tage Unterkunft bei seinem Bräutigam gefunden haben soll.

Bemerkenswert ist übrigens, daß die polnischen Arbeiterinnen sich stets auf 1 Jahr kontraktlich verpflichten müssen, welcher Kontrakt jedes Jahr erneuert wird.

Diese Handlungsweise der Firma an dem Mädchen zeigt recht drastisch, welchen Dank Streikbrecher für ihre Hausreicherdienste vom Unternehmertum zu erwarten haben.

Die Brauereiarbeiter von Freiburg i. B.

die in ihrer großen Mehrzahl dem Brauereiarbeiterverbande angehören, stehen in einer Lohnbewegung. Auch der „Christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband“ ist mit einigen Mitgliedern daran beteiligt, desgleichen der gelbe Bund deutscher Brauergesellen. Die „Christlichen“ hatten sich nun mit den Gelben verbunden und schlossen mit den Brauereien in Freiburg einen Tarifvertrag ab, worauf dann der Syndikus der Brauereien dem Bezirksleiter des Brauereiarbeiterverbandes mitteilte, er könne auch den Tarif noch unauffällig unterzeichnen, es wäre gerade noch Zeit. Das lehnte derlei natürlich ab, weil der Brauereiarbeiterverband die christlich-gelbe Besormung ablehnen muß, ferner auch aus dem Grunde, weil der Tarif in der Form nicht annehmbar ist. Die Brauereien haben nun die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes vor die Wahl gestellt, entweder den christlich-gelben Tarif unterschriftlich anzuerkennen oder die Kündigung einzurufen. Die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes reichten daraufhin ihre Kündigung ein.

Soziales.

(Siehe auch 4. Beilage.)

Entschädigungsansprüche aus einem Streik.

Die Steinmüller der Firma Hugo Senf, lithographische Anstalt und Steindruckerei, hatten aus Anlaß von Lohndifferenzen, wobei die Firma keinerlei Entgegenkommen zeigte, die Arbeit niedergelegt. Die Firma machte gestern vor dem Gewerbegericht gegen mehrere der Ausständigen Schadenerschaftsansprüche in Höhe von an sie gezahlten Löhne für zwei Wochen, je 50—60 M., geltend, weil die Arbeiter nach ihrer Ansicht kontraktbrüchig geworden seien. Die Beweisaufnahme stützte jedoch diese Ansicht nicht. Eine Kommission der Arbeiter hatte am Tage des Streikausbruchs während der Frühstückszeit mit dem Mitinhaber Hermann unterhandeln wollen. Dieser lehnte jedoch eine Unterhandlung mit dem Vermerken ab, daß er vom Arbeiterbeschutzerverband noch keine Nachricht erhalten und wisse nicht, ob er mit der Kommission unterhandeln dürfe. Der Schutzverband sei auch der Ansicht, daß die von ihm gezahlten Löhne sowie die Bezahlung für Ueberstunden ausreichend sind. Zum Schluß bemerkte er: „Wem es nicht paßt, der kann gehen.“ Die Arbeiter traten darauf in der Mittagsstunde zu einer Versammlung zusammen, in der die Kommission Bericht gab, und erklärten in der letzten Aeußerung des Arbeitgebers ein Einverständnis mit der sofortigen Arbeitseinstellung und beschlossen demgemäß.

Die Kammer 8 des Gewerbegerichts wies die Firma mit ihrer Klage ab, weil die Beklagten aus Grund jener ohne jede Einschränkung getanen Aeußerung berechtigtweise auf ein Einverständnis der Firma schließen konnten und die Firma ja auch den Nachweis des Schadens nicht erbracht hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Helsingfors, 12. Februar. Der neue Landtag wird, wie nunmehr endgültig feststeht, bestehen aus 42 Männern, 23 Jungfinnen, 25 Schweden, 86 Sozialdemokraten, 17 Agrariern und einem christlichen Arbeiter. Es sind fünfzehn Frauen zu Deputierten gewählt, darunter neun Anführerinnen der Sozialdemokratie. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist 789 633.

Neue Rüstungen für Serbien.

Belgrad, 12. Februar. (B. L. B.) Aus Belgrad wird gemeldet: Die Regierung schloß mit Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik die Herstellung von 80 000 Schrapnell und die Adeptierung alter Geschütze im Gesamtwerte von 4 Millionen an, ferner wurde die Lieferung von 150 Maschinengewehren und 32 000 Maschinengewehren nach Deutschland vergeben. Für 10 Millionen wird für Eisenbahnmateriale der deutschen Industrie der Vorzug zugesprochen, sobald die Zufuhrung der neuen serbischen Anleihen in Deutschland wie in Frankreich gesichert erscheint.

Die Altersversorgung.

Paris, 12. Februar. (B. L. B.) Der Senat nahm heute die letzten Artikel des Gesetzes betreffend die Altersversicherung an, nach denen auch den landwirtschaftlichen Pächtern und kleinen Arbeitgebern Pensionen gewährt werden sollen.

Die Kretafrage.

Rome, 12. Februar. (B. L. B.) Die von den Konsuln der Schuttmächte dem Exekutivkomitee überreichte Note unterlag die Teilnahme an den griechischen Wahlen. Falls eine solche dennoch stattfände, würden die Mächte wirksame Maßnahmen ergreifen.

Sieben Personen umgekommen.

Pamplona (Spanien), 12. Februar. (B. L. B.) Sieben Schuhmacher, welche die Karnevalsfeier in Maulcon mitgemacht hatten, wurden auf dem Heimwege von einem Schneesturm überrascht. Alle sieben kamen um.

Reichstag.

31. Sitzung, Sonnabend, den 12. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Heeringen.

Eingegangen ist der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes und der eines Arbeitskammergesetzes.

zweite Beratung des Militärstrafgesetzes

wird fortgesetzt bei den Kapiteln „Artillerie- und Waffentwesen“, sowie „Technische Institute“.

Abg. Dr. Witt (Z.): Die Arbeiter in den technischen Betrieben dürfen nicht schlechter gestellt sein als die städtischen Arbeiter und die Arbeiter in den Privatbetrieben. Die Spandauer Arbeiter behaupten, daß die Handwerker der dritten Lohnklasse schlechter gestellt sind als die ungelerten Arbeiter der Stadt Spandau, und ähnliche Klagen kommen aus Stralburg, Regh und anderen Städten. Ein weiterer Wunsch der Arbeiter geht dahin, den Stücklohn zu beseitigen und überall den Zeilohn einzuführen. Unzulänglich sind auch die Löhne der zweiten Lohnklasse; 66 M. bis 98 M. monatlich genügen nicht zur Ernährung einer Familie. Vielfach ist auch die Arbeitszeit nicht genügend geregelt; die Arbeiter wünschen, daß eine 9stündige Arbeitszeit überall, wo sie noch nicht besteht, eingeführt wird. Auch die Arbeiterinnen werden ganz niedrig entlohnt; außerdem werden ihnen die Gratifikationen nicht bezahlt; eine Arbeiterin in Regh, die schon 33 Jahre beschäftigt war, bekam keine Gratifikation, weil sie, wie man ihr sagte, nicht ununterbrochen beschäftigt war; sie war nämlich wegen Arbeitsmangels hin und wider einen Tag entlassen worden, und deshalb wurde ihr die Gratifikation entzogen. (Hört! hört im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) In Arbeiterfragen sollte die Heeresverwaltung nicht nur die Arbeiterausschüsse hören, zu denen die Arbeiter bei dem Wahlverfahren doch kein Vertrauen haben, sondern auch die Vertreter der Arbeiterorganisationen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Böhle (Soz.):

Würde die Militärverwaltung den Arbeiterorganisationen mehr entgegenkommen, so brauchen wir und hier nicht jedes Jahr mit diesen Fragen zu beschäftigen. Der Reichstag sollte Lohnskalen für die staatlichen Arbeiter festsetzen und sie auch der Gewerbeordnung unterstellen. Während die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter fast überall geregelt sind, sind die staatlichen, besonders die Militärarbeiter, auf die Gnade der Vorgesetzten angewiesen. Die Arbeiterausschüsse haben gar keine Bedeutung; in Stralburg sind sogar Personen, die der Militärverwaltung nicht genehm waren, einfach nicht genehmigt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch wird den Arbeitern ihre drückende Lage so recht zum Bewußtsein gebracht.

Die Löhne

betragen im Jahre 1908 bis 60 Proz. der Arbeiter nur bis 1000 Mark, nur bei 40 Proz. wurden 1000 M. überschritten; von den Arbeiterinnen ergiebt sich 89,8 Proz. nur 780 M. und 9,2 Proz. kamen nur bis 510 M.

Aus den Mitteilungen der Militärverwaltung geht auch hervor, daß Arbeiter wegen zu hohen Alters entlassen und nur zu halbem Lohn beschäftigt werden! Auf den Tisch des Hauses habe ich eine Arbeitsordnung niedergelegt, aus der Sie sich davon überzeugen können, daß kein Arbeiter aus diesem Konstrukt klug werden kann. Die Militärverwaltung sollte für klare einfache Arbeitsordnungen sorgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sparen könnte die Militärverwaltung sehr wohl; in Stralburg kommen auf 10 Arbeiter 5-8 Beamte, auf 6 Arbeiter ein Vorarbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn irgendein Stück von einigen Arbeitern geholt werden soll, so geht ein Beamter an die Spitze der Arbeiter und marschiert mit ihnen an Ort und Stelle und nachher ebenso wieder zurück. (Heiterkeit.) Wie unrichtig das Kriegsministerium oft über Arbeiterverhältnisse unterrichtet ist, zeigt ein Erlaß, der die Errichtung von Betriebskrankenkassen forderte, in denen die Arbeiter schlechter gestellt waren, und der dann bald wieder zurückgenommen wurde. Die schlechten Verhältnisse im Proviantamt in Stralburg habe ich im vorigen Jahre hier zur Sprache gebracht; aber eine Besserung ist nicht eingetreten. Ebenso brachte ich im vorigen Jahre das Verschwinden eines Wagens mit Heu in Hagenau zur Sprache. Eine Untersuchung hat inzwischen stattgefunden. Ich frage den Kriegsminister, was diese ergeben hat. Ein besonderes Kapitel bilden die

Wahrgelungen. Arbeiter sind entlassen, angeblich weil sie für den Metallarbeiterverband agitieren, in Wirklichkeit bestand ihr Verbrechen nur darin, daß sie dem Metallarbeiterverband angehörten. Aber auch sogenannte reichstreu Arbeiter werden gemahnt. In Stralburg besteht seit Jahren ein Militärarbeiterverband, dessen Vorsitzender, der Arbeiter Stein, wurde entlassen, weil er Unfrieden zwischen Vorgesetzten und Arbeitern gestiftet hätte. In Wirklichkeit ist er für die Interessen seiner Arbeitskollegen eingetreten, und die Verwaltung hat in mehreren Fällen anerkennen müssen, daß das mit Recht geschehen war, und hat das Unrecht, das den betreffenden Arbeitern geschehen ist, rückgängig gemacht. Seine Entlassung muß wohl zurückgeführt werden auf eine allgemeine Verfügung der Stralburger Feldzeugmeisterei, worin ausgeführt wird, daß gegen Arbeiter, die sich der Interessen ihrer Arbeitskollegen annehmen, also vor allem gegen Arbeiter, die sich den Organisationen anschließen, vorgegangen werden soll. Ich frage den Kriegsminister, ob er diese Verfügung billigt und ob er sie genehmigt hat. Wenn übrigens die Militärverwaltung gegen die reichstreuen Arbeiter in dieser Weise vorgeht, können wir von unserem Standpunkte aus nur zufrieden sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann werden die reichstreuen Vereine bald aufgelöst werden, und die Arbeiter werden wissen, wo sie hingehören. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Oberst Wandel:

Der Lohn in militärischen Betrieben kann sich nicht nach dem der Stadt oder dem besonders hochgehenden Privatbetriebe richten, sondern nur nach dem allgemeinen Durchschnitt. (Sehr richtig! rechts.) Die Handelskammer in Bonn, in Hannover sowie verschiedene Fabrikanlagen aus dem Siegerland haben sich beklagt, wir nähmen ihnen durch zu hohe Löhne die guten Arbeiter weg. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Von den Arbeitern verdient niemand bei Stücklohn unter 4 M. (Hört! hört! rechts.) Von den Zeilohnarbeitern niemand unter 3 M. (Hört! hört! rechts. Rufe h. d. Soz.: Also ganze 3 M.! Hört! hört!)

Der Abg. Will meinte, die dritte Lohnklasse sei besonders schlecht gestellt. In Spandau verdienen die Arbeiter dieser Klasse bei Stücklohn täglich 5,88 M., an den übrigen Orten 5,27 M., und auch die Arbeitszeit beträgt auf dem Papier 8 Stunden, in Wirklichkeit 1 1/2 bis 2 1/2 Stunden. Im Zeilohn ist der Verdienst etwas geringer, und mit der Abschaffung des Stücklohns würden die Arbeiter — etwa 60 Proz. arbeiten im Stücklohn — kaum zufriedener sein. Dr. Will führte an, ich hätte im vorigen Jahre gesagt, daß wir dankbar sein würden, wenn sich auch die Organisationen an uns wenden. Ich habe nicht von Organisationen gesprochen, sondern von Vereinen der Arbeiter. (Lachen bei den Sozialdemokraten und Juraß: Sind die Organisationen nicht Vereine?) Ich meine Vereine von Arbeitern in den Betrieben.

Herr Böhle beklagt, daß die Lohnverhältnisse unregelmäßig seien; das ist nicht richtig; Jeder Arbeiter hat eine Lohnordnung in Händen. Daß die Wünsche der Arbeiter und von den Arbeiterausschüssen vorgebracht werden, wünschen auch wir, und berechtigten Wünschen wird stets Rechnung getragen.

Nun zu dem Arbeiter Stein. Herr Böhle hat hier im Winter 1909 Beschuldigungen gegen den Feldwebel König vorgebracht, die er nur durch Invidiosität erfahren haben konnte. In der kriegsgerichtlichen Untersuchung ergab sich die Haltlosigkeit aller Anschuldigungen bis auf eine einzige geringe Ungehörigkeit; der Feldwebel hatte nämlich einer Arbeiterin mehr zugewendet als einer anderen. Es ergab sich aber weiter, daß der Urheber dieser Anschuldigungen nur der Arbeiter Stein sein konnte. Im vorigen Jahre nahm der Arbeiter Stein Urlaub, und er wurde während der Urlaubszeit in der Kantine in Saarbrücken getroffen, wohin der Feldwebel König berufen worden war, und dort suchte er die Arbeiter ebenfalls gegen den Feldwebel König aufzuwecken. Nachdem er im Sommer 1909 in den Arbeiterauschuss gewählt war, erhob er Beschwerden gegen einen Jugendleiter bei der Lohnauszahlung, die ebenfalls ganz unwahr waren. Die übrigen Arbeiter erklärten, daß sie von ihm drangsalirt wurden und Furcht vor ihm hätten.

Theater.

Deutsches Theater: Cristina's Heimreise.

Romdie von Hugo von Hofmannsthal. Der Beifall, der anfangs hart war, hatte zum Schluß mit energischem Jischen zu kämpfen. Und auch die Applaudierenden werden ein Gefühl der Enttäuschung, ja einer gewissen Dürftigkeit am Ende schwerlich haben unterdrücken können. Dem feinsinnigen Sprach- und Stimmungskünstler scheint jene Einheit schaffende Konzentrationskraft, die zur Schöpfung größerer dramatischer Gebilde erforderlich ist, nicht erreichbar. So schloß er sich in seinen früheren Versuchen, in „Elektra“ und im „Geretteten Benedig“ auf engste gegebenen Vorbildern an. Freier bewegte er sich in seinem „Oedipus“. Und in „Cristina's Heimreise“, wo er eine selbst erfundene Fabel zugrunde legt, ahmt er die unentworfene Technik des älteren englischen Komödienthums nach. So vielerlei äußerlich vorgeht, so langsam rückt doch die Entwicklung von der Stelle, so dunkel bleibt es in den ersten Aufzügen, worauf der Dichter eigentlich hinaus will. Und dann, als er nun endlich an den Angelpunkt gelangt, der einer psychologischen Lustspielszene Behandlung wert gewesen wäre, zieht er sich mit ein paar altmodernen trivialen Winkeln aus der Affäre.

Im ersten Teil sieht es so aus, als solle die Befehrerung eines liebesleidenschaftlichen Tunichtgut durch ein Abenteuer, das aus dem Rahmen der ihm sonst geläufigen herausschallt, den Inhalt der Komödie bilden. Dieser entzündliche Jüngling Florindo, der Abgott der venezianer Edelräuflin und Dirmen, preßt, aus dem Armen eines leichten Dämchens kommend, seinen ebenfalls auf Abwegen mangelnden Freund, den braven Schiffskapitän Tomaso, begleitet sich dann aber am nächsten Morgen am Ufer der ländlichen schönen Cristina, die mit dem priesterlichen Oberm zum Bauernhofe heim will. Seine Blide fesseln das Mädchen mit magischer Gewalt. Sie hat kein Dehl, wie sehr er ihr gefällt, und daß sie ihm in ihrer Einsamkeit ein Deirat ansetzt, entzückt ihn vollends. Der Komödiant berauscht sich an dem eigenen Spiel. Jeder Augenblick der Trennung wäre unaussprechliches Glend; er springt ihr in die Worte nach.

Die Szenen im Gasthof, wie der Bezauberte der Königin seines Herzens ein glänzendes Festmahl bereitet, wie sie triumphierend glücklich sich ihm als künftigen Gatten hingibt, sind die gelungensten des Stückes. Der Abenteuerer gewinnt hier individueller bestimmte Rüge, und in der Sprache spürt man den Pulsschlag Hofmannsthalscher Poesie. Ruffi spielte diese schwebende Umwandlung des epischen Genussesmenschen so virtuos, daß man an ihre Realität und Dauer hätte glauben können. In der Dichtung spürt man den Faden nicht weiter. Florindo schneidet; er empfindet die Beute dem waderen Kapitän zur Obhut und vergißt sie in der Gesellschaft einer jungen Adligen. Sie aber nimmt den angeführten, zuverlässigen Seebären, der ihm stillen lange für sie glühte, zum Raune. Der seelische Prozeß, der eine solche Wendung hätte herbeiführen können: das allmähliche Wiederkommen Cristinas aus phantastischer Bezauberung zur geborenen bürgerlich-profanen Vernünftigkeit und simplen Weltlust — dieses so reiche Ausbeute nehergehende Thema wurde nur in oberflächlichster Weise berührt.

(Hört! hört! rechts.) Ich glaube also, seine Entlassung war gerechtfertigt. (Beifall rechts.) Eine Verfügung der Feldzeugmeisterei, nach der beachtet sein soll, Arbeiterorganisationen aufzulösen, ist mir nicht bekannt.

Abg. Pauli-Bolsdam (Kon.): Auch ich bin der Meinung, daß man die Arbeitervertretungen hören und ihre Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigen sollte. Es ist aber für die Arbeiter schwierig, die „zuständige Instanz“

herauszufinden. Als ich einmal Wünsche eines Arbeitervereins vortrug, da wurde auch ich an die „zuständige Instanz“ gewiesen, belam aber nicht heraus, welche Instanz das sei. (Heiterkeit.) Die Lohnordnung ist so unverständlich und verwirrt, daß niemand daraus klug wird. (Wieder legt ein Exemplar einer solchen Lohnordnung auf den Tisch des Hauses nieder. Abgeordnete aller Parteien studieren kopfschüttelnd das grüne Deft.) Die Löhne in den Spandauer Militärverhältnissen stehen weit unter den Löhnen der Firma Ludwig Löwe. (Hört! hört!) Gelehrte Arbeiter beziehen pro Tag 60 Pf. weniger als die Spandauer Straßensehler! (Hört! hört! h. d. Soz. — Von den Parteigenossen des Redners sind kaum 2-3 Abgeordnete anwesend, von denen einer zuzuhören scheint.) 60 Pf. weniger, das ist doch keine Kleinigkeit für einen einfachen Mann, namentlich wenn er Frau und Kinder hat. (Sehr wahr! h. d. Soz. — Herr v. Kormann scheint nun auch nicht mehr zuzuhören.) Die Wohnungsverhältnisse der Spandauer Werkstättenarbeiter sind auch sehr schlecht. (Herr v. Kormann verläßt den Saal; dafür erscheint Abg. Hans Edler zu Puttk im Saale.) Redner trägt die Wünsche verschiedener Kategorien der Werkstättenarbeiter vor. (Abg. Hans Edler zu Puttk unterhält sich mit dem Abg. Herrn v. Camp.) Den Werkzeugmachern hat man Lohnerhöhungen, die man ihnen mit Mühe und Not bewilligt hatte, wieder weggenommen. Das muß lobes Blut machen. (Sehr wahr! h. d. Soz. — Abg. v. Kormann kehrt in den Saal zurück und formiert mit Edler zu Puttk eine plaudernde Gruppe. — Abg. Dietrich stellt den Kopf zur Tür hinein, um ihn schleunigst wieder zurückzugeben.) Auf das strengste verbietet man den Werkzeugmachern, ihren künftigen Lohn durch Privatarbeit etwas aufzubessern. Bei Stadtsärzten und Militärärzten ist man nicht so ängstlich. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Heeresverwaltung sollte für Besserung der Verhältnisse sorgen. (Bravo! auf der Rechten, die inzwischen auf ein Duzend Abgeordnete angewachsen ist.)

Abg. Dr. Wrede (natl.): Die Betriebsleiter der militärischen Betriebe bitten um Gewährung eines sie auszeichnenden Titels! Bezüglich der von Herrn Böhle vorgebrachten Entlassungen freue ich mich, daß die Militärverwaltung die Dinge ganz anders dargelegt hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Als vorhin bei der Kennung des Lohnsages von 3 M. Hört! hört! gerufen wurde, rief Herr Fischer: Würden Sie dafür arbeiten? Ich frage Herrn Fischer, ob er arbeiten würde zu dem Sage, den er im „Vorwärts“ betriebe den Buchdruckern zahlt? Bei den bekannten Zuständen im „Vorwärts“ hätte Herr Fischer am wenigsten Veranlassung zu dem Zwischenruf. (Abg. Schöpslin [Soz.]: Reichsverbandslagen!) Nein, das sagte Herr Kerpäufer, und das sagte der Arbeiterauschuss der Buchdrucker im „Vorwärts“. (Juraß bei den Sozialdemokraten: Was wurde Ihnen bezahlt?) Jedenfalls zu wenig, denn die Leute haben sich beschwert. (Juraß bei den Sozialdemokraten: Unmöglich hat in der Erklärung des Arbeiterauschusses gestanden, daß mehr bezahlt wird als in bürgerlichen Betrieben!) Es kommt nur darauf an, daß die Arbeiter Beschwerde geführt haben. Auch in den sozialdemokratischen Konsumvereinen sind die sozialdemokratischen Forderungen nicht erfüllt. Die Herren haben also keine Ursache zu solchen Zwischenrufen. (Ironische Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rommsen (fr. Vg.): Herr Wrede sagte, die Arbeiter des „Vorwärts“ haben sich doch beschwert, also sind ihre Löhne zu niedrig. Nach dieser Logik sind die Löhne in den militärischen Betrieben überall zu niedrig, denn hier beschwerten sich die Arbeiter ebenfalls, und wir sollten wirklich diesen Verhältnissen nachstreben, denn tatsächlich haben in diesen Betrieben seit 1902 bezw. seit 1904 Lohnaufbesserungen nicht stattgefunden.

Die von Herrn Böhle hier niedergelegte Arbeitsordnung ist in der Tat so kompliziert, daß wirklich die Militärverwaltung eine klare und einfache neue Arbeitsordnung schaffen sollte.

Abg. Sommer (fr. Vp.): In der „Familie“, die nach den Ausführungen des Kriegsministers alle Offiziere bilden, gibt es

Billige Surrogate mußten dafür herhalten. Auch die Versuche, durch die Figur eines nur halbgezähmten Molchen etwas Possentkomik zur Belebung des Schlußes herbeizuschaffen, schlugen fehl. Ueberhaupt wirkte dieser Wille, den Herr Schildkraut grell grotesk charakterisierte, mit seinen ewigen Wiederholungen derselben kleinen Scherze peinlich humorlos; es befremdete, wie Hofmannsthal es lesener Geschmack zu solchen Lückenbüßern hatte greifen können. Ingenierkunst und Aufführung waren vorzüglich. Ebenbürtig stand neben Ruffi's bestirndem Florindo Elise Heim's naturwüchsig einfache Cristina. In den Nebenrollen hatte außer Schildkraut Viktor Arnold, als grober Gastwirt, einen Heiterkeitsbeifolg.

Trianon-Theater: „Theodore u. Cie.“, Schwanf von D. Armont und R. Ranceu. In der Berliner Theaterlotterie werden diese Saison lauter Rieten gezogen; nur das Trianon-Theater hat Glück, ihm ist ein Treffer zugefallen. Der neue Schwanf, dessen angeblich französische Autoren hier ganz unbekannt sind, ist ausgelassen lustig und unterhaltend bis zum Schluß. Freilich das Genre und die Voraussetzungen muß man zugeben, aber dann wickelt sich alles folgerichtig ab. In den Voraussetzungen gehören außer den üblichen Unwahrscheinlichkeiten allerdings auch starke Anleihen bei gut eingeführten älteren Firmen. Der Reiz des Stückes besteht nicht zum wenigsten darin, daß die Autoren sich selber dramatisiert haben. Alle die Verwicklungen besorgen Theodore u. Cie., um sie nachher für gutes Geld und mit lustigen Effekten wieder aufzulösen. Theodore ist der Reffe eines Senators, der auf eine standesgemäße Weise das nötige Kleingeld verdienen muß. Er lebt von den Trids, die er mit seinem Gehüfen, dem Verkleidungs-künstler Clodomir, ausführt. Frau Chenerol gerät in Verdacht, mit Malvolier in Beziehungen zu stehen. Ihr Liebhaber verliert nämlich in ihres Gatten Hause ihre Photographien. Durch die Schuld Theodores. Aber Theodore weiß Hilfe. Er rebet dem eifersüchtigen Chenerol vor, die Photographie stamme von einer Chansonette Gavi Brintemps, die seiner Frau merkwürdig ähnlich sei. Der ganze zweite Akt dient dazu, Chenerol davon zu überzeugen, daß die Chansonette existiert und wirklich seiner Frau ähnlich ist. Der an Ueberraschungen und Zwischenfällen überaus reiche Akt spielt in der Wohnung des Senators, die für die der Chansonette ausgegeben wird — und die Chansonette wird von — Frau Chenerol selber gespielt. Mit Hilfe des beliebtesten Haustelephons wird Chenerol mit seiner Frau in Verbindung gebracht und zum Schluß von ihr (die sich inzwischen umkostümert hat) überroscht. Chenerol hat sich in die Chansonette verliebt und das Spiel muß weiter gehen. Er will sie im Variete, wo sie angeblich engagiert ist, singen hören und so spielt das Versteckspiel im dritten Akt weiter, wo Chenerol seine eigene Frau als Chansonette auftreten sieht und schließlich mit ihr kuppieren geht, nachdem er seinen Nebenbuhler beseitigt und ihre Mutter (es ist Clodomir in neuer Verkleidung) mit 3000 Frank gewonnen hat. Die Firma Theodore u. Cie., die alles ingeniert und aufs beste befolgt, macht ein Bombengeschäft dabei, denn Gatte und Liebhaber werden um die Wette gerupft. Und wenn diese Stücke länger als 2 1/2 Stunden dauern dürfen, wünten es noch mehr Akte. Theodore u. Cie. machen allek. . .

Kleines feuilleton.

Eine schwedische Wahlrechtshymne. Die traditionelle Interesselosigkeit unserer Vertretung von Kunst und Dichtung hat ja in der neuen preussischen Wahlrechtshymne die gebührende Höhepunkt gefunden, insofern als dort Künstlern und Dichtern durchaus nicht daselbe Maß von politischer Reife zugebilligt wird, als etwa den Militäradvokaten. All diese Ermüdungen sind ja nur typische Spiegelungen der allgemeinen Kulturzustände. Und wie in England oder Frankreich der Künstler im öffentlichen Leben Partei ergreift, so naturgemäß auch in den freieren skandinavischen Ländern. Das allgemeine Reichstagswahlrecht, das in Schweden Regierung und Volk gegen den hartnäckigen Widerstand der plutokratischen Ersten Kammer zu erringen suchten und über kurz oder lang auch erringen werden, ist dort ein selbstverständliches Postulat auch jedes Intellektuellen. So hat der Dichter Werner v. Heidenstam eine Wahlrechtshymne verfaßt, die seit Jahren bei jeder Wahlrechtshymnendebatte in Presse und Versammlung ihre aufstrebende Wirkung hat. Doppelt merkwürdig für uns ist diese politische Keuzerung bei einem Manne, der vorwiegend historisch-nationalen Idealen nachhängt, bei einem Poeten, der in der Abkehr gegen die schwedische Wirklichkeitslust der 80er Jahre die jetzt herrschende, sogenannte „Richtung der 90er Jahre“, einen neuromantischen Idealismus in Dichtung und Kritik herausgeführt hat und also nach Meinung unserer ästhetischen Wesen gar keine Veranlassung hätte, sich für eine so banale Vollsagengelegenheit, wie das allgemeine Wahlrecht, zu begeistern. Das Heidenstamsche Original, dessen kraftvoller Wohlklang bei der hier folgenden sinnigen Uebersetzung mehrfach verloren geht, ist „Wahlrechtshymne“ betitelt.

Ist unser das Vaterland denn nicht?

Wir erbten es alle wie einer, mit gleichem Recht und mit gleicher Pflicht, ob arm oder reich, frage keiner. Und darum wollen wir stimmen frei, wie die Ähnen in Wehr und Waffen, will uns auch flügliche Krämerlei auf die Wage gleich Geldsäcken schafften.

Wir stritten gemeinsam für Heim und Herd, da mit Mordbrand und Feinde bedrohten. Nicht Moß die Herren griffen zum Schwert, als flammend die Kampfzeichen lohten, nicht Herren bloß wählten das Feldentum, nein ebenso tapfer die Knechte. Es ist Scham und Schande für Schwedens Ruhm, daß der Heidsack regiert unsre Rechte.

Es ist Schande, im Winkel zu hocken dafür und andern zu weihn unsre Taten, anstatt zu stehen vor eigener Tür und uns nicht selbst zu verraten.

Wir wollen vom Herzen nicht trennen das Haupt; dem Volke die Einheit und Klarheit, wir wollen sie haben, die uns geräumt, und was wir wollen, wird Wahrheit.

neben verhässelten Kindern auch Stiefkinder, das sind z. B. die Feuerwerks- und Zengoffiziere; dieser Kategorien sollte sich die Militärverwaltung mehr annehmen.

Oberst Wandel befreit, daß die Feuerwerks- und Zengoffiziere Grund zur Klage haben.

Abg. Dr. Fothoff (fr. Vg.) befreit, daß die Feuerwerksoffiziere keinen Grund zur Klage haben.

Abg. Dr. Becker-Köln (S.): Die Militärarbeiter in Siegburg sind nicht in derselben Weise aufgebessert worden wie die in den anderen Reichsbetrieben; ihren Wunsch nach Aufbesserung muß ich als berechtigt anerkennen, und empfehle ihn für das nächste Jahr zur Berücksichtigung.

Abg. Jubel (Soz.):

Daß Herr Görde den Preisruuf meines Parteigenossen Fischer zu einer Anempfehlung des „Vorwärts“-Betriebs benutzen würde, und zwar mit längst widerlegtem Material des Reichsverbandes, wundert mich nicht; von Zeit zu Zeit muß er seinem Haß gegen die Sozialdemokratie in irgendeiner Weise Luft machen. Dabei müßte ihm bekannt sein, daß auch im Organ Reichshäuser bekannt gemacht werden mußte, daß die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen im „Vorwärts“ selbstverständlich günstiger sind als in den bürgerlichen Betrieben. Voten und Pader erhalten, wenn sie 16 Jahre alt sind, 18 M. und steigen bis zum 20. Jahre bis zu 26 M., und von da an erhalten sie 28 M. pro Woche. Die Hilfsarbeiter bei Nacht erhalten 31 M. und steigen in 5 Jahren bis auf 35 M., die Hilfsarbeiter bei Tage fangen mit 27 M. an, während der Tariflohn 25 M. beträgt. Das sind die Löhne für die ungelernten Arbeiter, Herr Görde! Ueber die Löhne der Buchdrucker und des Maschinenpersonals brauche ich nicht zu sagen, denn hier bestehen die von der Organisation festgesetzten Tarife. Uebrigens sind auch diese Löhne erheblich besser als in anderen Privatbetrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dasselbe trifft für die Konsumvereine zu. Sozialdemokratische Konsumvereine gibt es nicht, Herr Görde! Aber die von den Konsumvereinen der Arbeiter gezahlten Löhne und Gehälter sind weit höher als in den gleichartigen Betrieben der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den Behörden, auch dem Kriegsministerium, ist es in einer Beziehung ganz gleichgültig, welchen Organisationen die Arbeiter angehören: sobald sie Wünsche äußern, fliegen sie hinaus, gleichgültig, ob sie einer freien oder einer christlichen Gewerkschaft angehören! Gebildet werden lediglich Vereine, die sich nur mit Vergnügungen und Hurrarufen beschäftigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso verhält es sich mit den Arbeiterausschüssen: sie sind erst auf Drängen des Reichstages eingerichtet, aber tatsächlich stehen sie nur auf dem Papier und haben gar keinen Einfluß.

Aus der Lohnordnung, die mein Freund Böhle hier niedergelegt hat, kann niemand klug werden; das haben die Kollegen, die Einsicht genommen haben, zugeben müssen. Ich halte das für Absicht, der Arbeiter sollte eben nicht wissen, zu welcher Klasse er gehört und welche Forderungen er zu stellen hat. Einst dieß es: Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Die Militärwerkstätten können wahrhaftig nicht der Privatindustrie als Muster dienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte noch einmal auf

die Lage der Pulverarbeiter

zurückkommen, deren Erwartungen wieder einmal schwer enttäuscht worden sind. Die Pulverarbeiter müssen einen sehr umständlichen Eid leisten, in welchem sie sich namentlich zu strenger Geheimhaltung der Fabrikationsmethoden usw. verpflichten. Die Pulverarbeiter beziehen Monatsgehälter (in der Höhe von 120 Mark, keinen Wochenlohn, sie sind in keiner Krankenkasse, sondern etwaige Heilkosten übernimmt die Verwaltung. Das sind alles Merkmale der Beamtenqualität, und bis 1897 galten die Pulvermacher in der Tat nicht als Arbeiter, sondern als Beamte mit Pensionsansprüchen. Da aber erliefen plötzlich eine Verfügung des Kriegsministeriums, die die Vorschriften umänderte. Die Verfügung wurde vom Hauptmann Schulz den Pulverarbeitern mitgeteilt, nicht etwa vorgelesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Pulverarbeiter verweigerten die Unterschrift und gaben sie erst auf die Versicherung bzw. auf das Ehrenwort des Hauptmanns Schulz, daß es sich um keine Änderung der Pensionsverhältnisse handele. Selten sind Leute so getäuscht worden wie die Pulverarbeiter durch das Ehrenwort eines königlichen preussischen Hauptmanns. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist festgesetzt, gerichtlich festgestellt, daß die Arbeiter die Verordnung nicht gelesen, sondern ihre Unterschrift auf einem weichen Blatt Papier gegeben haben! (Lebhaftes Hört! hört!) Die Leichtgläubigkeit, mit der sich die Pulverarbeiter auf das Ehrenwort eines preussischen Hauptmanns verlassen haben, hat sich schwer an ihnen gerächt. Nach dreißigtägiger treuer Dienstzeit wurde der Pulverarbeiter Boh auf eine Monatsrente von sage und schreibe 42 M. gesetzt. (Hört! hört!) Sein letztes Gehalt betrug circa 1500 M. und er hätte, wenn noch die alten Verwaltungsvorschriften gelten würden, auf etwa

75 M. Monatspension Anspruch. Der Mann war also durch die umgeänderten Verwaltungsvorschriften um einen Teil seiner durch langjährige Dienste erworbenen Ansprüche gebracht worden. So würden den Arbeitern die Lagen geöffnet über den Wert seiner Lagen der Militärbehörden! So lange sie noch ihre geliebten Knochen haben, wird ihnen die volle Pensionsberechtigung vorgebildet; wenn sie sich zugrunde gefressen haben, dann bringt man sie um ihre Ansprüche. Ich möchte wissen, ob das Kriegsministerium das Recht hat, durch einfache Verfügung eine Kadettensorder zuzunutzen der Arbeiter zu ändern. Ich möchte weiter fragen, wie man dazu kommt, die vom Reichstag den Pulverarbeitern für Aufschaffung von Milch usw. bewilligte Gesundheitszulage als persönliche Zulage zu behandeln und bei Steuerveranlagungen usw. in Anrechnung zu bringen? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Möge das Kriegsministerium dafür sorgen, daß die Militärwerkstätten wirklich zu Musteranstalten werden! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Herr Abgeordneter, Sie haben gesagt, daß die Pulverarbeiter durch einen preussischen Hauptmann getäuscht worden sind. (Abg. Jubel: Gewiß!) Ich nehme an, daß Sie die Täuschung nur als subjektiv hingestellt haben.

Abg. Hagemann (natf.): Die Verhältnisse der Arbeiter in der Waffenfabrik in Eulst sind sehr verbesserungsbedürftig. Die Militärverwaltung sollte durch Vergütung von Lieferungen nach Suhl eine zufriedene Arbeiterklasse schaffen; eine solche ist in hohem Maße staatsverfallend.

Abg. Böhle (Soz.):

Die Beschwerde des Arbeiters Stein gegen den Leutnant Rönneberg wegen verspäteter Lohnzahlung war nicht falsch sondern berechtigt. Ueberhaupt sollte die Militärverwaltung die Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit vornehmen, wie es in vielen Privatbetrieben geschieht. Die Beschwerde von Arbeitern gegen Stein rührte von solchen Leuten her, die gerade an den unhaltbaren Zuständen schuld waren, gegen welche Stein sich wandte. Bei der Untersuchung gegen Stein verlangte Stein, den Zeugen gegenübergestellt zu werden. Das ist nicht geschehen. (Mit der Hand auf den Tisch schlagend:) Kann man da von einer gerechten Untersuchung sprechen? (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch im Fall König soll ich Unrecht gehabt haben. Wir wissen ja, wie diese Art Untersuchungen geführt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich will jetzt nicht darauf eingehen, nur das will ich bemerken, daß ich dem Kriegsministerium schriftlich eine Anzahl Zeugen genannt habe; diese sind aber nicht vernommen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Goerde hätte besser getan, zu schwören, als den „Vorwärts“ anzurempeln. Von der nationalliberalen Partei wird ja niemand eine Vertretung der Arbeiterinteressen erwarten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Oberst Wandel: Die Ausführungen des Abg. Jubel gründen sich auf einseitige Angaben der Pulverarbeiter, einer aussterbenden Klasse, die keineswegs schlecht steht. Mit ihrer Subsumierung unter die Untersuchungsmaßnahmen der übrigen Arbeiter haben sie sich 1897 bei der Schaffung dieser Einrichtungen ausdrücklich einverstanden erklärt. Einige waren nachher damit nicht zufrieden und haben den Fiskus verklagt, sind aber in allen Instanzen bis zum Reichsgericht abgewiesen worden.

Abg. Stadthagen (Soz.) (von der Rechten mit Anruhe empfangen):

Die Ausführungen des Herrn Goerde haben doch nur einen Sinn, wenn er wünscht, daß die Verhältnisse in den Militärwerkstätten nicht schlechter sein sollen als in sozialdemokratischen Betrieben. Er möchte aber wissen, daß die Verhältnisse im „Vorwärts“ besser sind als in den bürgerlichen Betrieben gleicher Art. Er hat ja aber auf seine Fahne geschrieben: Kampf gegen die Sozialdemokratie! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe gegen solchen Kämpfer nichts (Erneute Heiterkeit.) und auch nicht dagegen, wenn er den Anruf zu beleuchten sucht, der sich etwa in einem sozialdemokratischen Betriebe angehäuft hat. Dringend aber möchte ich ihn bitten, daß er nicht selbst erst Irrat dorthin bringt. (Große Heiterkeit.) Das aber hat er getan. Im „Vorwärts“ ist eine effektiv achtstündige Arbeitszeit durchgesetzt. Wer ein Jahr im „Vorwärts“ beschäftigt ist, hat eine Woche Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Die Beiträge zur Invalidenversicherung zahlt der Verlag — auch etwas, was von der Militärverwaltung nicht geschieht. Die Differenz zwischen einer Unfallentschädigung und dem Lohn trägt das Geschäft. Es ist mir nach alledem unerfindlich, wie Herr Goerde sagen konnte, wir sollten zunächst für bessere Bedingungen im „Vorwärts“ sorgen. Sorgen Sie doch zunächst dafür, daß diese Bedingungen auf die Militärwerkstätten übertragen werden! Herr Goerde sagt, die Arbeiter beschwerten sich, das habe im „Vorwärts“ selbst gestanden. Er hätte nur das Ganze durchlesen sollen. Bei der Gründung der „Vorwärts“-Druckerei wurde ausgesprochen, daß sie der Partei dienstbar gemacht werden sollte, wobei aber selbstverständlich die Arbeiter bessere Bedingungen haben sollten als in Privatbetrieben. Auch die Arbeiter, die sich beschwert haben, haben das für selbstverständlich gehalten.

Vizepräsident Dr. Spahn: Solche weitergehenden Erörterungen über die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ haben mit dem Militärstat nichts zu tun.

Abg. Stadthagen (Soz.): Nicht ich, sondern Herr Goerde erklärte bei dieser Gelegenheit: wenn wir bessere Verhältnisse in den Militärwerkstätten haben wollten, sollten wir zunächst im „Vorwärts“ für bessere Verhältnisse sorgen.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich habe Ihnen ausreichende Gelegenheit zur Zurückweisung dieser Ausführung gegeben, aber frühere Beschlüsse über die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ haben nichts damit zu tun.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich werde also nur das Tatsächliche darstellen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse insgesamt sind im „Vorwärts“ anerkannterweise die besten von allen, die Militärverwaltung möge also die Fremdbiaseit haben, derartige Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei sich einzuführen. Wenn sie das auch nur annähernd erreicht, so wird für die Arbeiter etwas Gutes geschaffen sein. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Goerde (natf.): Meine Zurückweisung des Fischerschen Zwischenrufes scheint doch sehr tief gelesen zu haben. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Jubel sprach von meinem Haß gegen die Sozialdemokratie. Wir bekämpfen sie nicht aus Haß, sondern aus einem ganz anderen Grunde. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aus Liebe! Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Diese Ausführungen über Ihre Befehrmungen haben mit der Sache nichts zu tun. (Heiterkeit.)

Abg. Goerde (fortfahrend): Ich kann das also jetzt nicht weiter ausführen. (Große Heiterkeit.) Ich habe lediglich Herrn Fischer gefragt, ob er seine Arbeitskraft zu derselben Entschädigung beregeben würde, die die ungelerten Arbeiter im „Vorwärts“ bekommen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie werden doch auch nicht bestreiten wollen, daß gerade Herr Fischer dort Schwierigkeiten gehabt hat, die wochenlang gedauert haben. Daran hindert auch nichts, wenn die Leute später sagten: es ist alles gut. Die solche Erklärungen zustande kommen, können wir nicht wissen. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Von den Löhnen im „Vorwärts“ habe ich nicht gesprochen; wenn sie so glänzend sind, wie Herr Stadthagen darstellte, so ist das für die Betroffenen erfreulich, und noch erfreulicher wäre es, wenn wir diese Löhne überall einführen könnten.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Wenn Herr Goerde nichts anderes hätte wollen, als mich fragen, ob ich zu dem Lohn der ungelerten Arbeiter im „Vorwärts“ arbeiten will, so hätte die Gegenfrage genügt, ob er dazu bereit ist. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich schätze meine Arbeitskraft mindestens so hoch ein wie er die seine. Aber aus welchem Anlaß hat er die Frage an mich gerichtet? Vom Kriegsministerium wurden Löhne vorgelesen, und bei dem Lohn von 8 M. für gelernte Arbeiter rief man rechts und von den Nationalliberalen: Hört! hört! und da haben wir gerufen: Jawohl,

Hört! hört! 8 M. für gelernte Arbeiter! Und da glaubte Herr Goerde die alte Reichsverbandslüge vorbringen zu sollen von den schlechten Löhnen und den Mißständen im „Vorwärts“. Damit hat er sich zum Träger von

Verleumdungen

gemacht. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Anruhe bei den Nationalliberalen.) Ober er ist das Opfer solcher Verleumdungen geworden. Es gibt keinen Betrieb gleicher Art in Berlin, in welchem Arbeitsverhältnisse bestehen als im „Vorwärts“, sowohl in bezug auf den Lohn als auf die allgemeinen Arbeitsverhältnisse. Alle im Geschäft Tätigen haben eine Ferienszeit; wer 9 Monate tätig war hat 6 Tage, wer 4 Jahre tätig war 9 Tage. Die Zeilungssieger haben 14 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist weit über den Tarif hinaus Rechnung getragen. In Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen dem Krankengeld und dem Lohn vom Geschäft bis auf die Dauer von sechs Wochen bezahlt. Das an einen sozialdemokratischen Betrieb die Arbeiter höhere Anforderungen stellen als an einen bürgerlichen Betrieb, das ist ja selbstverständlich, namentlich wenn Sie bedenken, daß niemand, der dort eingestellt wird, nach seinem politischen Glaubensbekenntnis gefragt wird; wir beziehen die Leute nach der Ordnung ihrer Meldung vom Arbeitsnachweis und fragen nicht nach ihrer politischen, sondern lediglich nach ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit. Das unter solchen Umständen zuzulassen auch Forderungen gestellt werden, die beim besten Willen nicht durcgeführt werden können, das ist um so weniger verwunderlich, als die Leute in der ausnahmsweise günstigen Position sind, alles sagen zu können, was sie auf dem Herzen haben. Fragen Sie doch die Beamten, wie es bei ihnen damit steht! (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte Sie, nicht Ausführungen allgemeiner Art über die Verhältnisse im „Vorwärts“ zu machen.

Abg. Fischer-Berlin: Ich darf aber konstatieren, daß die Erklärungen, die vom Personal abgegeben sind, selbstverständlich abgegeben sind unter völliger Diskussionsfreiheit im „Vorwärts“ selbst. Suchen Sie einen bürgerlichen Betrieb, in dem das möglich ist! (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Görde sagte, man wisse nicht, wie solche Erklärungen zustande kommen. Sie kommen zustande, indem das Personal zusammentritt, ohne Anwesenheit des Chefs und der Geschäftsführung. Vielleicht interessiert es Herrn Goerde, noch zu hören... (Glocke des Präsidenten.) Ich will als Beweis für Herrn Goerde eine solche Erklärung vorlesen.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ihre Darstellung genügt bereits für und alle.

Abg. Fischer-Berlin: Ich bin dem Präsidenten gegenüber wehrlos.

Herr Goerde sagte weiter, der Streit über die Mißstände im „Vorwärts“ sei wochenlang gegangen. Ich erkläre, daß hier von keinem Mißstand die Rede ist, weil die vorliegenden Zustände, unter denen solche Erklärungen zustande kommen, in keinem anderen Geschäfte vorhanden sind. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Frage, ob ich meine Arbeitskraft zu dem Lohn der ungelerten Arbeiter zur Verfügung stelle, bemerke ich noch, daß ich das nicht nötig habe, doch aber im „Vorwärts“ keiner eingestellt wird, der nicht einen höheren Lohn bekommt als den tarifmäßigen. Wir haben keinen Zeitungssieger, der unter 3000 Mark im Jahre verdient, und wir haben Leute, die in den sieben Jahren seitdem das Geschäft besteht, 25 bis 30 Prozent Zulage bekommen haben, und zwar nicht unter dem Zwange des Tarifs.

Vizepräsident Dr. Spahn: Diese Ausführungen gehören wirklich nicht mehr zum Militärstat.

Abg. Fischer: Vielleicht gibt einer der Herren mit Gelegenheit, durch Angriffe auf den „Vorwärts“ diese Dinge noch einmal im einzelnen darzulegen. Mir jetzt kann ich nur wiederholen: Alle Behauptungen über die Mißstände und die niedrigen Löhne im „Vorwärts“ sind Verleumdungen, die von einer Stelle ausgehen, der vor Bericht vom Vorliegenden entgegengehalten werden mußte, daß jeder anständige Mensch Schuldingungen zurücknehme, von deren Unrichtigkeit er sich überzeugt habe. Jene Stelle war Herr Reichhäuser vom „Korrespondent“. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Goerde (natf.): Die Ausführungen Fischers zeigen, daß sein Zwischenruf in der Tat unangebracht war. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Gerade das Gegenteil!)

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Festungen, Ingenieur-, Pionier- und Verkehrsweisen“ ruht

Abg. Böhle (Soz.) die Kleinheit, mit der der Militärfiskus völlig überflüssig gewordene Festungsanlagen aufrechterhält, die nur die Entwidlung der Städte verhindern, den Wohnern Unbequemlichkeiten schaffen, den Steuerzahlern Geld kosten und militärisch von gar keinem Wert sind. Man spricht von Sparsamkeit und läßt sie nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Strahburger Stadtverwaltung kann ein Lied von dem seitens des Militärfiskus singen. Hier wäre doch wirklich größere Liberalität angebracht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberst Wandel befreit die Richtigkeit der vom Vorredner erhobenen Vorwürfe.

Abg. Böhle (Soz.) hält seine Behauptungen aufrecht und belegt sie an neuen Beispielen.

Abg. Storz (süd. Vg.) hebt, durch häufige Schlußrufe der Rechten unterbrochen, hervor, daß die gewohnheitsmäßige Benutzung des Automobils das Gefühl für die Leistungsfähigkeit von Menschen und Tieren bei den Offizieren absumpte.

Kriegsminister v. Heeringen befreit das.

Die Diskussion schließt und das Kapitel wird bewilligt.

Bei den „Einmaligen Ausgaben“ hat die Kommission die Forderung von 263 500 M. für den Neubau von Schießständen für den Standort Düsseldorf gestrichen.

Ein konservativ-nationalliberal-antifemistischer Antrag fordert Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Kirsh (S.) bittet um die Aufrechterhaltung des Kommissionsbeschlusses und weist darauf hin, daß gegen die Anlage des Schießplatzes auch viele lokale Bedenken erhoben worden sind.

Abg. v. Byern (f) begründet den Antrag auf Wiederherstellung der gestrichenen Vorlage.

Kriegsminister v. Heeringen bittet ebenfalls dringend um Wiederherstellung der Vorlage.

Nach mehrfachen Bemerkungen des Kriegsministers und des Abg. Kirsh (S.) schließt die Diskussion. Der Wiederherstellungsantrag v. Byern wird mit den Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und der Freisinnigen angenommen.

Beim Titel „Beihilfen für Gemeinden“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. Becker-Köln (S.) der

Schatzsekretär Wermuth: Ein diese Materie regelnder Entwurf befindet sich bereits beim Bundesrat und wird aller Voraussicht nach in kurzem dem Hause zugehen.

Bei den „Einnahmen“ beantragt die Kommission eine Resolution: daß beim

Verkauf des Tempelhofer Feldes

die öffentlichen Interessen in genügender Weise gewahrt werden sollen.

Diese Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Der Rest des Etats wird ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Vizepräsident Dr. Spahn: Der Etat ist damit erledigt und bei der vorgerückten Zeit kann ich dem Hause nicht mehr vorschlagen, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen. (Allgemeine Zustimmung.)

Kriegsminister v. Heeringen:

Zu meiner Ueberraschung habe ich gestern in den Zeitungen und heute hier im Protokoll gelesen, daß der Abg. Ledebour mir beim Weggehen die Worte nachgerufen hat: Auch der kneist! Hätte ich sie

Humor und Satire.

Terrorismus.

Abhängig ist der Mann, der heimlich wählt; sein Geist folgt seinem Willen hohe Schranken er wird noch in dem Wahllokal gequält vom trocknen Terrorismus der Gedanken.

Da fiskaler's in ihm: Den! an die Partei, der du dein ganzes Leben zugeworhen! — und siehe da, von jeder Freiheit frei, hat er den Kandidaten sich erkoren,

den er sich selbst von vornherein bestimmt. Und da die Stimmen man zusammenzählte, liest er das Resultat und ruft ergrimmt: „Verflucht! gewählt ist jener, den ich wählte!“

O welch ein schamlos frecher Terrorist — wenn ich den Fall so recht bei mir betrachte — doch das Gehirn geheimer Wähler ist! Und wie ich drum die Heimlichkeit verachte!

So, meine Herrn, erkennen wir es klar, daß die geheime Wahl ein großes Uebel, als je die allergrößte war.

Nicht wahr, ich bin als Philosoph nicht abel?*

Die Jesuiten schämte man einstens raus, man glaubte wohl, sie seien zu entbehren: der deutsche Kanzler läßt im hohen Haus die dümmsten ihrer Kniffe selber hören.

Franz.

Notizen.

— Vorträge. Im Institut für Meereskunde spricht Dienstag, den 15., Professor A. Grund über die klimatischen Kurve des Mittelmeeres, am Mittwoch, den 16., Herr Dr. Benke (unter Vorführung von Demonstrationen und Lichtbildern) über Vögel und Säugetiere an den deutschen Küsten.

— Der Südpolforscher Charcot ist in Buenos Aires (Argentinien) eingetroffen. Er hat den Pol zwar nicht erreicht, ist aber über die Ergebnisse seiner Expedition sehr beschieden. Der Gesundheitszustand der Teilnehmer an der Expedition ist gut.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseeftr. 29-30 □ Brückenstraße 11 □ Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Einsegnungs-Anzüge

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Foulés, Melton u.s.w. — Nur eigene Erzeugnisse. —

36.— 33.— 30.— 28.— 26.— 24.— 22.— 21.— Mk.
20.— 18.— 16.— 15.— 14.— 13.— 12.— 11.— Mk.

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Zur Einsegnung

Wäsche, Hüte
Hosenträger
Handschuhe
Krawatten

zu sehr billigen Preisen

Prüfungs-
Anzüge

Solide Webarten
Moderne Formen
Nur eig. Erzeugnisse
Schrpreiswert

Grosse Betten Ober- u. Unterbett mit 2 Kissen Mk. 11.75

15.—, 16.50, 18.50, 19.50, 21.50, 23.50, 25.50, 27.50, 29.50, 31.50, 33.50, 35.50 etc.
Federn dopp. gereinigt neu von 50 Pf., Halbdunen von 1.20, Dunen von 2.40 gegen Nachn. Nicht gefüllt, Geld zurück. Liste frei. Bettenfabrik Herm. Ehrlich, Cassel 57



Brühl's
Kräftbrüh-Würfel
Marke Ochsenkopf
vorzügliche 5 Pfg. Bouillon

Nordhäuser Kautabak

VON

Grimm & Triepel, Nordhausen.

Man verlange stets ausdrücklich unser Fabrikat — „Marke Grimm & Triepel“ — und weise die vielfach missbräuchlich — angebotenen geringwertigen Nachahmungen zurück. — Zum Zeichen der Echtheit befindet sich in jedem unserer Röllchen ein Zettel mit unserer Firma in Rotdruck, was wir beim Einkauf besonders zu beachten bitten.

2. Ziehung 2. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterio.

Ziehung vom 12. Februar, vormittags.

Für die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

14 22 305 479 99 511 35 49 65 909 58 997 1194 216
179 85 [300] 87 502 24 65 96 897 [300] 802 62 99 [300] 94 [300]
2202 22 405 50 800 37 45 96 897 [300] 802 62 99 [300] 94 [300]
261 473 [300] 625 66 [300] 736 5394 404 861 [300] 787
6116 [300] 225 429 49 613 841 7605 53 80 124 548 54 717
828 8015 113 250 415 10 29 21 829 77 217 9128 893 413
[300] 560 837 842

10019 148 482 11018 540 75 96 691 [300] 612 1214
200 475 85 714 54 70 13128 542 59 966 47 14012 153 411
909 25 15883 187 901 16990 219 27 738 856 17120 290
84 40 80 458 810 854 60 18720 820 499 [300] 54 69 778
131925 297 88 317 202 818 27 62 70 98

20023 484 728 808 45 65 21113 206 41 480 677 96
734 49 745 808 95 22000 [400] 774 23075 228 841 448
83 221 609 781 890 24014 478 606 807 873 25000 63 192
248 88 498 878 878 810 667 26025 41 45 50 30 198 609 73
719 [300] 23 71 839 64 819 [300] 27115 290 470 320
618 69 27 22000 401 17 605 [300] 26 154 74 22000 21
222 229 [300] 235 401 825 787 45 49 819

30104 513 306 415 811 906 31101 17 77 95 95 [300]
409 970 85 738 72 32006 84 234 415 853 66 840 99 33006
715 84 57 [300] 961 [300] 67 34354 61 575 586 35123 309
915 63 36105 [300] 69 870 847 37101 329 319 678 724
803 443 33008 233 21 215 63 500 97 778 995 30121 27
803 543 53 [300] 787 821 920

40183 272 309 415 90 505 99 614 15 208 82 983 47
41061 218 30 403 587 616 752 64 841 44 42789 [300] 689
709 859 43124 83 [300] 308 25 327 [300] 25 492 44084
63 238 203 9 419 780 800 24 45188 608 46011 [400] 188
850 40 49 850 748 974 47300 402 907 48016 133 419 525
[300] 741 999 40477 521 85 978 79

50183 511 90 606 727 31135 65 999 814 029 671 87
729 802 52001 201 204 47 61 [300] 94 828 [300] 904
53125 [300] 43 404 445 84 897 813 935 26 54007 119
246 [300] 46 75 428 270 718 55015 207 692 97 772 56106
62 427 [300] 746 57136 361 10 96 683 [300] 705 8 917
[300] 95 58010 180 433 705 817 22 45 47 48 59000 82
883 310 310 619 988

60083 67 425 94 968 61382 282 423 23 53 500 85 674
62184 273 300 718 90 63025 481 861 855 90 911 96
64118 229 65 309 33 441 807 780 889 65181 204 207 618
87 155 63 68005 303 62 632 704 54 [400] 67014 213 [300]
458 63 68121 217 454 200 600 69895 411 672 794

70000 419 40 694 843 800 71008 78 222 491 544 870
780 990 961 72021 25 707 812 27 894 73115 62 300 4 88
[300] 428 84 267 [300] 685 [300] 741 64 74018 99 138
[300] 270 245 17 804 27 708 840 69 75103 289 [300]
841 21 90 712 29 70011 189 284 425 258 [300] 77180 218
87 89 89 854 837 115 43 384 [300] 78398 423 72 81 808
858 904 84 78125 249 287 878 808 87

80082 468 821 728 818 90 81062 198 294 480 602 98
705 802 82408 21 825 710 74 83160 819 736 [300] 48 84
880 99 84268 421 602 814 8214 256 60 454 687 [400]
84 78 784 [300] 82 86281 441 13 509 78 817 85 818 87185
248 90 282 78 83183 277 225 78 480 301 68 [300] 89004
88 200 745

90082 289 889 94 854 815 [300] 91283 411 618 98
87 92234 646 761 918 [300] 93841 109 40 248 287 898 641
917 918 94128 92 278 95 421 54 209 84 804 778 985 95211
204 847 96148 284 92 414 882 905 [300] 97037 282 618
68 78 99 853 782 897 825 98129 [300] 47 208 81 806 408
829 615 767 99074 190 209 [300] 44 [300] 223 485 605
613 98 784 959 73 [300]

100000 147 [300] 268 429 850 887 743 840 70 101024
895 746 47 841 235 102128 228 [300] 402 99 628 72 638
103121 224 477 104310 85 424 60 80 14093 206 808 62
811 105211 499 500 894 897 818 82 106009 180 78 85
487 65 607 821 73 107084 62 416 48 622 820 23 21 108184
271 [400] 308 450 807 90 109019 112 458 254 718 513
84 71 [300] 964

110088 608 509 11119 308 875 818 29 60 96 902
112188 [300] 73 205 113043 73 187 [400] 220 88 581
605 906 [300] 114118 66 280 813 873 [300] 115012 [300]
25 129 221 423 42 872 116150 321 90 478 [300] 200 74
117094 185 413 20 89 501 789 679 118211 423 801
119120 192 484 81 841 788 818 21 840

120023 63 509 433 978 121196 250 613 [300] 95 20
779 887 122007 44 77 161 200 291 443 [300] 713 204
123007 528 721 75 881 124020 72 73 818 905 0 784
[300] 893 867 125083 188 223 64 430 787 64 828 29
126008 343 [300] 472 645 82 84 127009 887 683 128022
473 708 74 268 129228 [300] 424 95 827 931

130091 244 53 485 629 899 131103 1 66 747 323
132005 85 144 97 216 40 874 516 770 862 900 133012
[300] 811 404 64 94 612 786 85 810 73 134258 200 428
[400] 519 [300] 62 606 742 135009 278 455 602 610 [300]
137002 190 484 253 963 137011 103 253 61 62 489 718
847 131219 47 287 227 487 915 139298 413 680 898 903 64

140041 287 914 141110 68 294 380 849 99 809 88
142000 149 54 240 408 672 122 814 143021 173 136 71
870 [300] 48 144022 227 426 824 82 809 48 944 54 61

1. Ziehung 2. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterio.

Ziehung vom 12. Februar, vormittags.

Für die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

145230 43 [300] 306 681 815 146192 405 513 83 710 71
[300] 53 813 147187 238 378 410 619 23 [300] 618 19
891 148123 53 259 311 448 43 604 [300] 791 149008
504 511

150188 218 38 820 508 656 875 151215 113 221 [300]
65 89 421 810 58 24 929 24 73 66 152075 112 80 204
426 [400] 545 699 904 153181 70 231 621 68 803 943
154003 260 [300] 228 207 671 721 932 155118 65 412
268 723 [300] 903 16 156323 612 18 157101 94 [300]
600 41 674 56 849 158088 449 908 159118 85 214 855
160186 280 436 605 873 49 161135 [300] 778 885
162038 89 48 119 200 481 585 636 75 730 50 68 851
[300] 82 163236 543 430 43 809 68 854 64 701 25 819
164072 112 261 289 403 28 [300] 41 619 956 165170
280 327 680 [300] 27 24 778 166170 586 96 824 28 23
725 49 878 987 167205 882 84 618 815 40 168264 484
110 828 342 100056 318 575 645 794 915

170352 472 560 860 89 171211 836 172006 88
[1000] 143 [300] 73 254 331 58 567 79 804 [300] 13 7428
999 173033 165 387 418 978 817 918 83 174007 389
012 175240 389 48 578 794 910 176019 71 187 827
72 645 64 675 775 981 177252 416 600 781 971 178200
434 91 179141 218 98 781 823 930

180046 63 190 207 28 65 703 27 181235 200
182121 221 [400] 779 870 390 54 [400] 183007 85 124
213 918 725 822 872 184172 508 66 684 [300] 778 879
946 87 185097 819 27 588 718 186084 265 [300] 457
806 87 100 11 43 187287 827 80 800 64 845 188123
72 800 221 82 702 725 45 48 800 64 845 189123 20
72 800 499 909 724 828 324 43

190186 196 414 527 603 192075 118 226 666
191012 101 21 48 290 607 963 192075 118 226 666
613 798 193232 67 587 691 809 194009 59 218 89
220 511 478 914 [300] 195092 90 184 79 234 28 422 554
674 789 944 196040 243 231 87 84 280 423 211 604 881
970 197449 635 198948 909 74 198418 623 794 617 87
200025 29 140 479 850 201000 111 29 [300] 879
487 315 94 690 988 202129 588 871 956 203020 16 78
412 [300] 408 737 914 204279 274 804 906 712 205288
213 228 978 206011 120 72 497 578 87 714 501 6 840
61 207355 60 828 57 684 864 208117 212 402 663
92 209119 96 753 848

210171 87 844 881 [300] 85 424 538 90 82 803
211021 48 88 860 221 834 73 214011 [300] 295 459 681
212025 455 506 821 834 73 214011 [300] 295 459 681
743 15 75 800 215081 901 99 407 578 804 720 216129
88 82 878 500 [300] 806 [300] 217000 78 290 363 289
798 218071 192 205 644 747 219285 244 743
220160 880 786 [300] 221054 311 416 [300] 820
85 [300] 62 222044 94 427 47 [300] 606 61 [300]
223489 223 971 224175 845 405 800 225064
268 47 454 729 828 25 82 226011 705 815 48 960
227121 120 73 737 904 228028 154 771 544 229040
802 503

230111 300 685 700 73 989 231287 487 643 64 876
232000 179 384 433 43 684 705 63 115000 889 233025
10 143 818 28 440 [300] 41 680 718 89 234054 478 626
764 887 235006 813 877 89 236000 95 432 564 622
40 [300] 781 803 953 237120 72 211 519 427 43 238028
260 97 489 535 346 239071 187 281

240028 66 799 879 241097 498 448 242239 29 620
901 [300] 243100 247 [300] 309 92 610 90 244000 128
70 232 535 49 488 728 [300] 948 245384 218 246974
441 77 608 87 78 725 247123 447 843 248008 281 283
250 721 309 82 50 249021 205 7 41 97 478 214 23 544
63 67

250141 84 451 681 718 843 251236 487 586 680
874 [400] 252124 227 432 87 620 824 [300] 60 901 73
253287 287 485 600 71 88 672 71 759 254000 43 777
209 872 255028 168 71 243 [300] 825 28 791 256442
822 257128 90 404 258184 518 728 259085 813 78
260 238 700

260214 782 885 261023 130 74 480 99 541 670
[300] 712 262020 451 55 844 75 263000 199 209
507 280 [300] 264024 515 774 854 265000 139 489 203
620 990 266100 81 413 [300] 27 007 23 25 85 793 54
71 813 267091 71 113 400 872 306 268188 78 174 [300]
223 269034 106 28 228 44 89 684 808 904 39

270038 470 548 35 [300] 672 789 81 505 271286
605 27 75 883 968 272029 85 425 67 87 884 799 518 953
80 273050 172 248 290 70 274123 495 535 88 654 770
275123 203 74 206 854 60 27 276121 17 160 254
444 838 84 784 884 277129 228 28 568 600 19 75 850
278449 690 70 748 65 70 808 279182 300 808 29 202

280177 980 498 791 281020 [300] 281 805 405 49
282023 218 14 498 504 603 283170 800 284002
170 291 423 285394 [300] 442 47 589 942 286015 269
211 625 71 715 287018 188 363 288023 [300] 28 25
228 306 [300] 19 473 882 788 289029 202 223 622
79 890

290050 711 837 291183 374 482 618 820 292022
543 [300] 618 899 292000 189 [300] 222 406 [300]
578 73 711 294058 210 587 [300] 625 809 295108
63 804 [300] 62 487 85 [300] 28 439 718 296005 123
28 64 64 887 [300] 501 827 297025 67 288 222 889
298010 228 29 217 417 729 904 3 13 299175 543 78
[300] 642 718 18 99

300041 128 435 668 [300] 600 56 884 301500 613
84 302015 127 261 407 [300] 645 907 30 303412 819
883 812 22

2. Ziehung 2. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterio.

Ziehung vom 12. Februar, nachmittags.

Für die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

202 481 415 16 48 822 1943 170 209 295 451 61 861
88 96 80 700 918 2094 126 25 309 607 72 745 81 973 87
3041 208 694 4494 926 5007 249 84 800 412 [300] 560
[300] 72 806 749 880 6141 48 234 43 510 61 781 229 583
7062 129 136 800 732 800 8122 426 737 547 50 64 986
9065 238 309 805 49 87 727 914

10060 108 205 45 431 581 700 817 11088 129 728 969
12141 58 237 82 435 507 73 008 [300] 606 173048 68
280 978 90 14470 989 15084 87 164 96 841 675

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung, Sonnabend, den 12. Februar 1910, vormittags 11 Uhr.

Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Am Ministerische: v. Bethmann Hollweg, v. Nolke.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

(3. Tag.)

Abg. Dr. Pashnie (fr. Vg.): Die Ueberzeugungskraft, die der Begründung der Vorlage fehlt, sollte die Rede des Ministerpräsidenten ersetzen. Er verwarf die Probleme, die die Zeit bewegen, zu erforschen und es hat deshalb einen gewissen Reiz, mit ihm zu diskutieren, aber man wird zu ganz anderen Ergebnissen kommen. (Sehr richtig! links.) Herr v. Bethmann nannte das Abgeordnetenhaus

das preussische „Volkshaus“.

Nichts ist fallischer als das. Wir haben hier 189 Großgrundbesitzer und nur 23 Industrielle und gar nur 12 Kaufleute! Wie kann man da von einem „Volkshaus“ sprechen; vielmehr könnte man das Abgeordnetenhaus

ein Ständehaus

nennen! (Sehr richtig! links.) Gewiß hat es einmal auch fortschrittliche Majoritäten gegeben, aber das war nur die Antwort des empörten Volkes über die zwölf Jahre tollster Reaktionszeit.

Die den Parlamentarismus herabsetzenden Äußerungen des Ministerpräsidenten dürfen nicht unwiderprochen bleiben; sie sind am wenigsten angebracht bei einem Staatsmann, der erst am Anfang seiner Laufbahn steht. Ist etwa die Regierungsbank das Zentrum, von dem politische Kultur und politische Bildung ausgeht? (Sehr gut! links.) Weshalb überhaupt all die geistvollen und philosophischen Ausführungen des Ministerpräsidenten? Weshalb die hohe geistige Warte, von der er sprach, wenn unten im Lese nur so ein Verlegenheitszeugnis wie dieser Gefegentwurf liegt? (Sehr richtig! links.)

So große Worte und so kleine Taten!

Der Unmut im Lande über die Wahlrechtsvorlage ist gerechtfertigt. Der gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung Preußens hätte die rechtliche Entwicklung folgen müssen. (Sehr gut! links.) Die Vorlage hat

größte Enttäuschung und tiefste Erbitterung

herborgebracht. Es bleibt ja fast alles beim alten! Es darf aber nicht alles dabei bleiben, daß die eine Hälfte des Volkes 300 Abgeordnete wählt, die andere nur 140. Was die Regierung über die öffentliche Wahl gesagt hat, ist das Weisfremdeste, was ich je gehört habe. Selbst Japan und Rußland haben die geheime Wahl! Aber Herr v. Bethmann sagt dem

„die preussische Eigenart“

entgegen. Die Konservativen erklären durch Herrn v. Richthofen die öffentliche Wahl sogar für liberal! Bei der Einführung des Reichstagswahlrechts ist eine Herde der Konservativen, der Feldmarschall v. Nolke, sogar für die geheime Wahl eingetreten!

Herr v. Bethmann behauptet, daß die Landräte Wahlbeeinflussungen treiben. Ist denn das während seiner landräthlichen Tätigkeits nicht vorgekommen? (Große Heiterkeit links.) Auch die Sozialdemokraten üben in den Städten Terror. Für die Regierung ist

die Krone der Bildung der Unteroffizier und der gewesenen Einjährige!

Die Bevorzugung der ehemaligen Soldaten ist eine ungerechtfertigte Zurücksetzung der Gewerbetreibenden und vor allem der Bauern. (Sehr richtig! links.) Aber auch die Bevorzugung der Examenbildung ist verkehrt: alle die Künstler, die akademische Bildung nicht genossen haben, z. B. Lenbach, der Maurerlehrling war, werden zurückgesetzt. Das soll eine Lösung sein, die uns befriedigt? — Ich nehme an, daß dieser Punkt der Vorlage noch abgeändert wird, wenn überhaupt etwas herauskommt. Ob etwas herauskommt, vermag noch niemand zu sagen. Die Konservativen verhalten sich in kluger Taktik höchst zögernd. Eigentlich brauchen sie das nicht. Wie wenig den Liberalen mit der Vorlage entgegengekommen ist, zeigt der Umstand, daß auch die Stadtverordneten bei den Privilegierungen ausgenommen sind. Für die Freisinnigen hat mein Freund Träger es bereits ausgesprochen, daß wir die Vorlage in ihrer jetzigen Fassung schon deshalb für

unannehmbar

erklären müssen, weil sie das geheime Wahlrecht nicht enthält. Nur eine einzige Partei ist mit der Vorlage zufrieden. Das ist die Sozialdemokratie. Denn für sie ergibt sich hier ein Agitationsstoff, wie er sich nicht besser wünschen läßt. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Wir brauchen schon so keinen!) Wir haben gestern schon gehört, daß ein Volkssturm vorbereitet werden soll. Das ist das verhängnisvolle an dieser Vorlage, daß sie wie geschaffen ist für die Sozialdemokratie. Aber eine möchte ich Ihnen (zu den Soz.) sagen: Leben Sie Selbstkucht, steigen Sie nicht auf die Straße, wenden Sie nicht ungeheuerliche Mittel an, Sie haben genug eiechliche. Mit Straßendemonstrationen bereiten Sie nur den Gegnern eines gesunden Wahlrechts eine Freude. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Warum hat der Ministerpräsident uns ein solches

Minimum an Reformen

vorge schlagen? Seine Rede war eher ein Plaidoyer gegen die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts als dafür. (Zustimmung links.) Seine Unentuschlichkeit läßt nicht die Laizität erwarten, um alle Widerstände zu besiegen und das Schiff durch alle Klippen hindurchzuleitern. Ein Grund für die Einbringung der Vorlage mag die Thronrede gewesen sein. Ein zweiter ist der, daß der Ministerpräsident eine veränderte politische Lage gefunden hatte. Die Zeit des Blochs hinter uns. Die Reform mußte kommen; aber nur so, daß sie die Konservativen und das Zentrum nicht verletze, sondern möglichst noch begünstige. Darum also die politische Philosophie! Das nennt man dann: an das Gegebene anknüpfen! Das nennt man „organische Entwicklung“! (Sehr gut! links.) Eine ist sicher — Fürst Viktor hätte uns diese Vorlage nicht gemacht. Ob nun etwas herauskommt oder nichts oder wenig, das eine ist gewiß: Auf diese Grundfrage kann die Wahlrechtsfrage nie und nimmer gelöst werden. Der Ruf nach Rechtsgleichheit hierin wird nicht verhallen, er wird die nächste Zukunft beherrschen. (Zustimmung links.) Das Drängen der Bevölkerung geht auf eine

stärkere Beteiligung am politischen Leben.

Man kann Preußen nicht vorenthalten, was andere Länder längst besitzen. (Sehr richtig! links.)

Es ist ein schwerer Irrtum des Abg. Schiffer, wenn er aus den Worten unseres Parteifreundes Träger glaubt herausgehört zu haben, daß wir von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nichts mehr wissen wollen. (Sehr richtig! links.) Eine solche Uebereinstimmung zwischen dem Reich und Preußen muß erfolgen, weil Preußen und das Reich dieselben Grundlagen des staatlichen Lebens haben. Der Ministerpräsident bestreitet diese Homogenität. Aber weil wir in den verschiedenen Bundesstaaten, und besonders in Preußen, ein Wahlrecht haben, das sich so vom Reichstagswahlrecht unterscheidet, deshalb kommen wir nicht vorwärts, deshalb kommen wir zu keiner Einheit. Es ist bekanntlich zur Gewohnheit geworden, daß ein Gefegentwurf des Reiches immer erst an das betreffende preussische Ressort zur Begutachtung gelangt. (Sehr richtig! links.) Hier haben wir diesen Zusammenhang!

Herr v. Bethmann hat gestern ein Wort geäußert, ein recht gefährliches Wort, das ich am wenigsten gewünscht hätte, von ihm zu hören: Reich oder Reichstagswahlrecht! Was kann das anderes heißen, als daß das Reichstagswahlrecht fallen muß. Was unterscheidet Herrn v. Bethmann von Herrn v. Oldenburg? (Sehr gut! links und Heiterkeit.) Herr v. Bethmann ist nicht so kriegerisch veranlagt, er wird nicht gleich zu Bajonetten greifen, sondern zu Paragraffen. Wir können aber nicht entschieden genug gegen solches Wort Protest erheben. Plag im Reich und seinem Wahlrecht sich manche unerwünschte Erscheinung gezeigt haben, aber im ganzen hat der Reichstag den sozialen Sinn gewahrt wie kein anderes Parlament. Der Reichstag hat auch in nationalen Fragen nicht versagt. Zuletzt ist das für die Landesverteidigung Notwendige noch immer bewilligt worden. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.)

Freiherr v. Richthofen glaubte ein recht starkes Argument auszusprechen, wenn er sagte, daß die Demokratie in militärischer Beziehung Schwierigkeiten mache. Das Gegenteil ist der Fall. Wären Sie aus Frankreich und England. Sind nicht in England die breiten Volksmassen jetzt geradezu aufgeregt worden, wenn auch auf Grund des Irrtums, daß Deutschland einen Ueberfall beabsichtige? Das Volk hat sich überall bereit gefunden, sein Vaterland zu schützen. Was sich im Reich bewährt hat, wird sich auch in Preußen bewähren. (Sehr richtig! links.) Man hat sich doch sonst in Augenblicken der Gefahr des Volkes so gern erinnert, so 1813 und 1866. Damals hat man es empfunden, was es bedeutet, sich auf gleichberechtigte Bürger stützen zu können. Denken Sie daran, daß England das Musterland des Parlamentarismus und dabei eine der mächtigsten Nationen der Erde geworden ist. Wir werden auch in Preußen zu einem Parlament kommen müssen, dessen Zusammensetzung und die Bürgerpflicht gibt, daß es die Gesamtinteressen der Nation vertritt und nichts anderes. (Lebhafte Beifall links.)

Ministerpräsident von Bethmann Hollweg:

Ich will Ihre Aufmerksamkeit nur für zwei Worte in Anspruch nehmen. Ich habe nicht die Absicht, in eine Polemik einzutreten gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Pashnie, die wir soeben gehört haben. (Bravo! rechts.) Was ich für erforderlich gehalten habe zur Wahlrechtsvorlage zu sagen, habe ich vorgelesen und gefagt. (Lärm links: Es war herzlich wenig!) Ich muß dagegen Widerspruch erheben, daß der Abg. Dr. Pashnie es so dargestellt hat, als träte die Staatsregierung ein Rückzugsgelände an, wenn sie diese Vorlage vorlegt. Glauben die Herren, daß ich mich zum Spaß hier hinsetze und eine Vorlage einbringe, die in einschneidender Art unser Verfassungswesen ändert? (Unruhe links.) Ich habe vorgelesen gefagt, daß die künftige Staatsregierung mit ihrer Verantwortung hinter dieser Vorlage steht und ich habe Anspruch darauf, daß das für ernst genommen wird, was ich hier im Namen der Staatsregierung erkläre. (Bravo! rechts, Lachen und Unruhe links.)

Abg. Mallewicz (l.):

Der Abg. Ströbel hat das bestehende Wahlrecht grimmig bekämpft und die Vorlage einen Wechselbalg und hundsstisch genannt. In dieser Tonart wird die Agitation gegen unser Wahlrecht von der Presse der Sozialdemokratie, aber auch vom „Berliner Tageblatt“ geführt, das gerade jetzt seine Ideengemeinschaft mit der Sozialdemokratie deutlich verrät. Dabei halten naive Leute dieses Blatt noch immer für ein bürgerliches Blatt. Durch die Art, wie das „Berliner Tageblatt“ den Ministerpräsidenten angreift, wie es sagt, dem Familienrats sei der Minister schon in seiner Jugend aufgebläht gewesen und seine Karriere habe er nur durch Konzeptionen gemacht, ist der sozialdemokratische Charakter des Blattes erwiesen.

Herr Ströbel hat hier Gründe für die Wahlreform bis auf den spätesten Zeitpunkt herabgeführt. Wo besteht dieses Recht in Preußen heute noch? (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Wo gilt dieses saine Recht noch? (Stürmische Heiterkeit.) Ganz Süddeutschland soll sich nach Herrn Träger über die Wahlrechtsvorlage aufgeregt haben. Ja, warum regen sich denn die Herren auf? (Sehr gut! rechts.) Wir haben uns doch über die bayerische Wahlreform auch nicht aufgeregt! Die Wahlreform ist eine rein preussische Angelegenheit, in die sich niemand einzumischen hat. (Bravo! rechts.)

Wir haben gegen jede Wahlreform schwere Bedenken, weil wir an dem alten konservativen Charakter des preussischen Staates mit aller Zähigkeit festhalten wollen. (Aharuse links.) Auch wir haben den Willen zur Macht. (Lachen links.) Wir wollen den demokratischen Aspirationen im Reich in Preußen das Gleichgewicht halten. (Bravo! rechts, Lachen links.) Wenn der Freisinn für das Reichstagswahlrecht in Preußen eintritt, so löst er Selbstmord, denn er würde dann hier aus dem Hause verschwinden. (Sehr richtig! rechts.) So schlecht sind wir nicht. Wir wünschen Sie noch recht lange hier zu sehen. (Große Heiterkeit, Lärm links: „Und in Fürsorgeerziehung zu nehmen!“) (Stürmische Heiterkeit.) Ein Teil des Hauses scheint die Fürsorgeerziehung dringend notwendig zu haben. (Große Heiterkeit.)

Weshalb haben die Liberalen das Wahlrecht nicht geändert, als sie die Mehrheit hier hatten? (Sehr gut! rechts.) Damals gefiel ihnen das Wahlrecht ganz ausgezeichnet. (Heiterkeit.) Man verweist uns auf die Thronrede. Nun, die Rechte und die Linke haben ja schon recht häufig Gesetzesvorlagen abgelehnt, die in einer Thronrede angeklagt waren. (Sehr richtig! rechts.) Auch sonst schwört die Linke doch nicht auf Thronreden. (Sehr gut! rechts.) Aber selbstverständlich mußte das Königswort eingeholt werden, und das ist von Seiten der Regierung geschehen.

Es ist eine ständige Begleitercheinung aller Wahlrechtsreformen, daß wenn man die Frage der Reform einmal anrührt, man jahrelange Zeit an ihr herum zu doktern hat. (Sehr richtig! rechts.) Wir leben das ja auch an Sachsen. In den neuen Vorstößen über das Aufstehen in höhere Klassen sehen wir eine Schwächung des Einflusses des Mittelstandes, und wir werden deshalb danach zu trachten haben, für die ungeschwächteste Aufrechterhaltung der berechtigten Stellung des Mittelstandes im heutigen Wahlrecht einzutreten. (Beifall rechts.) Wenn wir das tun, so richtet sich das in keiner Weise gegen die Beamten, für die allein die Regierungsvorlage Privilegien vorsieht.

Wir legen Verwahrung ein gegen die Art, wie eine gewisse Presse unsere Beamten in geradezu dahnebähender Weise beleidigt. (Beifall rechts, Lärm links: Haha!) Ich meine nicht Herrn Dr. Diederich Pashnie, sondern ich meine das Ihnen so nahe liegende „Berliner Tageblatt“. Ich weiß mich mit der großen Mehrheit dieses Hauses ein, wenn ich die Art der Verwertung des preussischen Beamtenstandes, wie sie durch dieses Blatt erfolgt ist, mit Entschiedenheit zurückweise. (Lebhafte Beifall rechts.) Wenn so ein Mann auch aus einem Pferde- oder Ochsenstall in Ostpreußen stammt und 12 Jahre mit Ehren des Königs Rock getragen hat, so kann er dann als preussischer Beamter ein nützlicheres Element des preussischen Staates sein als ein Mann, der derartig unwürdige Beleidigungen gegen den Beamtenstand schleudert. (Große Beifall rechts.)

Nun zur geheimen Stimmabgabe.

Wenn wir das Wahlrecht nicht schon Lenten von 21 Jahren und auch nicht den Frauen geben wollen, so tun wir das, weil wir die Volkvertretung nicht eine Kinderkutsche machen wollen. (Beifall rechts.) Wir geben aber schon das Wahlrecht in einem Alter von 24 Jahren und sind demokratischer in der Beziehung als das Reich und manche Einzelstaaten. Das Wahlrecht bekommen auch Millionen von Wählern, die nicht einen einzigen Pfennig Staatseinkommensteuer zahlen. Man darf aber die Wähler nicht von ihrer Verantwortlichkeit entbinden. Eine Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls

kann sehr wohl von verhängnisvollen Folgen für den Staat begleitet sein. (Sehr richtig! rechts.) Der Terrorismus der Sozialdemokratie ist gewiß bedauerlich, aber ihn beseitigen zu wollen dadurch, daß man den Terroristen den Willen tut, geht nicht an. Wir werden Versuchen auf Abänderung des Wahlrechts gerade in bezug auf die öffentliche Stimmabgabe lebhaftesten Widerstand entgegenzusetzen. Auch müßten sehr gewichtige Gründe ins Feld geführt werden, wenn wir die Dreiteilung antasten wollten.

Der Abg. Ströbel bedauerte, daß das Haus sich nicht dem Vorgehen seiner Parteigenossen neulich angeschlossen hat. Er möchte eben die Schuld auf breitere Schultern wälzen. Er unterkühlt aber doch die große Zahl der ausländischen Leute in allen bürgerlichen Parteien hier im Hause (Lebhafte Beifall rechts), die sich trotz mannigfacher und starker positiver Meinungsverschiedenheiten immer zusammenfinden auf dem Wege bürgerlicher und parlamentarischer Wohlanschuldigkeit. (Lebhafte Beifall rechts.) Nach diesen Vorgängen wundern es mich nicht mehr, daß wir vor einigen Tagen in unheimlicher Massen eine Benachrichtigung fanden, daß wir wegen der vorausgesetzlichen Demonstrationen durch die Leipziger Straße das Haus betreten sollten. Ich kann begreifen, daß man mit Fürsorge für uns erfüllt gewesen ist (Heiterkeit), aber ich muß doch sagen, daß diese Sorge außerordentlich niederdrückend wirkt, wenn es so weit gekommen sein sollte, daß die gewählten Volksvertreter nicht mehr geraden Schrittes in das Volkshaus hineingehen könnten. (Lebhafte Zustimmung.) So unbegreiflich war mir andererseits diese Mahnung nicht, denn die Regierung kommt nicht annehmen, daß die Genossen außerhalb des Hauses sich würdiger benehmen als ihre Führer hier im Hause. (Lärmender Beifall rechts.) Den Trumpf darauf setzte die sozialdemokratische Presse, die da schreibt, daß der Ministerpräsident das preussische Volk in den Zustand der Sklaverei zurückführen wolle. Sklaven leben anders aus als unser preussisches Volk, das in seinem wirtschaftlichen Verhältnisse so gründlich vorwärts gekommen ist. (Sehr richtig! rechts.) Das Unwürdigste und Schlimmste ist, daß die Genossen aus bürgerlichen Kreisen Zugang bekommen. So wird der Abg. Schiffer z. B. vom „Berl. Tagebl.“ getadelt, weil er unter dem brauenden Beifall des Hauses die Sozialdemokraten vor Straßendemonstrationen gewarnt hat. Pöhnisch sagt das Blatt hieran, man sei ja natürlich von vornherein davon überzeugt, daß die Abgeordneten Schiffer, Schmieding und Genossen für ihre Ueberzeugung niemals auf die Barrikaden steigen würden. (Lärmender Beifall und große Heiterkeit rechts.) Ich bedauere auch tief, daß selbst ein national-liberales Blatt, der „Hannoversche Kurier“, es fertig bekommen hat, die Schuld an den neuesten unerhörten Vorgängen hier nicht nur denen zuzuschreiben, die „Pöhl!“ gerufen haben, sondern auch auf diejenigen auszudehnen, die dagegen protestiert haben. (Lärm! hört!)

Der Abgeordnete Ströbel hat sich gestern hier als Verteidiger der Krone aufgespielt, und er mußte in demselben Augenblick vom Präsidenten wegen Verletzung der Ehrwürde vor der Krone zur Ordnung gerufen werden. Er hat dann ein Loblied auf die Sozialdemokratie als Kulturpartei (Lachen rechts) gesungen, ein Loblied, das von den Herren Reichsrat und v. Gerlach laut nachgesungen wird. (Sehr richtig! rechts.) Dann wurde Herr Ströbel poetisch, und da gefiel er mir am besten. Ich hörte ordentlich die Kronen der deutschen Eiden rauschen. Er sagte: Wir lieben unser Vaterland! Ihre Presse aber bewirkt unser Vaterland mit Beschimpfungen. Wir von der Rechten, nicht Sie (zu den Soz.) treten für den Mittelstand ein, und in seinem Interesse halten wir das geltende Wahlrecht für gut, das dem Mittelstand den ausschlaggebenden Einfluß in der zweiten Abteilung sichert. Wir werden weder in der Kommission noch später im Plenum die für den Mittelstand unerlässlichen Bestimmungen des geltenden Wahlrechts preisgeben. Der alte tüchtige preussische Staat darf nicht durch Wahlrechtsexperimente gefährdet werden. (Lebhafte Beifall rechts, Gelächter links.)

Abg. Dr. Krause (natl.):

Daß ein moderneres Wahlrecht das Parlament nicht um eine konservative Vertretung bringt, zeigt das Beispiel des Reichstags. Das Reichstagswahlrecht hindert die Existenz einer starken konservativen Partei im Reichstag nicht. Die konservative Partei hier — und nur diese kommt in Frage — könnte sehr wohl aus ihrer Mitte Minister stellen, die den Durchschnitt unserer Minister weit überragen würden.

Herr Mallewicz hat von der Linken Beweise von der Reformbedürftigkeit des Wahlrechts gefordert. Eine merkwürdige Forderung angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Wahlrecht. (Sehr richtig! links.) Die Bedeutung der Industrie kommt bei uns der Bedeutung der Landwirtschaft mindestens gleich. Das heutige Wahlrecht aber begünstigt einseitig die Landwirtschaft. Wenn man Weist und Engel gegen uns ausspielt, so könnten wir ebenso gut hervorragende Konservativen gegen den konservativen Wahlrechtsstandpunkt anführen.

Wir der direkten Wahl will die Regierung das politische Interesse neu beleben. Herr v. Bethmann befragt umgekehrt von der direkten Wahl eine agitatorische Verheugung des Volkes. Diese Befürchtungen sind nicht berechtigt. Agitation muß sein. Agitieren die Herren von der Rechten etwa nicht? (Lärm links: Und wie! Heiterkeit.) Wüste und verheerende Agitation mißbilligen wir auch, aber wir werden eine dauernde und noch viel wildere Agitation bekommen, wenn das Wahlrecht nicht reformiert wird. (Sehr richtig! links.) Die Vorschläge der Regierung wegen der Privilegierung einzelner Gruppen lassen das sozial-verböhnende Moment vermissen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Richthofen hat auf England verwiesen. Nun, auch England hat die öffentliche Wahl abgeschafft und die geheime Wahl eingeführt. Auch die Engländer sagten sich, daß es das kleinere Uebel ist, die öffentliche Wahl preiszugeben, als es dahin zu bringen, daß die Wähler entweder gegen ihre Ueberzeugung oder gar nicht stimmen. Wenn die Unselbständigen und wirtschaftlich Schwachen ein Wahlrecht haben sollen, dann müssen wir das geheime Wahlrecht einführen. Nur die Stimmen, die nach der Ueberzeugung abgegeben werden, haben ethischen Wert. Herr v. Bethmann hat zwar gefagt: wir würden einander in der Streitfrage, ob geheime, ob öffentliche Wahl, nicht überzeugen, aber ich hoffe, daß gerade bei einer so eminent lauterer Persönlichkeit, wie unser Ministerpräsident es ist, die ethischen Gründe für die geheime Wahl doch nicht ganz verhallen werden. Wir rechnen auf eine Mehrheit für sie in diesem Hause, und wenn sich dann die Regierung auf die Seite dieser Mehrheit stellt, dann wird das Herrenhaus die geheime Wahl sicherlich nicht ablehnen. Wenn es eine so starke konservative Strömung im Lande gibt, wie Herr v. Bethmann behauptet, warum fürchten dann die Konservativen das geheime Wahlrecht?

Die Landräte

haben bei der öffentlichen Wahl einen unzulässigen Einfluß auf das Wahlergebnis, und sie sind in der Tat mächtiger als unsere Minister. Wir kommen nicht darüber hinweg, daß wie eine Parteiregierung haben,

eine konservative Parteiregierung.

Der Minister mag sich dagegen wehren, wie er will, es ist eben eine Tatsache, daß die Regierung sich nolens volens dem konservativen Einfluß unterwirft. Die Spaken pfeifen es von den Füßern, daß die Konservativen im Lande und in der Staatsverwaltung bevorzugt werden. (Sehr richtig! links.) Wir wissen, daß der Ministerpräsident so etwas sicherlich nicht billigen wird, aber er muß seinen Instanzen mit aller Deutlichkeit zu erkennen geben, daß eine derartige Bevorzugung zugunsten der Konservativen bei der Befegung von Beamten fortan auf seine Billigung nicht zu rechnen

Habe. (Lebhafte Zustimmung links.) Diese Forderung muß das ganze Land heilen, auch die Konservern, wenn sie nicht selbst wollen, daß der Schein einer Parteiregierung erweckt wird.

Ich habe oft in konservativen Kreisen die Meinung gehört, daß es durchaus nicht richtig sei, die Menschen in der Bildung zu heben, daß die Bildung für unsere Jugend, namentlich der niederen Stände, nicht notwendig sei. Sie erzeuge Unzufriedenheit und mache die Leute unbehaglich und rebellischer! Das ist so eine jener Meinungen, die Unruhe im Lande erregen. Hinzu kommt weiter die

Infernales Abstreifen und ein gewisser Herrensandpunkt bei den Konservativen.

Man will noch nicht so recht mit dem Kaufmann und dem Industriellen arbeiten. Eine liberale Verfassung — liberal nicht im parteipolitischen Sinne — würde viele höhere bürgerliche Elemente von der Sozialdemokratie wegschleppen.

Der Abg. v. Bismarck sprach vom Koffettieren mit der Sozialdemokratie. Er hat sicherlich das Zentrum gemeint. (Geisterleit.) Wir lassen dem Zentrum in dieser Beziehung den Vortritt. Aber die Rechte frage ich: Ist es ihm noch nicht aufgefallen, daß in allen Ländern, in denen liberale Strömungen vorherrschend sind, wie in England und Frankreich, die Art der Betätigung der Sozialdemokratie eine ganz andere ist wie in Deutschland? (Sehr richtig! links.) Daß die Sozialdemokratie dort mit Recht Anspruch machen kann auf die Bezeichnung einer nationalen Partei! Diese nationale Betätigung der Sozialdemokratie in Frankreich und England hat die dortigen Arbeitermassen gebildet, ein so intransigentes, in Ton und Inhalt maßloses Verhalten einzunehmen als bei uns. Sollte nicht doch ein innerer Zusammenhang bestehen zwischen liberaler Regierung und dieser Betätigung der Sozialdemokratie? (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Weiter möchte ich der Rechten sagen, daß in keinem monarchisch regierten Lande die monarchischen Institutionen als solche von den bürgerlichen Parteien so wenig angegriffen werden wie in Deutschland und Preußen. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat ein demokratisches Wahlrecht, und das Reich ist trotzdem monarchisch. Wir Nationalliberalen und auch diejenigen zweier linksstehenden Parteien, die nicht unter allen Umständen jetzt das Reichstagswahlrecht für Preußen durchsetzen wollen, wünschen viel eher ein aristokratisches Wahlrecht als ein demokratisches. Die Sozialdemokratie ist allerdings nicht nur demokratisch, sie ist auch antimonarchisch, und sie ist auch — darüber können uns auch die längsten, summenlangen Neben nicht hinwegtäuschen — antinational. Mit aller Schärfe muß aber betont werden: Die Sozialdemokratie ist antinational, aber nicht die deutschen und preussischen Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Auch hier halte ich es für notwendig, der Fiktion entgegenzutreten, als ob Arbeiterschaft und Sozialdemokratie identisch seien. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir verstehen darunter, daß das ganze Volk in voller Einmütigkeit in den Jahren 1870 und 1871 zur Ehre seines Königs und des Landes zusammengestanden hat. (Lebhafte Beifall bei den Nationallib. und rechts.) Wir verstehen darunter, daß wenn einmal wieder trübe und ernste Zeiten heraufbeschworen werden, dann wieder ohne Rücksicht auf Stand und ohne Rücksicht auf die politische Meinung und Parteiung wie alle wieder zusammenhalten werden. Diese nationale Meinung, die die deutsche Sozialdemokratie nicht kennt, bei dieser Vorlage mitbringen zu lassen, ist unsere patriotische Pflicht. (Lauter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg, der sich zum Worte gemeldet hatte, winkt ab.

Abg. Dr. v. Wagner (H.): Man hat das Wort meines Parteifreundes v. Jolly: „Reich oder Reichstagswahlrecht?“ zu tragisch genommen. Es denkt auf der Rechten niemand daran, das Reichstag durch zehn Grenadiere auflösen zu lassen oder das Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Unter dem Reichstagswahlrecht hätte Preußen nicht die mächtigste Entwicklung nehmen können, die es genommen hat. Wir Hannoveraner sind für die öffentliche Wahl. Unsere Banner würden es gar nicht verstehen, daß man nicht die Courage hat, für seine Ueberzeugung offen einzutreten. Es ist nicht richtig, daß die ganze Verwaltung konservativ ist. Die Richter zum Beispiel sind größtenteils liberal. Auch die Presse ist größtenteils liberal. Kommt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“, die einen so vorzüglichen Einfluß auf das Gemütleben des Volkes hat (Bravo! rechts, Lachen links), auch nur eine einzige Anzeige von der Regierung? (Lauter links: Die Kreisblätter!) Die Kreisblätter werden meist mit der Schere hergestellt und beziehen ihr Redaktionsmaterial aus recht harmlosen Quellen. (Abg. Lehner ruft: Die Kreisblätter schreiben die Kreisblätter!) Rein, die Kreisblätter haben viel zu viel zu tun. Und bei den Kreisblättern müssen wir viel mehr darauf sehen, daß sie uns das Konzept nicht verderben, als daß sie uns nützen. (Geisterleit.) In der Kommission wird zu prüfen sein, wie die Gewerbetreibenden gegen den Terror der Sozialdemokraten geschützt werden können. (Beifall rechts.)

Abg. Nischel (H. Sp.): Kommt ein neues Wahlrecht auf Grund dieser Vorlage zustande, so wird die Zustimmung im Volke noch zunehmen. Wenn der Ministerpräsident recht hätte, dann wäre in Preußen alles schön und gut und wir brauchen weder eine Verfassung noch ein Parlament und könnten ganz gut mit einem absoluten Herrscher auskommen. Das wäre jedoch die Umkehrung aller Begriffe. Die Zustimmung im Volke ist da und hat sich auch bei den letzten Landtagswahlen geäußert. Die große Mehrheit der Stimmen hat sich gegen die Politik der Rechten erklärt. (Sehr richtig links.)

Der Ministerpräsident hat ein hohes Loblied auf die Selbstverwaltung gesungen. Aber hat nicht unsere reaktionäre Politik sich immer mehr entfernt von den Grundgedanken der Stein und Hardenberg? Die länderliche Selbstverwaltung wird heute nicht mehr von freien Bürgern besorgt, sondern von konservativ gestimmten politischen Beamten. Die konservativen Tendenzen in unserem Beamtenstand kann niemand bestreiten, und das erregt im Volke großen Unwillen. Kann die Regierung angesichts der Exklusivität der adeligen Kadaverregimenter leugnen, daß Familienrückstände eine Rolle spielen? Für die bürgerlichen Elemente hat man nur die Stellen übrig, die besondere Befähigung und Arbeitsreife erfordern, so im Gendarmenkorps und so in den einzelnen Regierungen, wo die eigentliche Arbeit geleistet wird und wo die Bürgerlichen dann unter abligen Vorgesetzten arbeiten dürfen. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Die Zustimmung im Volke ist nicht antimonarchisch, sie richtet sich nicht gegen den Herrscher, sondern gegen den Troß, der den Herrscher umgibt, gegen die Leute, die in der Umgebung des Herrschers ihre egoistischen Bestrebungen verfolgen. Diese Leute lieben es: den Thron als geschätztes Ding zu haben, wenn die eigene Machtstelle gefährdet ist. (Sehr richtig! links.) Alle ersten Monarchisten wollen die Monarchie von diesen Parasiten befreien. Der Ministerpräsident mag ja den besten Willen haben, aber will er bestreiten, daß in der Beamtenlaufbahn niemand vorwärts kommt, der nicht konservativ ist? Das wirkt erbitternd und aufreizend.

Der Minister hat gegen die heutige parlamentarische Verfassung sich gewendet, die zu sehr an Neugeborenen haßt. Dieser leistungsfähige Einfluß stammt doch aber gerade von der unparteiischen Presse, die die Regierung selber so sehr begünstigt. Der Mittelstandsfreund ist, muß für das geheime Wahlrecht eintreten. Die maßlosen Worte der Sozialdemokratie in dieser Debatte wären besser unterblieben. Auch die Rechte geht nicht gegen England, wie überhaupt keine Partei in Deutschland gegen England geht. England aber nimmt niemand ernst. Der Reichskanzler geht einen falschen Weg. Auf seinem Wege liegen die Reden gegen das Reichstagswahlrecht und das Sabelkreuz des Herrn v. Oldenburg. (Lebhafte Beifall links.)

Ein **Schlussantrag** wird angenommen. **Damit ist die erste Lesung des Wahlrechtsvorlage beendet.**

Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Das Haus verlegt sich auf Montag 11 Uhr. (Nationalliberale Interpellation betreffend die Vorgehensweise der Beamten in Polen, und Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats.) **Schluss 4 Uhr.**

Die Wahlrechtskommission.

Die aus 28 Mitgliedern bestehende Wahlrechtskommission des preussischen Landtages ist wie folgt zusammengesetzt:

- Konservative: Ahrens, v. Blankenburg, v. Boehn, v. Bescher, Ralkewitz, v. Oldenburg, Frhr. v. Richtigshofen, Stelermann, v. Tressow.
- Freikonservative: Frhr. v. Jolly, Krause-Waldenburg, Retzold, Johannsen.
- Zentrum: Herold, Ling, Kirck, Zimmer, Dell, Giesberts.
- Nationalliberale: Dr. Friedberg, Schiffer, Krause-Königsberg, Dippe.
- Freisinnige: Traeger, Pachnick, Fischbeck.
- Sozialdemokraten: Ströbel.
- Polen: Korsantj.

Bismarck und v. Bethmann Hollweg.

Der Reichskanzler und Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg hat zur Begründung der Karikatur einer Wahlrechtsvorlage, wie unseren Lesern in Erinnerung ist, das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht in der denkbar abfälligsten Weise kritisiert und das Dreiklassenwahlrecht glorifiziert. Wir geben nachstehend die Aeußerungen Bismarcks wörtlich wieder, die dieser am 28. Mai 1867 im konstituierenden Reichstag zugunsten des allgemeinen und gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht machte. Bismarck führte aus:

„Das allgemeine Wahlrecht ist uns gewissermaßen als ein Erbeil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen überkommen. Wir haben es in der Reichsverfassung gehabt, wie sie in Frankfurt entworfen wurde. Wir haben es im Jahre 1863 den damaligen Bestrebungen Oesterreichs in Frankfurt entgegengepflegt. Und ich kann nur sagen: ich kenne wenigstens kein besseres Wahlgesetz. Es hat gewiß eine große Anzahl von Mängeln, die machen, daß auch dieses Wahlgesetz die wirklich befennene und berechnete Meinung eines Volkes nicht vollständig photographiert und es miniature wiedergibt, und die Verbündeten Regierungen hängen an dem Wahlgesetz nicht in dem Maße, daß sie nicht jedes andere akzeptieren sollten, dessen Vorzüge vor diesem ihnen nachgewiesen werden. Bisher ist diesem kein einziges gegenübergestellt worden. Ich habe nicht einmal kurzweilig im Laufe der Rede ein anderes Wahlgesetz diesem gegenüber rühmend hören. Ich will damit nur motivieren, daß „verbündete Regierungen“, die gewissermaßen eine republikanische Spitze, die in dem Worte „verbündete Regierungen“ liegt, bilden, keineswegs ein tief angelegtes Komplott gegen die Freiheit der Bourgeoisie in Verbindung mit den Massen zur Errichtung eines cäsarischen Regiments beabsichtigt haben können. Wir haben einfach angenommen, was vorlag, und wovon wir glaubten, daß es am leichtesten annehmbar sein würde, und weitere Hintergedanken dabei nicht gehabt. Was wollen denn die Herren, die das anfechten, und zwar mit der Beschleunigung, deren wir bedürfen, an dessen Stelle setzen? Erwa das preussische Dreiklassenwahlrecht? Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgendeinem anderen Staate ausgedacht worden (Unruhe und Bravo!), ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu tun haben, in jeder Kommune mit anderem Maße mißt, Leute, die in irgendeiner Gemeinde weit über die erste Klasse hinausreichen und diese allein ausfüllen würden, in einer benachbarten Kommune in die dritte Klasse wirft, so beispielsweise in Gemeinden, wo von drei Besitzern jeder ungefähr 200 Taler Steuern bezahlt, deren zwei in die erste, und den dritten, der sieben Silbergroßen weniger bezahlt, in die zweite, wo feingrimmiger mit 5 Talern anfangen, verlegt, von den häuerlichen Besitzern mit 5 Talern Steuern kommt wieder eine gewisse Anzahl zu Klasse zwei, plötzlich zwischen Hans mit 4 Talern 7 Silbergroßen und Kunz mit 4 Talern 6 Silbergroßen reißt die Reihe ab und die anderen werden mit dem Proletariat zusammengeworfen. Wenn der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht. Eine ähnliche Willkürlichkeit und zugleich eine Härte liegt in jedem Jenseit, eine Härte, die da am fühlbarsten wird, wo dieser Jenseit abreißt, wo die Ausschließung anfängt. Wir können es dem Ausgeschlossenen gegenüber doch wirklich schwer motivieren, daß er deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote wie sein Nachbar zahlt — und er würde sie gern bezahlen, denn sie bedingt ein größeres Vermögen, das hat er aber nicht — er gerade Held und politisch tot in diesem Staatswesen sein solle. Diese Argumentation findet überall an jeder Stelle Anwendung, wo eben die Reihe derer, die politisch berechtigt bleiben sollen, abgebrochen wird.“

Im weiteren Laufe seiner Rede verteidigte Bismarck den Vorschlag der Regierungen, in das Gesetz hineinzuschreiben: „Beamte im Dienst sind nicht wählbar.“ v. Bethmann Hollweg schwärmte bekanntlich dafür, den Beamten, weil sie abhängig sind, einen größeren Einfluß auf die Zusammenlegung des Parlaments zu geben oder vielmehr der Regierung, die das Abhängigkeitsverhältnis durch die öffentliche Wahl zum Terrorismus gegen die Beamten mißbrauchen kann. Bismarck führte aus:

„Da ich einmal das Wort habe, so bemerke ich noch einiges über den Schlussatz des Artikels, nämlich den Ausschluß der Beamten. Diese Bestimmung hat ihren Grund in den mannigfachen Uebelständen, die mit der Beteiligung der Beamten an den öffentlichen Verhandlungen zweifellos verbunden sind und die hier von der Tribüne her schon berührt worden sind. Als einen derselben, der hier noch besonders maßgebend hat sein können, bezeichne ich die Beforgnis, daß Beamte zu sehr geneigt sein möchten, den partikularen Regierungen derjenigen Bundesregierung, der sie dienen, Ausdruck zu geben in der Versammlung. Die anderen Gründe dagegen sind mehr allgemeiner Natur, und für mich der Hauptgrund ist die Forderung der Disziplin in dem Beamtenstande. Je mächtiger die parlamentarischen Einflüsse auf das Staatsleben einwirken, desto notwendiger ist meines Er-

achtens eine strenge Disziplin in dem Beamtenstande. Wir haben in Preußen augenblicklich gewissermaßen zwei Verfassungen, die nebeneinander laufen: Wir haben die alte Konstitution des Absolutismus, die ihre Schwärze gegen Willkür in der Unabsehbarkeit der Beamten fand und wir haben die moderne konstitutionelle Verfassung, mit welcher in fast allen anderen Ländern diese Unabsehbarkeit der Beamten unverträglich gedacht wird. Wir — wenn ich sage „Wir“, so meine ich in diesem Augenblick die preussische Regierung — die Regierung, welche handeln, sich bewegen soll, fühlt sich gehemmt von allen Seiten. Sie kann nicht einmal einen Beamten, der zwar formell ihren Anordnungen gehorcht, der aber in den Geist nicht eingibt, sie kann ihn nicht ablegen.“

Es hat das seine großen Vorzüge! Ich möchte die Integrität des preussischen Beamtenstandes, sein Ansehen, sein Gefühl der Würde, das ihn bei schlechter, oft unzulänglicher Befolgung über Versuchungen hinweghebt, um seinen Preis verlorren geben und möchte lieber die Uebelstände einer gehemmt und genierten Regierung noch länger tragen, als unbefonnen in diese Schwierigkeiten hineinschneiden. Aber gerade, weil sie nicht beliebig beseitigen können, so bedürfen wir aller Mittel, die geeignet sind, eine strenge Disziplin festzuhalten und scheuen uns vor allem, was geeignet ist, sie zu lockern. Ich kann nicht behaupten, daß es im Lande einen günstigen Eindruck macht, ich kann kaum daran zweifeln, daß es das unbehagliche und berechnete Gefühl, daß etwas krank sein müsse im Staate, hervorrufe, wenn man erlebt, daß in der Öffentlichkeit ein Beamter seinem höchsten Chef entgegnet und ihm gegenüber und in bezug auf ihn öffentlich eine Sprache führt, die derselbe Beamte unzweifelhaft zu wohlgezogen ist, um sie zu Hause seinem Kanzleidiener gegenüber zu führen. (Bewegung.)“

Der 10. Jahreskongress der britischen Arbeiterpartei.

Keuport, 9. Februar. (Fig. Ver.) Der Arbeiterkongress des Vereinigten Königreichs begann am 8. Februar seine Tagung mit einer außerordentlichen Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsdelegierten, die vollständig der Frage gewidmet war, welche Maßregeln zu ergreifen wären, um das Urteil der Lordrichter in Sachen Osborne gegen die Eisenbahner, wonach obligatorische Beiträge der Gewerkschaften für politische Zwecke ungesetzlich seien, zu beseitigen. Die Beratungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nach Beendigung der Sitzung wurde vom Parteisekretariat folgendes Resoluto veröffentlicht:

Der Abg. Shackleton, der den Vorschlag führte, erklärte: Das Urteil der Lordrichter in Sachen Osborne gegen die Eisenbahner ist so umfassend und tiefgreifend, daß es jede politische Tätigkeit der Trades Unions unmöglich machen würde, wenn es bestehen bleiben sollte. Es ist noch wichtiger als das berüchtigte Taff-Bate-Urteil. Es will nicht anerkennen, daß die Gewerkschaften stets politisch getrieben haben und daß der Trades-Unionismus sich der politischen Waffe bedienen muß. Die organisierten Arbeiter dürfen diese ganze Angelegenheit nicht auf die leichte Schulter nehmen oder auf irgendwelche Kompromisse eingehen. Sie müssen kämpfen, bis ihre politischen Rechte und ihre Autonomie anerkannt sind. Ich empfehle deshalb die Annahme der Resolutionen 1 und 2, die auf eine gesetzliche Ausweitung des Begriffs Trades-Union hinführen und die politischen Waffen und Ziele der Arbeiter gewährleisten wollen.

Reiz Hardie erklärte: Resolutionen 1 und 2 müssen angenommen und durchgeführt werden. Innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung gibt es wohl Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Arbeiterpartei; aber vollständige Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Arbeiterpartei. Ich hoffe, die Delegierten werden die Tragweite des Lordurteils erkennen; es handelt sich nicht nur um die Erziehung der Partei, sondern um die politischen Rechte der Trades-Unions. Bleibt das Urteil in Kraft, so ist es den Gewerkschaften rein unmöglich, politisch tätig zu sein. Aus den Diskussionen ging hervor, daß die Konferenz nicht wüßte, die Resolution 3, die die Sammlung von freiwilligen Beiträgen für Wahl- und Diätanzwecke vorschlägt, anzunehmen. Die Konferenz hat deshalb einstimmig ihre Zurückziehung beschlossen. Sie will den herrschenden Klassen keine Konfession machen; sie besteht auf die Einbringung und Durchsetzung einer Novelle zum Trades-Unionengesetz, um die politische Tätigkeit und die obligatorischen Beiträge für die Arbeiterpartei zu legalisieren.

Heute traten die Delegierten, deren Zahl sich auf rund 500 beläuft, in die Tagesordnung des Kongresses ein. Den Vorschlag übernahm Reiz Hardie. Seine Eröffnungsrede, die wie gewöhnlich, vom Parteivorstand am Vorabend der Kongresseröffnung abgelesen wurde, lautete:

„Unser 10. Jahreskongress tritt unter Umständen zusammen, die uns mit Hoffnung und Vertrauen erfüllen. Vor 10 Jahren betrug die Mitgliederzahl der Partei 315 931; heute 1 481 368. Bei den Wahlen des Jahres 1900 hatten wir 16 Kandidaten, die 70 000 Stimmen auf sich vereinigten; im laufenden Jahre hatten wir 77 Kandidaten, die 505 696 Stimmen erhielten. Damals waren nur 2 Kandidaten erfolgreich, jetzt 40. (Beifall.) Diese trüben Zahlen zeigen zwar unseren Fortschritt, aber sie können die Tiefe und den Umfang unseres Wirkens nicht erschöpfen. Vor zehn Jahren gab es keine Alterspensionen. Keine Spur von Fürsorge für Seimarbeiter und für bedürftige Schulkinder. Jetzt wendet sich keine politische Partei an die Arbeiter, ohne von Sozialreform zu sprechen und ihnen ihre Sympathie auszubringen.“

Vor 10 Jahren machten wir den ersten schülerförmigen Versuch, Gewerkschaften und sozialistische Organisationen zusammenzubringen. Auf beiden Seiten herrschte Mißtrauen. Die letzten 10 Jahre haben das Mißtrauen zum größten Teile beseitigt und eine Kameradschaft und harmonisches Zusammenarbeiten zwischen beiden hergestellt. Die Gegner dieser gewerkschaftlich-sozialistischen Allianz sind entweder beseitigt worden oder sie haben irgendeinen fetten Posten bei der Regierung erhalten.

Besonders freut es mich, die Delegierten der Bergleute unter uns zu sehen. Es gibt nunmehr keine Arbeiterkategorie, die nicht in der Arbeiterpartei durch starke Organisationen vertreten wäre. (Beifall.)

Mit den Ergebnissen der Wahlen sind wir nicht ganz zufrieden. Aber sie haben uns viele Schwächen enthüllt, an denen unsere Organisationen leiden und die wir beseitigen müssen. Besonders unangenehm ist die Konstatierung der Tatsache, daß die Führer der irischen Partei gegen uns gewickelt haben. Und doch ist die britische Arbeiterklasse die einzige, die für Homerule eifrig eintritt und für sie mit Erfolg wirken kann.

Eine der größten Schwächen in unserer Partei besteht darin, daß die Wahlkämpfer, Wahlredner, Wahlorganisatoren nicht mehr freiwillig ihre Dienste hergeben wollen, sondern für jede Dienstleistung Zahlung verlangen. Das darf nicht sein. Mehr Aufopferungsfähigkeit, mehr Hingebung, mehr Idealismus sind absolut nötig, wenn unsere große Sache siegen soll. (Beifall.)

Die ganze Presse des Landes spekuliert jetzt, welche Haltung wir im Parlamente einnehmen werden. Manche hoffen auf Uneinigkeit in unseren Reihen, andere wieder auf ein Uebereinkommen mit einer der großen Parteien. Alle diese Hoffnungen werden zu schanden werden. Wir sind einig. Wir sind selbständig. Wir bleiben, was wir waren: eine selbständige Partei der Arbeiter zur Förderung der Interessen der Arbeiter. Wir haben weder den Liberalen noch den Konservativen etwas zu verdanken. Beide Par-

keiten haben gegen uns gekämpft und wir haben gegen beide gekämpft.

Wir sind unzufrieden mit der unentschiedenen Haltung der Liberalen gegenüber dem Hause der Lords. Der mit dem Lords spielt, gefährdet die Demokratie. Der Ministerpräsident Asquith ist aufeinander nicht geneigt, eine ungewöhnliche Vorlage gegen die Lords einzubringen. Ebenso wissen die Liberalen noch nicht, ob sie die erbliche Kammer reformieren oder sie durch eine gewählte ersetzen sollen. Die Arbeiterpartei wünscht weder eine reformierte noch eine gewählte zweite Kammer. Jede zweite Kammer ist ihrer ganzen Natur nach reaktionär. Anstatt der Oberhaus-Pfuscherei verlangen wir eine durchaus demokratische Wahlreform. Im übrigen bleibt unsere Politik die alte. Wir haben keine Kompromisse abgeschlossen, weder innerhalb noch außerhalb des Parlaments. Die Liberalen kennen unsere Macht und sie versuchen uns zu verführen. Jede Konzeption, die sie uns machen, war von ihrem Selbsterhaltungstrieb diktiert. Wir müssen uns stets folgende Tatsachen und Zahlen vor Augen halten:

Das Vereinigte Königreich zählt jetzt ungefähr 48 Millionen Einwohner; davon sind 1,5 Millionen reich, 3,5 Millionen wohlhabend, 39 Millionen arm oder sehr arm.

Diese Verteilung des Nationaleinkommens zu ändern, für diese Hebel Hilfsmittel zu finden, diese Mißstände zu beseitigen — das ist unsere Aufgabe, und zu diesem Zwecke existiert die Arbeiterpartei. Und in diesem Sinne müssen wir im Parlament wirken, sowohl durch Kritik wie durch Einbringung von Vorlagen.

Wir sind auch der internationalen Arbeiter- und sozialistischen Bewegung angegeschlossen, deren Macht von der Diplomatie nicht mehr ignoriert werden kann. Und je stärker wir werden, desto unmöglicher wird es für Diplomatie, Aristokratie, Kriegsherrn und Kaisererbeher werden, die Arbeiterklassen aller Länder in einen Krieg gegeneinander hineinzutreiben.

Trotz dieses Wirkens erkennen wir mehr und mehr, daß die Arbeitermassen in Lohnsklaverei bleiben werden, solange sie die Produktionsmittel nicht beherrschen. Deshalb müssen wir uns alle mit dem Sozialismus beschäftigen. In der sozialistischen Literatur allein finden wir die Argumente gegen unsere Gegner. Bei den letzten Wahlen hat es sich gezeigt, daß alle unsere Kandidaten gegen Entstellungen der sozialistischen Lehren zu kämpfen hatten.

Aber nicht allein lernen sollen wir den Sozialismus; wir müssen ihm selbstlos dienen. Nichts Großes kann ohne Aufopferung geschehen.

Die Rede wurde mit allgemeinem, andauerndem Beifall aufgenommen.

Der Jahresbericht des Parteivorstandes

behandelt vor allem die Parlamentswahlen. Er sagt darüber:

Die definitive Kandidatenliste enthielt 78 Namen. Die Kandidaten wurden sowohl in eingliedrigen wie in zweigliedrigen Wahlkreisen aufgestellt. Das Ergebnis war:

1. In eingliedrigen Wahlkreisen standen 40 Arbeiterkandidaten nur gegen Konservative; in diesen Wahlkreisen wurden 30 Mandate gewonnen. 25 Arbeiterkandidaten kämpften sowohl gegen Liberale wie gegen Konservative; in diesen Wahlkreisen wurde kein einziges Mandat von uns erobert.

2. In zweigliedrigen Wahlkreisen hatte 1 Arbeiterkandidat 1 liberalen und 1 konservativen Gegenkandidaten zu bekämpfen; das Mandat fiel uns zu. In 8 dieser Wahlkreise hatten unsere Kandidaten je 1 liberalen und 2 konservative Gegenkandidaten; von den 8 gewonnen wir 7. In einem dieser Wahlkreise hatte 1 Arbeiterkandidat 2 liberale und 2 konservative Gegenkandidaten; unser Kandidat unterlag. In 3 dieser Wahlkreise hatten unsere Kandidaten 2 liberale, 2 mittelliberale und 3 konservativen Gegenkandidaten; wir gewannen hier 2 Mandate.

Die der Partei angeschlossenen Organisationen haben uns prächtig unterstützt und die Gewerkschaften standen solidarisch an unserer Seite. Das neugewählte Parlament wird allem Anschein keine lange Lebensdauer haben, wir müssen uns deshalb auf neue Parlamentswahlen vorbereiten. Die ersten institutionellen Fragen werden nunmehr bis zum bitteren Ende ausgekämpft werden müssen. Der liberalen Partei dürfte es kaum möglich sein, den Kampf aufzugeben. Solange die Oberhausfrage nicht erledigt ist, kann kein ernsther Fortschritt in der Sozialreform gemacht werden.

Eine der Reaktionen der Wahlen besteht in der Notwendigkeit, für die Wahlkreise von der Aufstellung von Arbeiterkandidaten abzusehen, solange nicht starke Organisationen bestehen, die den Wahlkampf mit Nutzen für unsere Bewegung unternehmen könnten. Bei besserer Vorbereitung hätten wir nicht sovieler Mißerfolge in dreigliedrigen Wahlkreisen zu verzeichnen gehabt.

Wir bedauern, verzeichnen zu müssen, daß wir 8 Wahlkreise verloren. Andererseits haben wir 3 Wahlkreise gewonnen.

Das Beste an diesen Wahlen war, daß die organisierten Arbeiter unter einer Fahne in den Wahlkampf gingen. Es hat viele Jahre gedauert, dieses Resultat zu erzielen.

In den 78 Wahlkreisen haben alle politischen Parteien zusammen 1 378 656 Stimmen erhalten, wovon die Arbeiterpartei 605 696 oder 36,8 Proz.

Die Mitgliederzahl der Partei, die zu Anfang des Jahres sich auf 1 122 786 belief, beträgt jetzt 1 481 888, worunter 31 000 Mitglieder der sozialistischen Organisationen.

Nachdem der Bericht über die Finanzen, Deputationen und andere innere Angelegenheiten der Partei Redenschaft ablegt, sagt er zum Schluß:

Wir sind besonders stolz auf den Einfluß, den die Partei auf die äußere Politik ausübt. Kriegshetze ist beinahe zu einer Profession geworden, und wir haben im Berichtsjahr viel von ihr zu leiden gehabt. Wir bedauern, daß Hr. Gladstone, dessen früheres Wirken ihn mehr oder weniger mit uns identifizierte, sich dazu hergeben hat, den unklugen und böswärtigen Ausbruch gegen Deutschland zu schüren. Wir mißbilligen aufs entschiedenste diese ganze Aktion. Schlecht informiert über die Tatsachen, die er gebrauchte und falsch in seinen Schlussfolgerungen, zu denen er gelangte, wurde Gladstone von der gelben Presse und der freiwirtschaftlichen Partei gebraucht und er leistete beiden unschätzbare Dienste. Wir freuen uns, daß die Arbeiterpartei sich von dem bitteren Ausbruch nicht antreiben ließ und in vielen Fällen die Kriegshetze zurückwies.

Wir blieben auch im Berichtsjahre der internationalen Bewegung angegeschlossen und wir korrespondierten öfter mit unseren kontinentalen Genossen. Wir hoffen, daß wir bald die Gelegenheit haben werden, unsere kontinentalen Parlamentsfreunde in derselben gottfreundlichen Weise bei uns zu empfangen.

In der Nachmittags Sitzung empfing der Kongreß die Grüße des Parlamentarischen Komitees des Trade-Unionkongresses durch den Arbeiterabgeordneten Heston und die des Allgemeinen Verbandes der Gewerkschaften durch dessen Sekretär Appleton. Sodann trat der Kongreß in die Beratung des Jahresberichts und der Wahlpolitik ein. Mehrere Delegierte beklagten sich über den mangelhaften Zustand, den sie bei den Wahlen vom Parteivorstand erhalten haben. Die Wahlkreise bestimmten den Vorstand um bekannte Arbeiterparlamentarier als Redner, die aber nicht überall sein konnten, um so weniger, als sie selber in ihren eigenen Wahlkreisen um ihre Mandate kämpfen mußten.

Zu einer häßlichen Szene kam es zwischen Ben Tillett, dem unterlegenen Kandidaten von Swansea, und dem Führer der Arbeiterfraktion A. Henderson. Der Angriff Ben Tilletts galt eigentlich dem Parteisekretär J. R. MacDonald, der einem Wähler in Swansea geraten hatte, nicht für Ben Tillett zu stimmen. Allein infolge eines Trauerspiels in MacDonalds Familie konnte der Angegriffene auf dem Kongresse nicht anwesend sein, so daß Henderson den Angriff zurückwies, wobei es zu einem scharfen Wortwechsel zwischen ihm und Tillett kam. Für Ben Tillett sprachen die drei Arbeiterdelegierten von Swansea, die die Meinungäußerung MacDonalds als einen Disziplinbruch betrachteten. Henderson antwortete, Ben Tilletts Auslassungen

gegen die Parteiführer seien keine Kritik, sondern böswillige Entstellungen und er (Ben Tillett) müsse sich nicht wundern, wenn ihm ähnlich geübt werde.

Tillett protestierte gegen den Ausdruck „böswillige Entstellungen“ und brandmarkte Hendersons Bemerkungen als „Lumpereien“. Nach Sir Hardies tollvollem Eingreifen zog Tillett seinen beleidigenden Ausdruck zurück.

Mehrere Delegierte hielten die Politik der Partei für zu milde. Die Fraktion müsse sich aufs freiliste von den Liberalen unterscheiden. Die Arbeiterabgeordneten hätten den Etat allzu sehr gelobt. Mehr Kritik, schärferes Auftreten im Parlament seien absolut nötig, sollte die Partei das werden, was sie sein sollte: eine rücksichtslose Vertreterin der Arbeiter. Auch freundlicheres Zusammenarbeiten der Fraktion mit den lokalen Arbeitervertretern sei nötig. Die Arbeitervertreter in den Gemeinden, Armenvereinigungen und anderen lokalen Körperschaften führten einen schweren Kampf gegen die Municipalreaktionäre, aber sie erhielten wenig Beistand und Aufmunterung vom Parteivorstand. Die Fraktion sollte nichts unterlassen, die Speisung der bedürftigen Schulkinder strikter durchzuführen zu lassen. Ohne eine hingebungsvolle Aktion im Parlament für Sozialpolitik lasse sich in den Gemeinden nicht viel ausrichten.

Der Jahresbericht wurde schließlich, nachdem Hardie und Henderson geantwortet hatten, einstimmig angenommen.

Dem Kongreß ging die betrübende Nachricht zu, daß Genosse Curran schwer krank daniederliegt und an seiner Genesung gezweifelt wird.

Aus Industrie und Handel.

Fleischsteuerung.

Verfälschtes Wahlrecht, verteuertes Fleisch: das sind preukische Kulturerrungenschaften! Seit mehreren Jahren haben wir Fleischpreise, die für einen großen Teil der arbeitenden Bevölkerung den Fleischgenuss zu einem seltenen Ereignis machen. Dafür sind sie, die auf magerer Kost Gesezten, auch mehr oder minder vom Wahlrecht ausgeschlossen. Seit einem Jahre schneit die Fleischpreise weiter in die Höhe. Und wenn es nach dem Willen der unter Junkerkommando stehenden preukischen Regierung geht, dann wird nun auch das miserable Preukenwahlrecht noch weiter verschlechtert. Je höher dem Volke der Brot- und Fleischkorb gehangen wird, um so mehr muß es auch entrechtet werden, damit es sich nicht wehren kann. So bleibt die „gottgegebene Abhängigkeit“, die Preuken-Harmonie erhalten. Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Correspondenz“ über Durchschnittspreise in Preußen ergeben sich folgende Zahlen: Es kostete:

	1909	1910
Rindfleisch		
von der Keule	166	169
vom Bug	155	155
vom Bauch	185	198
im Durchschnitt	154	156
Kalbfleisch		
von der Keule	179	185
vom Bug	161	168
im Durchschnitt	172	178
Lammfleisch		
von der Keule	171	178
vom Bug	162	156
im Durchschnitt	163	166
Schweinefleisch		
von der Keule	172	182
vom Bug	161	170
Kopf und Bein	85	96
Rüdenfett	156	174
im Durchschnitt	155	168
Rohfleisch	72	74
Inländ. Schweinehäuten	258	279
Schweinefett	170	193

Demnach ist teurer geworden:

- Schweinefett um 7,8 Prozent,
- Schweinehäuten um 8,1 Prozent,
- Schweinefleisch um 8,4 Prozent.

Je länger das Volk sich die Junkerregierung der Brot- und Fleischwucherer gefallen läßt, um so schärfer, rücksichtsloser und brutaler wird es ausgebeutet.

Maschinenbenutzung in den Landwirtschaftsbetrieben Preußens.

Bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 sind in der Landwirtschaftsliste auch die im Jahre vor der Zählung benutzten Maschinen erfragt worden, und die Betriebsinhaber haben Maschinen aller Art in ihren Landwirtschaftsbetrieben verzeichnet. Darunter befanden sich viele Maschinen und maschinenähnliche Geräte, deren Vorkommen in der Landwirtschaft ganz allgemein und deshalb für die einzelnen Betriebsgruppen kein besonderes Merkmal ist. Derartige Maschinen usw. sind von der Auszählung ausgeschlossen, und es sind nur solche Maschinen für die Reichsstatistik aufgezählt worden, die eine eigenartige oder größere Bedeutung haben. Ihre Benutzung ist für 818 808 Landwirtschaftsbetriebe in Preußen angegeben worden, und zwar:

	für Betriebe	darunter mit eigenen
		Betriebe eig. Maschinen
Dampfplüge	2 625	378
Breitwühlige Säemaschinen	124 853	100 399
Rähmaschinen	181 268	167 948
Drill- und Dibelmaschinen	60 190	45 582
Hackmaschinen	10 890	9 531
Dampfdrehschneidmaschinen	206 012	12 787
Andere Drehschneidmaschinen	567 137	508 219
Kartoffelranzmaschinen	2 817	2 056
Kartoffelreinemaschinen	4 058	4 112
Sämaschinen	14 057	13 800
Milchzentrifugen	280 909	228 319

Hierbei ist selbstverständlich jeder Betrieb bei jeder Maschinenart gezählt, die er benutzte; es sind daher in vorstehender Zusammenstellung von den 818 808 Betrieben diese mehrfach gezählt worden.

Nach Betriebsgrößen verteilt, ergibt sich, daß unter je 100 Betrieben bei den Kleinbäuerlichen 20,6, bei den mittelbäuerlichen schon 70,6, bei den großbäuerlichen 91,8 und bei den Großbetrieben 97,9 eine oder mehrere der vorgenannten Maschinen benutzen, und bei den gleichen Betriebsgruppen auf je 100 Hektar Anbaufläche 37,7 bzw. 43,4, 20,9 und 17,5 menschliche Arbeitskräfte entfallen. Der Maschinenbedarf nimmt also mit der Zunahme der Maschinenverwendung stark ab. Menschenkräfte werden durch Maschinen ersetzt, und zwar mehr in den größeren Betrieben als in den kleineren, oder sie werden in dem Maß ausbeuteter, wie Maschinenarbeit verwendet wird. Daß die großen landwirtschaftlichen Betriebe die Maschinen in höherem Grade als die kleineren verwenden, hängt zum guten Teile damit zusammen, daß gewisse Maschinen, z. B. Dampfplüge, Kartoffel- und Erntemaschinen, Rähmaschinen und andere für eine wirtschaftliche Ausnutzung große Flächen zur Voraussetzung haben. Andererseits kommt aber beispielsweise die Dampfdrehschneidmaschine auch für kleinere Betriebe recht wohl in Frage; sie wird von mehreren gemeinschaftlich gemietet und an geeigneter Stelle aufgestellt, der die einzelnen Beteiligten ihr Getreide zuführen. Andere Drehschneidmaschinen, Milchzentrifugen usw. sind ebenso auch den kleineren Betrieben eigentümlich.

Vom Kampfe gegen die Lebensmittelwucherer in Amerika.

Im Lande der „Freiheit“ steht jetzt der Kampf gegen die Jücker- und Fleischwucherer größten Stils an erster Stelle. Die „American Sugar Refining Co.“ ist der älteste Trust in Amerika. Unter den Gesetzen des Staates New York aufgelöst, verschwand er sofort offiziell nach dem Staate New Jersey. Dort haben jetzt die meisten Trusts ihren Sitz, weil ihnen hier nicht die lästige Pflicht der Rechnungslegung obliegt. Der Kampf der amerikanischen Regierung richtet sich gegen den Zuckertrust nicht auf Grund des Zermangereckes, welches Trusts verbietet, sondern wegen ungesunderer Zollhinterziehungen. Bei der Schilberung der Einzelheiten darüber wird man stark an Kiel erinnert. Durch das Einführen von Stahlfedern unter die Hebel der benutzten Wagen wurde das angezeigte Gewicht gemindert. Die Zollunterschleife belaufen sich auf viele Millionen. Die Schätzung kann nur eine ungefähre sein. In den letzten 14 Jahren hat der Trust allein 355 Millionen Dollar an Zoll gezahlt. Die Verträge dienen dazu fünf arme Arbeiter, die als Wäger im Dienste des Trusts gestanden hatten, mit einer Ausnahme zu längeren Gefängnisstrafen zu verurteilen. Der Trust erklärte sich sofort bereit, für die entstandenen Zollhinterziehungen freiwillig 8 Millionen Dollar Entschädigung zu zahlen. Dies geschah auch. Nun hat die Regierung aber doch die Leiter des Zuckertrustes wegen Anstiftung zu Steuerhinterziehungen angeklagt.

Die Fleischpreise sind ungeheuerlich gestiegen, zum Teil dadurch, daß die Zufuhren nach den großen Viehmärkten, insbesondere nach Chicago, künstlich eingeschränkt wurden. Die Zufuhren nach Chicago:

	1908	1909
Rinder	3 039 206 Stück	2 991 800 Stück
Schweine	8 181 465 „	6 616 879 „
Schafe	4 351 880 „	4 434 192 „

Trotz des Rückganges der Menge nach ist der Gesamtwert des an den Chicagoer Markt gebrachten Schlachtviehes von 314 440 000 Dollar im Jahre 1908, auf 223 638 400 Dollar gesunken. Die Durchschnittspreise stiegen in den letzten Jahren in folgender Weise:

	in Dollar				
	1908	1909	1907	1906	1904
Rinder	6,35	6,10	5,80	5,80	4,95
Schweine	7,95	5,70	6,10	6,25	5,15
Schafe	5,00	4,65	5,25	5,20	4,25
Lämmer	7,40	6,85	7,05	6,85	6,80

Es zeigt sich durchgängig eine starke Erhöhung, insbesondere bei Rind- und Schweinefleisch. Der Staatssekretär erklärte dies unter anderem damit, daß die Kleinhandler noch weiter ausschlagen und in den Großstädten wie Washington nicht mit 20 Proz. Nutzen zufrieden sind, sondern 42 Proz. haben wollen.

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 11. Februar. (Sig. Ber.) Zweiter Sitzungstag.

Die Statutenberatung

wird bei dem Abschnitt Verhandlung, Gautage und Konferenzen fortgesetzt. In dem Statutenentwurf wird im § 13 vorgeschlagen, den Verbandstag alle drei Jahre abzuhalten. Wie wir schon im Vorbericht mitteilen, verlangten eine große Anzahl Zweigvereine, die zweijährige Periode festzusetzen. Die Statutenberatungskommission schließt sich diesen Wünschen an. Der Vortragsreferent Merkel-Rürnberg spricht die Ansicht der Kommission darüber dahin aus, diese glaube, die gegenwärtige Zeit sei nicht dazu geeignet, die Periode zu verlängern. Ueber die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages wird in der Vorstandsprotokolle bestimmt, daß die Einberufung geschehen muß, wenn dies von der Hälfte der Zweigvereine beauftragt wird. Die Kommission will dies Recht schon einem Viertel der Zweigvereine zugestehen.

Der § 13 (Verbandstage) zeitigte eine längere Debatte. Die Stellung der Vorstände präzisierter Bömelburg. Es seien aus dem Vorschlag, die Verbandstage nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen, viele falsche Schlüsse gezogen worden. Die Vorstände seien der Meinung, daß man in der Gewerkschaftsbewegung zu größeren Zwischenräumen von einem zum anderen Verbandstage kommen müsse. Ueber die Festsetzung des nächsten Verbandstages solle man noch keine definitive Entscheidung treffen. Den Kommissionsvorschlag könne man ja im übrigen als Norm beibehalten.

Bernhard-Pforzheim begründet einen Antrag, die Statutenberatungskommission, die von den Delegierten der einzelnen Kreise zu wählen wäre, solle jeweils schon vor dem Verbandstag zusammenzutreten. Bei den jetzigen Verhältnissen seien die Mitglieder der Statutenberatungskommission sehr viel behindert, an den Verhandlungen des Verbandstages teilzunehmen.

Innoh-Leipzig wünscht, daß die Bestimmung, nach der gelehrte und ungelernete Arbeiter ihrer Stärke entsprechend an der Delegation zum Verbandstage Anteil haben, gestrichen wird. Man solle doch keinen Unterschied zwischen gelehrten und ungelerten Kollegen machen.

Reißler-Hannover begründet die von mehreren Orten gestellten Anträge, nach denen die Souleiter auf dem Verbandstage keine beschließende, sondern nur beratende Stimme haben sollen.

Kreuzer-Hamburg wendet sich gegen den Vorschlag der Kommission, die einen Absatz im § 13, wonach für Spezialbranchen besondere Wahlabteilungen errichtet werden sollen, gestrichen haben will. Den Spezialbranchen müsse man das Recht lassen, eigene Delegierte zu wählen.

Weitere Redner begründen die von ihren Orten gestellten Anträge. Bei der Abstimmung werden aber alle Anträge abgelehnt und den Kommissionsvorschlägen zugestimmt. Die Tagungszeit des nächsten Verbandstages soll bei der letzten diesjährigen Tagung beider Verbände festgesetzt werden.

Die Bestimmung des § 14, Gautage, werden nach den Vorschlägen der Kommission festgesetzt. Die Gautage sollen danach nicht alle drei — wie die Vorstände wollen —, sondern alle zwei Jahre stattfinden. Auch soll ein Viertel, und nicht die Hälfte der Zweigvereine, verlangen können, daß ein außerordentlicher Verbandstag einberufen wird.

Im § 18 (Beitritt) wird festgelegt, daß Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes einer anderen gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören dürfen. Ein Verstoß gegen diese Bestimmung soll gleichbedeutend mit dem Austritt aus dem Verbands sein.

Die Kommission stimmt diesem Passus zu. Sie will dadurch die Bauarbeiter treffen, die wegen der Unterkunftsvereinbarungen noch einem weiteren Verbande angehören.

Bernhard-Pforzheim und noch andere Redner plädieren für Streichung dieses Absatzes. Es gebe doch Kollegen, die den Verbänden der Maurer, Zivilmisler usw. angehören, weil sie nebstbei in diesen Berufen arbeiten. Auch könnte man von alten Kollegen, die nicht mehr im Berufe tätig, sondern Lagerhalter, Kassenangestellte usw. sind, nicht verlangen, daß sie nun aus dem Verbande austreten.

Bei der Abstimmung wird nach dem Kommissionsvorschlag beschlossen.

Beim § 19 wird von vielen Zweigvereinen beantragt, daß bei wiederholtem Eintritt in den Verband ein erhöhtes Eintrittsgeld erhoben wird. Der Vorstandsentwurf, der dies nicht vorzies, findet aber Zustimmung.

Dann kam die Beitragsfrage zur Beratung. Die Vorschläge der Kommission weichen von denen der Vorstände, die die ihren abändern haben, nicht weit ab. Der Kommissionsvorschlag geht dahin:

§ 23. Die regelmäßigen Verbandsbeiträge werden in jedem Jahre für 40 Wochen in der Zeit vom 1. März bis Ende November erhoben. Die Beiträge werden nach der Lohnhöhe klassifiziert. Als Grundlage für die Beitragbemessung innerhalb der einzelnen Lohngebiete gilt der durch Tarif festgesetzte Stundenlohn; besteht ein Tarif nicht, dann wird der allgemein übliche oder der durchschnittliche Stundenlohn angenommen. Innerhalb eines Lohngebietes darf für gelernte Arbeiter nur ein einheitlicher Beitrag bestehen; für nicht gelernte Arbeiter ist eine Differenzierung im Beitrag nur dann zulässig, wenn für verschiedene Kategorien wesentliche Unterschiede im Lohn vorhanden sind. Für die Mindestleistung gilt folgende Skala:

Bei einem Stundenlohn bis 27 Pf.	Beitrag
über 27 " 32 "	85 Pf. pro Woche
" 32 " 37 "	40 " "
" 37 " 42 "	45 " "
" 42 " 47 "	50 " "
" 47 " 52 "	55 " "
" 52 " 57 "	60 " "
" 57 " 62 "	65 " "
" 62 " 67 "	70 " "
" 67 " 72 "	75 " "
" 72 " 77 "	80 " "
77 Pf.	85 " "
	90 " "

Diese Sätze entsprechen den bisherigen Beiträgen bei den Bauhilfsarbeitern — nur haben sie die höheren Klassen nicht — und da die Maurer ihre Beiträge um 10 Pf. erhöht haben, gleichen sie den nun vorgeschlagenen Sätzen. Ferner soll der Verbandsvorstand in Verbindung mit dem Verbandsausschuss und den Gewerkschaften berechnen, unter außergewöhnlichen Verhältnissen Extrabeiträge auszusprechen, zu deren Zahlung alle Mitglieder verpflichtet sind.

Zu diesem Punkt liegen eine Unmenge Anträge vor und steht die Debatte gleich lebhaft ein. Es ergibt sich aber, daß es notwendig ist, zuerst über die Krankenunterstützung schlüssig zu werden. In der Diskussion wurde nämlich dafür plädiert, die Beiträge 44 (anstatt wie vorgeschlagen 40) Wochen lang zu erheben und die Krankenunterstützung auch in den Wintermonaten zu zahlen. Im Bauhilfsarbeiterverband wird demgemäß verfahren. Die Statutenberatungskommission hat aber, im Gegensatz zu dem Vorstandesentwurf, die Winterkrankenunterstützung gestrichen. Sie soll nur vom 1. März bis 30. November gewährt werden. Der Verbandstag beschließt, zuerst über die

Krankenunterstützung

zu beraten. Dömelburg-Hamburg vertritt den Vorstandesentwurf. Er könne den Beschluß der Kommission nur bedauern. Die Kommission habe die Winterkrankenunterstützung aus Rücksicht auf die Finanzen abgelehnt; bei einem anderen Punkte, bei den Prozentfähigkeiten für die Zweigvereine, habe sie diese Rücksicht aber nicht walten lassen. Als die Bauhilfsarbeiter seinerzeit auch die Winterkrankenunterstützung einführen, habe ich diesen Beschluß nicht gutgeheißen. Wir haben aber nun die Verschmelzung beschlossen und es bleibt uns nichts anderes übrig, als diese Einrichtung der Bauhilfsarbeiter mit zu übernehmen. Nun wir dies nicht, dann gibt es Jant und Streit, bevor wir zur eigentlichen Verschmelzung gekommen sind. Vielleicht kommt einmal die Zeit, wo wir die Winterunterstützung wieder aufheben. Aber das können wir der Zukunft überlassen. Ich glaube übrigens, daß bei einer Urabstimmung im Maurerverband über die Winterunterstützung sich eine große Mehrheit ergeben würde. (Zustimmung und Widerspruch.)

Siedl-Rüstrin meint, man solle jede Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen zurückweisen. Der Kampfcharakter der Organisation würde sonst darunter leiden. Auf die Bauhilfsarbeiter brauchte man keine so große Rücksicht zu nehmen. Redner bittet, den Kommissionsvorschlägen zuzustimmen.

Brandmohr-Hamburg (von den Bauhilfsarbeitern): Der Beschluß der Kommission, die Winterunterstützung zu streichen, ist der erste Keil, der in die Verschmelzung hineingetrieben wurde. Wenn wir die Verschmelzung beschließen haben, dann müssen wir auch alles tun, um dieses Vollwerk zu fertigen. Das wird aber der Kommissionsbeschluß nicht erwirken. Wir wurden durch die anderen Verbände von nichtgelernten Arbeitern gezwungen, die Krankenunterstützung einzuführen. Wollten wir nun unseren Kollegen sagen, ihr bekommt im Winter keine Unterstützung mehr, dann wird sich ihrer eine große Erregung bemächtigen und uns die Agitation erschwert werden. Ich bitte Sie, der Vorlage der Zentralvorstände zuzustimmen. (Beifall.)

Jakob-Leipzig: Für uns waren doch andere Gründe für die Verschmelzung maßgebend als die Unterstützungseinrichtungen. Wenn Sie (zu den Bauhilfsarbeitern) der Mehrheit Ihren Standpunkt ausdrücken wollen, dann bewirken Sie auch dort eine Unzufriedenheit. Wir haben vor allen Dingen für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kämpfen und dafür die nötigen Mittel zu schaffen.

Stampe-Bremen (Bauarbeiter): Der Beschluß der Kommission ist mit einer Stimme Mehrheit zustande gekommen, und zwar mit meiner. Ich stimmte gegen die Winterunterstützung, weil ich grundsätzlicher Gegner aller Unterstützungseinrichtungen bin. Ich muß aber gesehen, ich kann aus organisatorischen und agitatorischen Rücksichten als Bauhilfsarbeiter meinen Standpunkt in der Kommission nicht mehr vertreten. (Zuruf: Jetzt ist es zu spät!)

Bäprow-Hamburg stellt fest, daß die Einführung der Winterunterstützung für die Maurer eine Ausgabe von 183 000 Mark zur Folge habe.

Wendler-Herne (Maurer): Bisher wurde den Wünschen der Bauhilfsarbeiter sehr weit Rechnung getragen. Wenn wir aber die Unterstützungseinrichtungen sein sollten, dann wäre die Ehe keine glückliche. Es ist nicht richtig, daß wie Dömelburg sagte, die Mehrheit unserer Mitglieder für die Winterunterstützung ist. Die Bauarbeiter haben ja noch andere Vorteile von der Verschmelzung. Ich meine, sie sollten sich fügen und nicht darauf beharren, daß wir diese Forderung akzeptieren. Wir werden große Lohnkämpfe zu führen haben und da dürfen wir nicht alles Geld für Unterstützungsausgaben ausgeben.

Danke-Berlin spricht für den Kommissionsvorschlag. Wehrendt-Hamburg: Uns ist früher gesagt worden, daß eine erhebliche Mehrheit der Maurer für die Winterunterstützung ist. Wir haben nicht geglaubt, daß wir vor einer so großen Opposition stehen. Deswegen haben wir auf unserem Verbandstage auch nicht über diese Frage beraten. Der Berichterstatter der Kommission hat erklärt, es seien nur unbedeutende Änderungen an der Vorstandesvorlage vorgenommen worden. Für uns Bauhilfsarbeiter ist die Streichung der Winterunterstützung kein unwesent-

licher Punkt. Schon aus taktischen Gründen müßten Sie für die Unterstützung stimmen. Freilich, es wäre gut gewesen, wenn Dömelburg Ihnen diese Gründe angeführt hätte. Es wurde gesagt, die Kollegen von den Maurern hätten in vielen Punkten nachgegeben und Verschlechterungen mit in Kauf genommen. Das ist aber doch nicht richtig. Wir haben z. B. auf die Umzugsunterstützung von vornherein zu ihren Gunsten verzichtet. Als wir die Krankenunterstützung einführen, haben wir uns lange überlegt, ob wir es tun sollen. Das Rechnungsergebnis hat uns aber gezeigt, daß wir es konnten, wir haben keine schlechten Erfahrungen damit gemacht. — Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Maurer für uns Mittel ausgeben sollen. (Teilweiser Beifall.)

Es tritt die übliche kleine Nachmittagspause ein. Danach erklärt Vorsitzender Dömelburg: Die Vertreter der Zentralvorstände sind der Meinung, daß es im Augenblick wenig Zweck hat, über die Frage der Winterunterstützung zu beraten. Wir sind deswegen dazu gekommen, Ihnen vorzuschlagen, daß die Vertreter der beiden Verbände sich für eine kurze Zeit trennen, damit die einzelnen Verbandstage über diese Frage getrennt beraten. Wir glauben, daß dadurch die Frage am schnellsten gelöst wird.

Die Bauhilfsarbeiter ziehen sich dann zurück. Beide Gruppen beraten den strittigen Punkt zunächst einzeln.

Beim Wiederversammlung beider Verbände erklärt Dömelburg: Die strittige Frage ist wohl jetzt gelöst. Wir haben in unserer Sonderabstimmung eine Abstimmung vorgenommen, und da stimmten 188 für und 75 Delegierte gegen die Einführung der Winterkrankenunterstützung. (Woh!)

Es wird nun in der vereinten Tagung nochmals über die Einführung abgestimmt, und dabei ergibt sich eine übergroße Mehrheit für die Einführung der Winterunterstützung, die somit beschlossen ist.

Wehrendt von den Bauhilfsarbeitern erklärt dann: Wir haben uns in unserer Sonderabstimmung eingehend mit der Unterstützungsforderung beschäftigt. Wir waren einstimmig der Ansicht, daß die Winterunterstützung eingeführt werden muß. Wäre aber die Unterstützung nicht beschlossen worden, so hätte deswegen die Verschmelzung nicht in die Brüche gehen dürfen.

Leipzig, 11. Februar. (Fig. Ver.)

2. Verhandlungstag (Abendung).

Der Verbandstag stimmte, da nun die Krankenunterstützungsforderung geregelt ist, ohne weitere Debatte den Kommissionsvorschlägen zur Vertragsfrage zu.

Bei den Bestimmungen über Beitragsermäßigung wird beschlossen, daß Arbeitslose, Kranke und Inhaftierte, sofern sie keine Unterstützung beziehen, nur 20 Pf. Beitrag zu entrichten haben.

Im § 31 werden die Anteile der Hauptkasse und der Zweigvereine an den Beiträgen festgesetzt. Hierzu liegen eine große Zahl Anträge vor. Die Vorstände wollen den Zweigvereinen 20 Proz. von den Eintrittsgeldern und Beiträgen lassen. Die Kommission schlägt einen höheren Satz für die Zitate vor. Auch von Delegierten wird der Antrag der Vorstände heftig bekämpft; er wird auch schließlich abgelehnt. Angenommen wird ein Ewentualantrag des Vorstandes, nach dem der Anteil der Zweigvereine um einen Pf. niedriger ist, als ihn die Kommission vorschlägt. Die Zweigvereine sollen erhalten: von den Beiträgen in der ersten Klasse (85 Pf.) 7 Pf. pro Marke, und dann von Klasse zu Klasse steigend 1 Pf. mehr bis 16 Pf. in der 10. Klasse, in der 11. Klasse beträgt der Anteil 18 Pf. und in der 12. Klasse 20 Pf. pro Marke. Die Verhandlungen werden vertagt.

Gewerbeaufsicht — Zentralstelle für Volkswohlfahrt — Arbeitersekretariate.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses verhandelte am Donnerstagabend über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Bei Beratung der Gewerbeaufsicht entstand eine längere Debatte über die Veräuflichung der Klagen, die in sozialdemokratischen Blättern erschienen. Die Nationalliberalen waren der Meinung, daß diesen Klagen nicht nachgegangen werden sollte, da die Beamten sonst zu sehr belastet würden. Eine Anfrage der freisinnigen, ob man nicht Arbeiter an der Gewerbeinspektion beteiligen wolle, beantwortet der Minister dahin, daß erst die Erfahrungen der Sicherheitsmänner im Bergbau abgewartet werden müßten, ehe diese Frage in Beratung genommen werden könne.

Ueber die Beteiligung der Frauen bei der Gewerbeaufsicht — es werden zwei weibliche Hilfskräfte für Berlin neu verlangt — erklärte ein Regierungskommissar, daß die weiblichen Hilfskräfte für die Beamten willkommenen Hilfe seien; die Hoffnungen und Befürchtungen, die an den Verlust der Beteiligung weiblicher Kräfte bei der Gewerbeinspektion geknüpft seien, hätten sich nicht erfüllt; es sei nichts hervorgetreten, was die weibliche Beteiligung als besonders notwendig erscheinen lasse, denn die Arbeiten dieser weiblichen Hilfsbeamten hätten auch von männlichen verrichtet werden können. Nachteile seien aber nicht entstanden. Der Regierung wurde vorgehalten, daß doch in Baden und Hessen sehr gute Erfahrungen gemacht seien; man müsse die weiblichen Assistenten doch selbständiger gestalten und sie nicht nur so nebenbei mit beschäftigen. Demgegenüber behauptete die Regierung, daß sie die Versuche mit weiblichen Hilfskräften mit Ehrlichkeit und Liebe gemacht habe. Eine etatsmäßige Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten könne in Erwägung genommen werden. Daß man sich mit besonderer Wärme der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten annehmen will, ergab die Verhandlung der Budgetkommission nicht. Preußen geht naturgemäß in solchen Angelegenheiten nicht voran.

Für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte für Fach- und Fortbildungsschulen sind 880 000 M. verlangt, die größtenteils für Kurse Verwendung finden. Gewünscht wurde, daß mehr Praktiker in den Schulen als Lehrer angestellt werden. Auf Anfrage teilte die Regierung mit, daß 1904 von 9718 Lehrern 1188 Praktiker, 1908 von 14 043 Lehrern aber 1975 praktische Fachleute waren.

Bei Beratung des Dispositionsfonds für Aufwendungen zu gemeinnützigen Zwecken wurde eingehend über die Zentralstelle für Volkswohlfahrt gesprochen. Die Konservativen erklärten, daß sie die Einrichtung nicht befürworteten und der Meinung seien, daß die Arbeiten sehr wohl von den einzelnen Ressorts mit verrichtet werden könnten. Das Zentrum trat für Verbeibaltung der Zentralstelle, die alle Gebiete der Volkswohlfahrt, Wohnungswesen, hauswirtschaftliche Bildung, innere Mission usw. beeinflusse, ein und wünschte erhöhte Unterstützung, da die Aufgaben der Zentralstelle der gesamten Staatsverwaltung diene. In erster Linie werde die Haupt-

stelle von freiwilligen Beiträgen der Städte, Vereine und Arbeitgeber unterhalten. — Der Minister sprach sich für Unterstützung aus, weil die Zentralstelle eine Sammelstelle für praktische Erfahrungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sei. Jetzt zahle der Staat circa 80 000 M. und wenn es nicht reiche, sollte der Betrag erhöht werden. Der Erhöhung der Summe widersprach der konservative Berichterstatter. Es handelt sich ja nicht um Entkaufung der Großgrundbesitzer, für die von den Konservativen ohne Bedenken 50 000 M. bewilligt wurden.

Zur Förderung der nicht gewerbmäßigen Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für die minderbemittelte Bevölkerung sind 65 000 M. — wie im Vorjahre — eingelegt. Der Verband gemeinnütziger Arbeitsnachweise petitioniert auf Erhöhung des Fonds auf 250 000 M. um ein lückenloses Netz von Arbeitsnachweisen über ganz Deutschland zu erreichen. Diesen Wünschen gegenüber verhielt sich der Minister ablehnend: es sei nicht angängig, alles auf die Staatskasse zu legen.

Die Konservativen halten die Rechtsberatung für ein Gegenmittel gegen die sozialdemokratischen Arbeitersekretariate: die Sozialdemokratie betreibe die Rechtsberatung — nur in ihrem parteipolitischen Interesse. Es sei Pflicht der Gemeinden, diesen Arbeitersekretariaten entgegenzuarbeiten. — Der Minister teilte mit, daß von der Summe $\frac{1}{2}$ für Rechtsberatung ausgegeben werden.

Ein konservativer Redner führte aus, daß es leider nicht gelungen sei, die Rechtsberatung für Arbeiter den „roten Genossen“ aus den Händen zu nehmen. Die kommunalen Rechtsberatungsstellen würden nicht von Arbeitern, sondern von dem Mittelstande benützt, um Auskunfts- über Zivilprozesse zu erhalten! Dafür sei aber der Fonds nicht bestimmt. Deshalb müsse Vorsicht walten, bei Unterfertigung. Das Zentrum hält dies nicht für richtig; es seien besonders landliche Arbeiter, die dadurch von den Arbeitersekretariaten der Sozialdemokratie abgehalten würden. Von einem konservativen Mitgliede des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie wurde noch hervorgehoben, daß der Reichsverband in „legendreicher Weise“ mit seinen Rechtsberatungsstellen wirke! Eine Subvention dieser völlig bedeutungslosen, kein Vertrauen geniehenden Institute durch das Handelsministerium wurde nicht in Vorschlag gebracht. Hat ja der Reichsverband genügend finanzielle Unterstützung aus dem Geheimfonds für politische Zwecke aus dem Ministerium des Innern.

Nach weiteren Erörterungen über Unterstützung der Handwerkskammern, Meisterkurse und Ueingerwerbliche Genossenschaften wurde nach Ueberweisung der Petition des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise an die Regierung als Material, der Etat unverändert genehmigt.

Soziales.

Keine Arbeitslosenversicherung in Bayern.

Seit anderthalb Jahren befaßt sich die bayerische Staatsregierung auf energisches Betreiben der sozialdemokratischen Vertreter mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung. Nachdem das Ministerium des Innern verschiedene Konferenzen von Vertretern der Behörden, Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zur Besprechung der Frage einberufen hatte, stellte sich die Regierung schließlich auf den Standpunkt, daß es Sache der Gemeinden sei, die Arbeitslosenversicherung einzurichten, und daß der Staat zu den Ausgaben bestimmte Zuschüsse leisten solle. Im Herbst v. J. wurde nun von den sozialdemokratischen Abgeordneten der Antrag gestellt, es sei in den Etat für 1910/11 die Summe von 150 000 M. einzusetzen, aus der jene Gemeinden, die Arbeitslosen Geldunterstützungen gewähren, Zuschüsse erhalten sollen. Die Zuschüsse sollen in der Regel 50 Proz. der von den Gemeinden an Arbeitslose verausgabten Beträge nicht übersteigen. Dieser Antrag wurde von dem Landtag dem Arbeiterfürsorgeausschuss überwiesen, der sich erst jetzt damit befaßte. Das Ergebnis der Beratung ist, daß die Arbeitslosenversicherung wieder auf dem toten Punkt angelangt ist. Sie ist durch die Zentrumsparthei zu Fall gebracht worden, deren Vertreter erklärten, daß lediglich die Gemeinden hier einzutreten hätten. Die staatliche Arbeitslosenversicherung ist für die Zentrumsparthei selbst in der vorgeschlagenen, gewiß sehr bescheidenen Form mit Rücksicht auf die Landwirtschaft unannehmbar, weil sie angeblich die Landflucht befördert! Ein Zentrumsredner brachte es sogar fertig, den Schmeinemangel auf die Arbeitslosenfürsorge zurückzuführen. So wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, dafür ein bauerntümblerischer Antrag angenommen, der nichts kostet und nahegelegt werden, ihre Arbeiten auf solche Zeiten zu verschieben, in denen das Arbeitsangebot sich zu verringern pflegt. Das ist alles, was das Zentrum für die Arbeitslosen tun will. Für sie hat das Zentrum, das fortgesetzt nach Staatshilfe für die Landwirtschaft schreit und schon Millionen für diese bewilligt hat, nicht einmal 150 000 M. übrig. Damit ist die Arbeitslosenversicherung vorläufig in Bayern überhaupt abgetan, denn auch die Gemeinden werden nichts tun; alle größeren Städte, die sich bisher mit der Frage befaßten, haben erklärt, daß sie sich nur beteiligen werden, wenn der Staat vorangeht.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis Frankfurter Viertel, Bezirk 106. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Artur Both am 12. d. Mts. im Alter von 28 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs der Marien-Gemeinde, Wilhelmshagen, aus statt. Um rege Beteiligung eruchtet Der Vorstand.

3g. findert. Ehepaar sucht möbl. Zim. zum 1. März. Genau Offert. in Preis. Ad. Claus, Hamburg, Schröderstr. 10b. 295/3

Pianino, vorzügliches, tadellos erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Franz-Johannstr. 15 L. geradzgt.

Hygienische Bedarfsartikel. Neues Katalog. M. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. g. H. Ungar, Gummiwarenfabrik, Berlin NW. Friedrichsstr. 91/9

Blumen- u. Kranzbinderei Aug. Krause, Wiener Straße 7, (Telef. Betriebsstränge usw. billigt.)

Einsegnungs-Geschenke

in größter Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Königstr. 46
Ecke Hoher Steinweg
u. Leipziger Str. 35

Belmonte & Co.

Juweliere, Gold- und Silberschmiede, Ateliers für Juwelenschmuck und Kunstarbeiten.
Gold- und Silber-Walz- und Prägewerk. — Export nach allen Ländern.
Vertragsfirma von vielen Beamten-Verbänden mit über 200 000 Mitgliedern.

Leipziger Str. 35
Ecke Charlottenstraße
und Königstraße 46.

Leipziger Straße 35.

Leipziger Straße 35.

Leipziger Straße 35.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 12. Februar 1910.

Paß an der Börse. — Antitrustgesetz-Abschwächung. — Ungünstigere Marktberichte. — Gefährdung des wirtschaftlichen Friedens. — Stahlverfab. — Rohereiserzeugung. — Inlandsversorgung.

Das immer noch Unstimmigkeiten vorhanden sind, die eine ruhige und stetige Aufwärtsentwicklung hemmen, haben jetzt Vorgänge an der New-Yorker Börse recht deutlich dargelegt. Am Montag erlebte die Effektenbörse eine regelrechte Panik. Die Kurse gaben sprunghaft nach. Die Common Shares des Stahltrusts sanken auf 75 Proz. Seit den bösen Tagen im Herbst 1907 hatte die Börse solche Terzette, wie am letzten Montag, nicht zu verzeichnen. Und die Finanzgrößen machten nicht den geringsten Versuch, durch Interventionen einzugreifen, den Kursrückgang aufzuhalten. Ueber die inneren Gründe der Angstverkäufe und des Verhaltens der Banken sieht man jetzt noch nicht klar. Angeblich soll ein neues Trustgesetz den Stein ins Rollen gebracht haben.

Die Bankiers haben sich angeblich darum der Paß gegenüber vollständig passiv verhalten, um der Regierung einen kleinen Ansehensunterricht über das Verderbliche ihrer Trustbekämpfung zu erteilen. Als ob die Herrschaften die Antitrustgesetzgebung ernst nehmen. Was bisher von dem zu erwartenden Gesetz bekannt geworden, spricht dafür, daß fast nur nach der Form für ein Scheingesez zur Begrenzung der Trustmacht sucht. Eine offizielle Meldung aus Washington lautet:

Die bereits angekündigte Administrationsbill, die für den ganzen Bund gültige Korporationsverleihung (Federal incorporation) an industrielle Unternehmung vorsteht, die an dem zwischenstaatlichen oder auswärtigen Handel beteiligt sind, wurde heute in beiden Häusern eingebracht. Die Vorlage bestimmt, daß solche Unternehmungen nur der Besteuerung durch den Bund unterliegen. Ihre Geschäfte werden unter der Aufsicht eines Kommissars für die Korporationen geführt werden. Dieser Kommissar wird einschließlich der Berechtigung zur Ernennung eines Zwangsverwalters für jede insolvente Korporation im wesentlichen eben dieselben Befugnisse besitzen, wie sie gegenwärtig durch den Kontrollor für die Umlaufmittel gegenüber den nationalen Banken ausgeübt werden. Obwohl so organisierte Konzerne dem bestehenden Antitrustgesetz unterworfen zu sein pflegen, glaubt man, daß die durch die neue Vorlage eingeführte, für den ganzen Bund gültige Inkorporierung vielen Gesellschaften, die nach der Auslegung des Antitrustgesetzes durch die Regierung verurteilt werden können, ermöglicht wird, ihre Geschäfte in einer den Gesetzen entsprechenden Weise zu führen.

So unklar die Meldung im allgemeinen auch ist, soviel kann man ihr entnehmen: die Administrationsbill will die gesetzliche Grundlage schaffen für die geschäftliche Fortführung solcher Unternehmungen, die nach dem Antitrustgesetz als ungesetzlich erklärt werden könnten. Danach wäre eine Haufe aus diesem Anlaß verständlicher als eine Deroute. Vielleicht war der Hochfinanz die Paß willkommen, weil die Spekulation das Kursniveau über einen in den Arbeitsverhältnissen begründeten Sach hinausgehoben hatte.

In der letzten Zeit waren unter den Marktberichten von drüben schon manche, die die bisherige Hochkonjunkturstimung nicht rechtfertigten. So meldete die „Frankfurter Zeitung“ unterm 9. Februar, am amerikanischen Holzmarkt zeige sich eine ausgesprochene Schwäche. Der Preis pro Tonne Nots sei von 8 Dollar im Oktober vorigen Jahres auf 2 Dollar zurückgeworfen, die Produktion um 20 Proz. eingeschränkt worden. Auch vom Eisenmarkt lauten die Berichte weniger zurecht als bisher. Zwar erhobte sich die

Börse von dem Schrecken bald wieder etwas, aber die frühere Zuversicht hat sich nicht wieder eingestellt, die Tendenz bleibt schwach.

Naturngemäß zog die Paß in Amerika auch die hiesige Börse in Mitleidenschaft. Und selbst die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts konnte die erschütterte Festigkeit nicht völlig wieder herstellen. Man kann auch hier der Einsicht nicht sich verschließen, daß die Kursentwertung in den tatsächlichen Verhältnissen in der Industrie keine Berechtigung finde. Der Lebensschwung fähiger Hoffnungen und Erwartungen erlebt nun wieder Enttäuschungen. In einzelnen Industrien haben sich die Ausfichten auf entschiedene Wendung zum Besseren wieder verschlechtert. Zudem drohen erhebliche Störungen des Wirtschaftslebens aus Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern, die aus den schwebenden Tarifverhandlungen herauswachsen. Und in die ohnehin schon gereizte Stimmung schleudert die Regierung nun noch die Provokation einer Kriegserklärung an die Arbeiterklasse. Denn etwas anderes ist die Wahlrechts-Vorlage im Abgeordnetenhaus nicht. Das trägt sicher nicht zur Erhaltung des Friedenszustandes bei; die Volksverhöhnung läßt gar leicht im Aufsprall der widerstrebenden Interessen zur Waffe des Streiks greifen, wo ohne die Erbitterung und Empörung über das Genarmen-, Polizisten- und Militärarmärzlerwahrrecht vielleicht eine Verständigung möglich gewesen wäre.

Die letzten Versandziffern des Stahlwerksverbandes entsprechen nicht den Erwartungen, die man nach den günstig lautenden Berichten aus der Eisenindustrie hegen durfte. Der Versand im Januar 1910 ist nämlich hinter dem des Dezember 1909 und auch hinter dem im Januar des Vorjahres zurückgeblieben. Es ergeben sich nämlich folgende Ziffern:

	Januar-Versand			
	1907	1908	1909	1910
	in Tonnen			
Halbzeug	154 815	101 460	118 745	133 600
Eisenbahnmateriale	188 888	214 557	159 286	134 290
Formeisen	146 870	67 089	131 180	110 427
Produkte zusammen	489 571	383 056	409 191	378 326

Bemerkenswertweise entfällt der Rückgang ausschließlich auf Eisenbahnmateriale und Formeisen. In Halbzeug konnten die Ziffern der beiden Vorjahre sogar noch ziemlich erheblich überschritten werden. Eine Verbesserung der Marktlage für Schienen ist auch vorläufig kaum zu erwarten. Der Inlandsabsatz ist geringer und auf dem Außenmarkt ist den deutschen Werken von der Konkurrenz Terrain abgenommen worden. Der Rückgang des Formeisenverbandes läßt auch ein Nachlassen des Bedarfs an Baueisen schließen. Es liegt auf der Hand, daß die Eisenindustrie durch einen Kampf im Baugewerbe, den das Unternehmertum leichtfertig in gefährdender Nähe rückt, sehr stark in Mitleidenschaft gezogen würde. Dem Stahlwerksverband geniert das anscheinend gar nicht. Er bleibt ganz unbelümmert bei seiner bekannten Schönfärberei. Angeblich erklärt sich die minimale Versandmenge im Januar aus einer starken Anspannung des Verbandes in den letzten Wochen des Dezember 1909. Solche Erklärung könnte man gelten lassen, wenn die Leistungsfähigkeit der Werke bis zur Höchstgrenze angepannt gewesen wäre. Das trifft aber nicht zu; die Produktionsmöglichkeiten der Betriebe gehen über die im Dezember 1909 und Januar 1910 erzielten Versandmengen erheblich hinaus. Das läßt sich zahlenmäßig leicht nachweisen. Es betrug nämlich der Gesamtversand an Produkten A. in den beiden Monaten Dezember und Januar:

	1905/06	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10
	Tonnen				
	937 260	938 590	742 570	767 682	787 840

Das letzte Ergebnis bleibt weit hinter dem in früheren Jahren erzielten zurück. Die Leistungsfähigkeit der Werke hat in den letzten Jahren zudem noch eine erhebliche Steigerung erfahren. Die vom Stahlwerksverband angeführte Erklärung für den Versandrückgang kann daher als einwandfrei nicht passieren. Hoffentlich entspricht die weitere Behauptung, es werde jetzt wieder Stoff abgerufen und geliefert, den tatsächlichen Verhältnissen. Sie kollidiert allerdings etwa mit dem letzten Bericht des „Gladauf“ vom Ruhrkohlenmarkt. Danach ist in dem Abruf von Brennmaterialien, der sich im Dezember 1909 ziemlich lebhaft gehalten, nachher wieder eine Abschwächung eingetreten, an der auch die Eisenindustrie beteiligt sein soll. Vereinzelt legen die Zeichen sogar Feierschichten ein.

Die Hochofen haben im Januar die Erzeugung des Vormonats etwas überholt. Während im Dezember 1909: 1 134 024 Tonnen Roheisen ausgeföhren wurden, stellt sich die Produktion für den Januar 1910 auf 1 177 574 Tonnen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß ziemlich beträchtliche Mengen Roheisen an das Ausland abgegeben wurden. Schon im Dezember 1909 sind die Ausfuhr an Roheisen auf 588 608 Tonnen, von 247 709 Tonnen im Jahre vorher, und gleichzeitig ging die Einfuhr von 147 755 Tonnen auf 81 024 Tonnen zurück. Und im Januar dieses Jahres wurden 537 523 Tonnen exportiert gegen 181 000 Tonnen im Parallelmonat des Vorjahres. Dazu ist ein Rückgang der Einfuhr von 127 035 Tonnen auf 79 607 Tonnen zu verzeichnen. Trotz Erzeugungsteigerung ist die Inlandsversorgung geringer geworden. Daraus soll nicht geschlossen werden, daß die Aufwärtsbewegung schon wieder zu Ende sein muß, aber es dürfte doch angezeigt sein, sich auf eine nur langsame Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse einzurichten.

Wirtschaftlicher Marktbericht der Königlich Preussischen Handels-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktlagen. Marktlage: Fleisch: Futur schwach, Geschäft still, Preise unverändert. **Wolle:** Futur knapp, Geschäft regt, Preise hoch. **Getreide:** Futur genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise befristend. **Rohwolle:** Futur in Aufschwung, Geschäft ruhig, Preise im allgemeinen hoch. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Süßfrüchte:** Futur genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am	
	11. 2	10. 2	10. 2	9. 2
Remel, Mühl	471 ¹⁾	+22		
Bregel, Jüterburg	109 ¹⁾	+8	Saale, Großh.	235
Beichel, Thern	134 ¹⁾	+8	Qabel, Spandau ²⁾	124
Ober, Ratibor	206	-38	Katzenow ³⁾	182
Strossen	161	+3	Spree, Spremberg ⁴⁾	110
Frankfurt	175	+4	Beeslow	168
Bartze, Schimm	141	-13	Böber, Rindon	153
Landberg	97	-7	Havel, Marienhausen	702
Rege, Vordamm	64	-5	„ „ „	488
Eide, Reimert	126	+38	„ „ „	655
Dresden	-7	-82	Reder, Heilbronn	205
Barbo	221	-30	Hain, Wertheim	354
Ragdeburg	108	+18	Wolfe, Trier	305

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. — ²⁾ Unterseeel. — ³⁾ Hochland. — ⁴⁾ Schwaches Grundwasser. — ⁵⁾ Schwaches Eistreiben.

Unser bekannter, alljährlich nur einmal stattfindender

Inventur-Verkauf

bietet diesmal eine ganz besonders **Günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen**

Dieser Räumungsverkauf umfasst ausser den bei der Inventur zum grossen Teil im Preise ganz bedeutend herabgesetzten Warenbeständen auch noch weitere vorteilhafte Gelegenheitsposten.

- Für Brautausstattungen!**
- Hemden- u. Louisiana-Tuch 516x6 von 20 Meter . . . 5.90
 - Fertige Bettbezüge Deckbett und 2 Kopfkissen . . . 3.35
 - Weisse Bettlaken ohne Naht, fertig gestickt . . . 95 Pf.
 - Fertige Bettinletts rosarot gestrichelt 2.95
 - Bettendamast in ganzer Bettbreite Meter 90 Pf.
 - Drellservietten gestickt 1/2 Dtz. 1.10
 - Kräftege Drell-Tischtücher 516x6 85 Pf.
 - Gerstenkornhandtücher circa 50 cm breit 1/2 Dtz. 1.25
 - Damast-Stubenhandtücher 1/2 Dtz. 2.25
 - Damen-Reformschürzen reich garniert 1.20

- Grosse Posten angestaubte Wäsche**
- und einzelne Exemplare Damen- und Herren-Hemden, Nachjacken, Bekleidungs-Unterröcke, Kinderwäsche etc. etc. etc. bedeutend unter Preis! 200

- Zum Selbstaussuchen!**
- Oberhemd-Blusen auf halbherstem Tonis-fabrik in moderner Ansführung durchschnitlich . . . 98 Pf.
 - ReinwolleneBaiblusen hochmodern verarbeitet mit Tüllensatz, ganz auf Futter 2.65 M.
 - Jacken-Kostüme aus Stoffen engl. Art, früher 18.00—24.00, jetzt durchschn. 9.75 M.
 - Tüll-Blusen in hocheleganter Ansführung, mit moderner Spachtelpassage, jetzt durchschnitlich 2.95 M.
 - Reinseiden-Hemdblusen, ganz geföhrt, zum Durchschneidn, mit vielen Falten garniert 5.75 M.
 - Kostümröcke aus Faltenfasern und Sportrock, aus Stoffen englischer Art, modern verarbeitet 1.95 M.
 - Glaacé-Handschuhe für Damen und Herren, in schwarz, weiss und farbig, jetzt durchschnittlich 95 Pf.

- Schwarze und farbige Seldenstoffe.**
- Reinseid. Louisines, Mervolleux, Tatio jetzt Mtr. 85 Pf.
 - Reinseidene Damassés schwarz u. farbig jetzt Mtr. 1.20 M.
 - Reinseid. gestreifte Taffe u. Louisines (hell- u. dunkel-farbig) Mtr. 95 Pf.

- Ball- und Gesellschaftsstoffe**
- 1 Partis Ballstoffe, crema, rosa, hellblau jetzt Mtr. 35 Pf.
 - Reinwollene Ball-Kachemirs, doppeltbreit jetzt Mtr. 85 Pf.
 - Seidenglanzende Jacquard-Stoffe, doppeltbreit, jetzt Mtr. 50 Pf.
 - Reinwollene Velle-Stoffe, altenein, 110 cm breit, jetzt Mtr. 75 Pf.
 - Reinwollene Cheviots, nur crema, doppeltbreit, jetzt Mtr. 80 Pf.
 - Crema-Alpaka, doppeltbreit, glänzende Qualität, jetzt Mtr. 68 Pf.
 - Reinwollene Satintuche, altenein, 110 cm breit, Mtr. 1.25 M.

- Grosse Posten Waschstoffe** zur vollständigen Räumung.
- Wasch-Mousseline, Percates, Zephrs etc. jetzt Mtr. 25 Pf.
 - Weisse Waschstoffe elegante Muster jetzt Mtr. 30 Pf.

- Reinwollene Musseline** neueste Punkt- u. Fantasie-Muster auf hellen und dunklen Fond, früherer Preis bis 90 Pf. jetzt Mtr. 45 Pf.

- Kurzwaren**
- Nähnadeln, Brief 25 Stck. . . 1 Pf.
 - Fingerhüte, Aluminium, Stck. 1 Pf.
 - Silberknöpfe 3 Stck. 1 Pf.
 - Stücknadeln ca. 220 Stck. 4 Pf.
 - Lockenhaarnadeln, 15 Paar 5 Pf.
 - Silberknöpfe, schw., 12 Stck. 10 Pf.
 - Battankel, Garnitur 5 Pf.
 - Fischbeinsangen, schwarz, 12 Pf.
 - sofortige Langen 12 Pf.
 - Rosfora Körperwand, 34 Stck. 4 Pf.
 - Waschknöpfe, pr. Lein, 10 Hn. 3 Pf.
 - Untergera, Ackermann & 17 Pf.
 - Kronen Rolle 17 Pf.
 - Druckknöpfe, gute Qual., Dtz. 5 Pf.
 - Kreuzspulgarn, große Rolle 14 Pf.
 - Nähseide, alle Farb., beste Qual., 4-Gramm-Rolle 14 Pf.
- Weisswaren**
- Passantenreis-Besätze Mtr. 1 Pf.
 - Valenciennes-Spitzen, 4-5cm 12 Pf.
 - breit Mtr. 12 Pf.
 - Valenciennes-Einsätze Mtr. 9 Pf.
 - Spachtel-Galons, in Qual. 25 Pf.
 - 4-5 cm breit Mtr.
 - Seidene Damen-Schleier, 1 1/2 m lang, 3 Stück 75 Pf.
 - Spachtel-Stoffe, Blusen, Mtr. 75 Pf.
 - Tüll-Stoffe für Blusen, Mtr. 64 Pf.
 - Filet-Glüh-Tülle, 45cm br. für Blusen Mtr. 65 Pf.
 - Wasch-Tüll, 100 cm breit, kleine Tupfen Mtr. 95 Pf.
 - Tarlatan, 50 cm breit, Mtr. 12 Pf.
 - Seid.Chantilly-Stoffe, 100 cm breit, schw. u. weiss, Mtr. 1.48

- Schwarze und farbige Kleiderstoffe.**
- Reinwollene Cheviots schw. u. farb., doppeltbreit Mtr. 60 Pf.
 - Reinwollene Satin-Tuche doppeltbreit Mtr. 85 Pf.
 - Reinwollene Batiste 110 cm breit Mtr. 65 Pf.
 - Einfarbige Stoffe, Restbestände, doppeltbreit Mtr. 50 Pf.
 - Reinwollene Frühjahrs-Stoffe doppeltbreit Mtr. 65 Pf.
 - Alpaka-Stoffe hell und dunkel, doppeltbreit jetzt Mtr. 60 Pf.
 - Reinwollene Tennis-Stoffe doppeltbr. jetzt Mtr. 75 Pf.
 - Zurückgesetzte karierte Stoffe jetzt Mtr. 20 Pf.
 - Alpakas, Grenadines, doppeltbreit Mtr. 70 Pf.

- Reinwollene Blumenflanelle** jetzt Meter 60 Pf. Neue, aparte Streifen

- Zum Selbstaussuchen.**
- Grosse Sortimente Alpaka-Roben** und einfarbige Reinwollene Roben jede 3.25 M. in hellen, Mittel- und dunklen Farben, elegante glanzreiche Qualitäten enthaltend 6 Mtr. doppeltbreiten Stoff

- Grosse Sortimente zurückges. Roben** in hellen, Mittel- und dunklen Farben enthaltend 6 Mtr. Robe 2.25 M. Keine Warpstoffe doppeltbreit. Stoff

- Grosse Posten Blusen-Abschnitte** in sparten hellen und dunklen Streifen, hervorragend schöne Muster, jeder Coupon enthält 3 Mtr. doppeltbreiten Stoff jede Bluse 75 Pf.

Kaufhaus Singer & Co., Chausseestr. 61-62.

Zur gef. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt.

Zur gef. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt.

Zur gef. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Sonntag, den 13. Februar,
 nachmittags 3 Uhr:
Freie Volkstheater. Neues Schauspielhaus. 8. Abtheilung a, b, c, d, e, f: Trauung.
 Neben-Theater: 1. Abtheilung b, c; 2. Abtheilung a, b: Musik.
Montag, den 14. Februar, 8 Uhr:
 16. (III.) Abtheilung im neuen Schauspielhaus: Der große Tod.
Neue Freie Volkstheater. Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Deutschen Theater: Kabale und Liebe.
 Kammertheater: Major Barbara. Nachm. 3 Uhr.
 Berliner Theater: Dr. Eisenhart.
 Schiller-Theater: Revolutionsschickel.
 Schiller-Theater O.: Der Herr Ministerialdirektor.
 Der Meinelbauer.
 Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus: Othello.
 Neues Theater: Wälder.
 Neues Operetten-Theater: Der Himmelskinder.
 Metropol-Theater: Die Kreuzschreiber.
 Kleines Theater: Moral.

Lessing-Theater.
 Sonntag, 3 Uhr: Nora. 8 Uhr: Das Konzert.
 Montag, 8 Uhr: Das Konzert.
 Dienstag, 8 Uhr: Zauris der Herr.
Berliner Theater.
 Heute: Pension Schäfer. 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Doktor Eisenhart.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der Philosoph von Sanssouci.
 Morgen und folgende Tage:
 Der Philosoph von Sanssouci.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
 Die geschiedene Frau.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der liebe Bauer.
Neues Operetten-Theater.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die erlösbaren Seelen: Der Zigeunerbaron.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
 Der Graf von Luxemburg.

Volks-Oper.
 SW. Ecke Müller-Str. Nr. 7/8.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Die bedeutendsten Opern.
 Abends 8 Uhr: Schöp. Sem. Fischer.
Die lustigen Weiber v. Windsor.

Residenz-Theater
 Direction: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
 Schwan in 3 Akten von Herwegh und Weber.
 Morgen und folgende Tage:
 Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
 Letzte Sonntag-Ansicht:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
 Großes Ausschauungsspiel in 14 Akten von A. Emery u. Jules Verne.
 Abends 8 Uhr:
Der Hochzeitstag.
 Poëse in 4 Akten von Voltaire und Königsdramm-Schütz.
 Montag: Die Rivalen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Sonntag, den 13. Februar, 3 Uhr:
Othello.
 Abends 8 Uhr:
 Die Jungfrau von Orléans.
 Montag: Othello. Dienstag: Die Jungfrau von Orléans.

Lustspielhaus.
 Nachm. 3 Uhr: Die blaue Wand.
 Abends 8 Uhr:
 Der dunkle Punkt.

ROSE-THEATER
 Große Trauerstr. 182.
 Nachm. 3 Uhr: Die blaue Wand.
 Faust.
 Trauung von Goethe 1. Teil.
 Abends 8 Uhr: Deborah.
 Volksspiel in 4 Akten v. Rosenfeld.
 Montag 1. Teil: Der Eisenbahnarbeiter.

Folies Caprice
Der Luftturner.
 Neuer buntes Teil.
 Herr Wasserkopf.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.

Casino-Theater
 Volkmannstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Aur noch bis 25. Februar:
Der Obergänger.
 Sonnabend, den 13. Februar:
 Zum 1. Male: Berlin bei Nacht.
 Sonnt. 4 Uhr: Mutter Gräber.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Sonntag und Montag 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.

Passage-Panoptikum
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
 Heute Sonntag zwei Vorstellungen.
 Nachm. 3-7 Uhr kleine Preise.
 Abends 8 Uhr.
Gussy Holl
Lamborg
Schneider Duncker
 (prolongiert)
 und das neue
Februar-Programm.
 14 Varietè-Attraktionen.

Metropol-Theater
 Heute nachmittags 3 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
 Abends 8 Uhr:
Hallo!!!
Die große Revue!
 Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater
 2 große Vorstellungen 2.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Grosse Preise.
 Operette u. die großen Spezialitäten.
 Abends 8 Uhr: Die neuen Februar-Spezialitäten. 8 1/2 Uhr: Galtspiel.
Konrad Dreher
 als Regard Führer.
Der Liebeswalzer. Operette in 3 Akten. Musik von G. R. Fischer.

WINTERGARTEN
 Das drollige
Faschings-Programm
 ein
großer Erfolg!
 Heute:
2 Vorstellungen 2
 nachmittags 3 1/2 Uhr (kleine Preise)
 und abends 8 Uhr.
Robert Steidl!
Der Vampir-Tanz!
 sowie die Februar-Attraktionen!

Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 6083.
 Zum 5. Male:
Eine Uebergangs-Ehe.
 Zum 104. Male:
So muß man's machen
 mit Anton und Dana Herrfeld.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
 Heute nachm. 4 Uhr bei halben Preisen:
Meine-Deine Tochter.

Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
 Der Nachwächter von Zerpentische. v. F. Meyzel.
 Anfang: 8 Uhr.
 Sonntag: 7 Uhr.
 Billets sind 8 Tage vorher.

Volgt-Theater
 Schulstr. 58.
 Sonntag, den 13. Februar, 8 Uhr:
Der Götterbescher.
 Abends 7 Uhr:
 Die Regimentstochter.
 Montag, den 14. Februar 1910:
 Ederloch Solmes.
 Aufführung 7, Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
 Lustspiel in 5 Akten v. Alexandre Dumas und Fabrice Carré.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Mis Hobbs.
 Lustspiel in 4 Akten von Jerome K. Jerome. Deutsch von H. Wolter.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Meinelbauer.
 Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meinelbauer.
 Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Angenauer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn
 Großes historisches Mitternachtspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.
 Montag, abends 8 Uhr:
Mis Hobbs.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
 Sonntag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engländer:
Zur Feier des II. Stiftungsfestes:
Heiterer Abend.
 Mitwirkende: Bozena Bradsky, Gesang. Robert Koppel, Gesang und Rezitation. James Rothstein, Klavierbegleitung.
Nachdem: Tanz.
 Billets à 50 Pf. sind zu haben bei Frau Jordan, Albeder Straße 43, Frau Klotzsch, Pfleider 1, Frau Kähler, Schreinerstr. 58, Frau Kulleke, Brügelstr. 102, Frau Panoram, Pappelallee 76, Frau Zechas, Vorhagenstr. 38, und am Vereinsabend.
 Kinder unter 14 Jahren haben keinen Eintritt.
 Am Donnerstag, den 17. Februar, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72:
Versammlung.
 Vortrag des Richters Herrn M. Steiner. Thema: „Die wichtigsten Merkmale der historischen Stilarten.“
 Zahlreicher Besuch dieser Veranstaltungen erwünscht. — Gaffe herzlich willkommen. [55/4*]

Castan's Panoptikum
 Friedrichstr. 165, Pachorrrpal.
 Heute Großes Matinee-Konzert der Original-Narrenkapelle „Stümper“.
 Sonntag: Neu! Ali Ben Mohamed, orientalischer Gaukler. Mr. Widowski, Schwert- und Bajonett-Künstler. Heitere Vorträge. Vollständig neues Programm.

Trianon-Theater.
 Heute und folgende Tage, 8 Uhr:
Theodore & Cie.
 Sonntag nachm.: Pariser Witwen.
Blüchner - B. O. Saal
 Sonntag, den 13. Februar, 7 1/2 Uhr:
Konzert des Blüchner-Orchesters.
 Solisten: Severin, Borrens. Karten bei Bote & Beck, Wertheim etc. Orchester-Direktor Litzowstraße 78, Tages- und Abendkasse.
Sanssouci, Straße 6.
 Direction: Wilhelm Reimer.
 Heute, Sonntag:
 Neues Programm.
Elite-Soiree Französisch v. Hoffmanns Nordd. Säng. Zum erstenmal:
Kamerad Schruppe
 Gasse in 1 Akt.
 Beg. Sonnt. 6. modern. 8 1/2 Uhr.
 Morgen Sonnt. 8 1/2 Uhr.
 Hoffm. Nordd. Säng. Tanz.
 Wittm.: Theaterab. Müller und Sohn.

Volks-Theater.
 Rixdorf, Hermannstraße 20.
 Sonntag, den 13. Februar, Anf. 7 Uhr:
Die Bluthochzeit zu Paris.
 Dram. Gemälde in 5 Akten von Adam Sedlmayr.
 Montag, den 14. Februar, Anf. 8 Uhr:
 Schluß.
 Schausp. in 4 Akten v. Gier u. Herberich.

ORPHEUM
 50 BRÜGELSTR. 2
 an der Jaunowbrücke.
 Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinste Ausstattung
 Beginn:
 Wochentags 4 Uhr.
 Sonntags 2 „

Arnold Scholz **Neue Welt** **Hasenholde 100/114**
 Täglich im großen Saal:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
 Voranzeige! Dienstag, den 15. Februar 1910:
Prämierung des größten Dickkopfes.
 Preise 50, 30, 20 Mark.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree: Sonntags 50 Pf.
 Wochentags 7 „ Wochentags 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
 Grösste Sehenswürdigkeit Berlins.
 Heute Sonntag: „Auf der Alm.“
Größter Bock-Jubel und Trudel.
 Der berühmte Festwirt **Schorsch Ehrengrubner** mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München. Lustigste des lehrbaren Lustspiel „Juppel IV.“ — Gewitter in den Alpen. Humoristisches Schneetreiben. Die Hiesigen (6 Meter hoch).
 Gratüßungsverlosung von 200 Wertgegenständen. Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
 Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Pracht-Säle des Ostens, Inhaber: G. Crauz,
 Jeden Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung Anf. d. Konz. 5 1/2, Vorst. 6 Uhr. Nach d. Vorst.: Tanzkränzen.
 Im Restaurant: **Humorist. Jubel-Trudel-Bockbierfest**
 Täglich: **Konzert der I. Oberbayr. Schrammel-, Gesang-, Jodler-, und Schuhplattler-Tänzer-Truppe.**
 Anfang wochentags 7 Uhr. Entree frei! Sonntags 4 Uhr. Vorzügl. Küche, Ausschank von Patzenhofer hell, echt Pilsener und Münchener Bürgerbräu. 4295L.

Zirkus Schumann
 Sonntag, den 13. Februar, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr:
 2 große Extra-Vorstellungen 2 Nachmittags 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene 1 Kind frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen halbe Preise außer Galerie.
 In beiden Vorstellungen gleich großes Programm. Nachmittags und Abends 8 1/2 ungestört.
Die drei Rivalen
 Große Fecris aus der Fugge- notenzeit mit der neuesten Schlingapostrophe. — Außerdem: **Bagonhi, der kleinste, komische Reiter der Welt.** **Der Komödientänzer.** **Franklin Fliegende Akrobat.** **Gustav Stensbeck als Gast** mit seinen neuen hervor- ragenden Schülern.

CIRCUS SARRASAN
 Alter Botan. Garten
 Eingang Grunewaldstr.
 Täglich abends 8 Uhr: Gala- vorstellung. — Mittw. u. Sonn- abend, Sonntag und Festtage: 3 Vorstellungen mit durchaus gleichreichhaltig. Programm nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen Kinder unter 14 Jahr. u. Militär b. z. Feldweibel halbe Preise.

Palast-Theater.
 Direction: Robert Dill & Karl Pirna.
 Burgstraße 24, am Bahnhof Söck.
 Heute Sonntag: 2 Vorstell.
 Origin.-Island-Glima-Truppe.
 Isländische Kampfspiele.
 Dazu das hochinteressante
Februar-Programm!
 Anfang 1 1/2 Uhr.
 Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.

Buggenhagen
 am Moritzplatz
7 Uhr.
Internationale Ringkämpfe
 Heute 9 1/2 Uhr:
 Gambler-Frankreich gegen Danen- Dänemark.
 Ula-Ruda gegen Schweizer-Ringen.
Entscheidungskampf!
 Van-Eberfeld geg. Sturm-Charlott.
 Im unteren Saale:
Großes Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.
 Beginn 6 Uhr.
 Morgen Montag 9 1/2 Uhr ringen:
 Sturm-Charlottenburg gegen Tuomiko-Finnland.
 W. Schneider-Lufmalde gegen Van-Eberfeld.
 Tischkampf bis zur Entscheidung:
 Gambler-Frankreich gegen Schweizer- Rängen.

Karl Haverland
 Anfang Theater. früh 8 U.
 77/79 Kommandantenstraße 77/79
Das Neueste vom Neuesten
 bietet das
Februar-Programm.

Berliner Prater-Theater
 Bahnhofsallee 7-9.
 Jed. Sonntag u. Mittwoch
Große Soiree der Apollo-Sänger.
 Sonntag: Anf. 7 Uhr.
 Mittwoch: 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
 Tanzkränzen. Jeden
 Donnerstag Circus-Ball.

Tonbild-Theater
Reform-Kind
 Griech. Römisch Ring- kampf
 Weltberühmte Kämpfe — Ber- führung der besten Geistes- lind b. andere phänom. Progr. laufend 5. 14. Febr. 3. 11. 20. 21. 28. 10 Pf. ohn. Nachzahlung.
 Donnerstag, den 11. 11. 11.

Zirkus Busch
 Heute Sonntag, den 13. Februar 1910
 2 Große Gala-Vorstellungen 2 nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.
 Um 3 1/2 Uhr zahlen Kinder unter zehn Jahren auf allen Sitz- plätzen halbe Preise. (Galerio volle Preise.)
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Farmerleben
 In beiden Vorstellungen:
Curtis Sisters
 In beiden Vorstellungen:
Mc. Danell Co.,
 Skandinavischer Sport-Akt. Ski, Rodol und Rollschnee.
 In beiden Vorstellungen:
Mr. Jacob, Oressur.
 Vorführen und Reiten der best dressierten Schul-, Frei- heits- und Springpferde. Sämtliche Clowns mit den neuesten Witzen und Späßen.
 Abends 7 1/2 Uhr:
„Marja“.
 Die russische Sensations-Pantom. Außerdem: **Therese Filits.**

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 13. Februar 1910:
 Novität!
Einjährig- Unfreiwillig.
 Schwan in 3 Akten v. G. Laberny.

Walhalla- Varietè-Theater
 Weinbergweg 10-20, Rosenthaler Tor.
 Heute Sonntag: 2 Vorstell.
 Nachm. 3 1/2 Uhr (jeder Besucher ein Kind 1/2 u.) abends 8 Uhr.
 In beiden Vorstellungen die gefam. **Glanz-Spezialitäten.**
 Tunnel: **Bockbierfest.**
 Regimentskapelle. Schiller- theaterbesucher freier Eintritt!

W. Noacks Theater
 Gommestra. 16, am Rosenthaler Tor.
 Nachmittags 3 Uhr:
Straßenbahnfahrer Krause.
 Abends **Die Anna-Gse.**
 Nach der Vorst.: **Tanzkränzen.**
 Montag: Das große Kumb.

Königstadt-Kasino.
 Holmannstraße 72.
 Täglich: **Franz Sobanski.**
 Reiz: **Kitty West,** **Soubrette.** **The Watson,** **Kombi- nations-Mit.** **4 Fernandes,** **Equi- libristischer Akt.** **Mstr. Fred,** **Stuhl- Balance.** **Prologist:** **Stiller,** **Hilfer,** **Geläch.** **Turl. uho.**
 Sein Schwiogeralter in spa.
 Nach der Vorstellung: **Wittmoß,** **Sonnab.** **Sonnt.: Tanzkränzen.**
 Anf. 4 Uhr. Sonntags 6 1/2, 11.

Markgrafen-Säle
 34. Markgrafen-Damm 34.
 An der Straauer Ufer.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
 Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung. Vorzügliche Küche, ff. Bier u. Weine, Billard u. Rezipitaln.

Germania-Prachtsäle
 N. Chausseestr. 110. Karl Richter.
 Heute Sonntag:
Paul Mantheys
lustige Sänger.
 Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 Nachdem: Familien-Kränzen.
 Im weißen Saale von 5 Uhr ab:
Großer Ball.

Burgtheater-Kinematograph
 vorm. Grotzerstr. 10. Anf. 8 Uhr.
 Schönerer Platz 129. Tel. 3. 935.
Die lebende Photographie.
 Billige Preise.
 Dornheime neugebaute **Fest-Säle** für Hochzeiten und andere Festlich- keiten mit Empfangsschmuck. — Bitte meine Räume zu besichtigen. Remi- vorschläge in jeder Freilage z. Verfü.

Alhambra
 Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden Großer Ball
 Sonntag: **Großer Ball**
 Großes Orchester. Anfang Sonntags 6 Uhr.
A. Zamiat.
 Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal)

Sonnabend, den 19. Februar:

Gr. Wiener Masken-Ball

arrangiert von den

Gold- und Silberarbeitern.

Große Ueberraschungen! Die Ballmusik wird von einer starken Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Kascheek ausgeführt.

Während der Kaffeepause: **Humoristische Vorträge** des beliebtesten **Ull-Trio.**

Anfang 9 Uhr. Billetts à 60 Pf. sind bei Weder, Pringelstr. 81, Postkamp, Hüttenstr. 20, Pohle, Skalitzer Str. 10, G. Paul, Rüdersdorfer Str. 64, sowie im Bureau der Christenankasse zu haben. Das Komitee.

Schultheiss-Bier

verdankt sein Renommée seiner hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit.

Achtung!

Einwohner der Rosenthaler Vorstadt.

2 öffentliche Volksversammlungen

am Montag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Humboldtsälen, Süsslenstr. 40.

Tages-Ordnung: 1. Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der Genossenschaftsbewegung? Referent: Redakteur Genosse G. Sabath. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 109/14

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Obigloß Festsälen, Schwedter Straße 23.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für das werktätige Volk. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Stücklen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Vergolder.

Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58-59.

Tages-Ordnung: 1. „Die Frauen im Kampfe ums Dasein.“ Referent: Genossin Frau Hana. 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Die Frauen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Branchenleitung.

Sonntag, den 13. Februar, abends 6 Uhr:

Gr. öffentliche Versammlung

aller in der

Jalousien-Branche

beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen bei Voelker, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung: Unsere nächsten Aufgaben. — Die Grundlagen eines neuen Tarifs. Die Antwort der Arbeitgeber. Referent: Kollege Rosemann.

Da die Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit ist, erwarten wir von unseren Kollegen, deren Frauen und Kolleginnen, wenn sie an den gegenwärtigen Vorkommnissen und der wirtschaftlichen Lage in der Jalousienbranche Interesse haben, einen recht regen Besuch, zumal die gegebenen Verhältnisse die Einarbeitung eines neuen Tarifs ermöglichen. Die Kommission.

Branche der Einseher.

Sonntag, den 13. Februar:

Winter-Vergnügen

bei Voelker, Weberstraße 17.

Billetts à 30 Pf. sind bei den Bezugsstellen zu haben. Um rege Beteiligung ersucht. Die Kommission.

Die Bezugsveranstaltungen der Einseher am 13. Februar langen wegen des Vergnügens pünktlich um 6 Uhr an und werden um 11 Uhr wegen der politischen Versammlungen geschlossen. Die Branchenkommission.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Bericht und Abrechnung vom Geschäftsjahr 1909. 3. Bericht des Vorsitzenden und Kassiers vom Vergnügungskomitee sowie Neuwahl derselben. 4. Neuwahl der Revisoren. 5. Unsere Leitungs- und Sagerhaltung. 6. Verschiedenes. 109/7

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Schmiede.

Am Montag, d. 21. Februar 1910, findet im Lokale von Werchow, Andreadstr. 26, die Wahl der Delegierten für 1910 statt.

1. Abends 7 1/2 Uhr: Wahl von 9 Delegierten seitens der Arbeitgeber. 2. Abends 8 1/2 Uhr: Wahl von 18 Delegierten seitens der Arbeitnehmer. 271/8

Wahlberechtigt und wählbar sind nur die großjährigen Mitglieder. Der Vorstand.

H. d. Bilgim, Vorsitzender.

Gewerbegerichtswahlen in Rixdorf.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal von Hoppe, Hermannstraße 49:

Große Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Die Bedeutung des Gewerbegerichts für die Arbeiter.“ Referent: Arbeitersekretär Genosse Adolf Ritter-Berlin. 2. Diskussion. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gewerkschafts- (Inter-)Kommission Rixdorf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Am Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Hoppe, Hermannstr. 49:

Kombinierte Vertrauensmänner-Versammlung.

Am Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, bei Hoppe: Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: Verbandsangelegenheiten und Wohl von 3 Delegierten zum Montag. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe: Zementierer, Einschalier und Hilfsarbeiter.

Montag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannasch, Julestr. 10.

Gruppe: Kalkpoker und Träger.

Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal I).

Gruppe: Kalkspanner.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Jannasch, Julestr. 10.

Drei große Gruppen-Versammlungen.

Die Tages-Ordnung in allen Versammlungen lautet: 1. Jahresbericht und Neuwahl der Gruppenvorstände. 2. Vorschläge zum Sektionsvorsitzenden. 3. Die bevorstehende Lohnbewegung. 4. Verschiedenes. 109/8

Bitte jedes Kollegen ist es, seine Gruppen-Versammlung zu besuchen und für einen guten Besuch dieser Versammlungen zu agitieren. Der Sektionsvorstand.

Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen für Berlin u. Umg.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Ruhe, Alte Jakobstraße 75:

Zahlstellen-Versammlung.

Tages-Ordnung: Beratung der in der Versammlung am 4. Februar nicht erledigten Geschäftspunkte. 109/3

Wohlwüßiges Erscheinen der Delegierten und Zahlstellenfunktionäre ist Pflicht. Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 13. Februar, abends 6 Uhr, bei Raabe, Kolberger Straße 23:

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Albrecht Fülle über: „Moderne Raubritter.“

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Einberufer: E. Ernst, Böckerstraße 9.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. 225/14

Sechster Wahlkreis

Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Frauen-Versammlung

in Joseph Frankes Festsälen, Badstr. 19.

Tages-Ordnung: Die preußischen Frauen im Wahlrechtskampfe.

Referentin: Frau Luise Zietz. — Freie Diskussion. Der Vorstand. S. H.: Frau Johanna Waldhauer, Wiesenstr. 8.

Anton Boekers Festsäle

Weberstr. 17. (Tel. Amt 7 13414)

Rein kleiner Saal mit Rednerbühnen, 150 Personen fassend, ist Sonnabends und Montags noch zu vergeben. 37373

Anton Boeker, Weberstr. 17.

Die Harnleiden

Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von Dr. med. Schaper, BERLIN - Preis 1 Mark.

1125 Cassens Verlag bei Richter Frankfurt (Oder) Hauptstadt-Cassens

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 13. Februar 1910, abends 7 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Goldmarstr. 72:

Vortrag des Genossen Tarnow über: Andreas Hofer und seine Zeit (zur Erinnerung seines 100jähr. Todestages).

Eintritt 20 Pfennig. 6/8 Garderobe frei. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Bureau: Sebastianstr. 37-38, S. r. II. Tel.: Amt IV. 9757.

Achtung! Kostümschneider u. Schneiderinnen

Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

Oeffentl. Kostümschneider-Versammlung

Tages-Ordnung: Welche Stellung nehmen wir zu dem fünfjähr. Zuschlag am Sonntag ein und warum sind die Lohnbücher noch nicht eingeführt? Referent: Kollege Kunze.

Kollegen und Kolleginnen! Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich. Die Kommission.

Achtung! Bezirk Charlottenburg! Achtung!

Montag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Kollnseeufer 3:

Versammlung

aller in Charlottenburg beschäftigten Kollegen. Tages-Ordnung: Welche Forderungen stellen wir an die Arbeitgeber? Referent: Kollege Kunze. 109/4

Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. Die Kommission.

Achtung! Schiffseigner! Achtung!

Dienstag, den 15. Februar 1910, nachm. 1/2 3 Uhr:

Oeffentliche Schiffer-Versammlung

in „Kellers Konzertsaal“, Köpenicker Straße 96/97, an der Insel- und Alten Jakobstraße. 223/5

Tages-Ordnung: 1. Die wahren und die falschen Freunde der Schiffer. Referent Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn-Berlin. 2. Protest-erhebung gegen die geplanten Schiffsabgaben auf dem natürlichen Wasserstraßen. 3. Freie Aussprache für jedermann. Der Einberufer: Karl Schwobler, Schiffseigner, Silberbrücke 16.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 17. Februar 1910, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelufer Nr. 15.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht pro 1909. 2. Wahl eines Revisors für die Verbandskasse. 3. Wahl von drei Revisoren für die Zahlstelle. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 22/11

NB. Die Jahresberichte sind vom Montag ab im Bureau in Empfang zu nehmen. — Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Kürschner-Verband.

Bureau: Arbeitsnachweis: NO. 43, Barnimstr. 11. Telefon: Amt Nr. 7, 6789.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhaus, Dänienstr. 5:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die neue Reichsversicherungsordnung. Referent: Genosse Koblentz. 2. Diskussion. 3. Der Fall „Kossatz“ und das Verhalten der M. Gärtnerschen Kollegen. 4. Verschiedenes. 109/3

Die M. Gärtnerschen Kollegen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche politische

Volks-Versammlungen

Sonntag, den 13. Februar, 12 Uhr mittags.

Tages-Ordnung:

Die Verhöhnung des Volkes Wahlrechtsreform genannt!

Berlin.

- | | |
|--|---|
| 1. Kreis: Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstr. 35. | 4. Kreis: Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor. |
| 2. Kreis: Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15.
Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112 | 5. Kreis: Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18. |
| 3. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59. | 6. Kreis: Prater-Theater, Kastanien-Allee 7/9.
Borussia-Säle, Ackerstr. 6/7.
Berliner Bockbrauerei, Abt. 2,
Chausseestr. 64.
Ballschmieders Säle, Badstraße 16.
Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
(Zwei Versammlungen.)
Brauerei Pagenhofer, Entmstr. 25/26. |
| 4. Kreis: Kellers Festsäle (Freyer), Koppenstr. 29.
Glysiun, Landsberger Allee 40/41.
Litfins Festsäle, Memeler Straße 67.
Sausjoui, Kottbuser Straße 6. | |

Referenten: Die Genossen **Barth. Borgmann. Block. Dr. Oskar Cohn. Düwell. Rich. Fischer. Theod. Fischer. Grunwald. Heine. Paul Hirsch. Koblenzer. Ledebour. Leid. Pfannkuch. Sassenbach. Rob. Schmidt. Stücklen. Dr. Weyl.**

Teltow-Beeskow.

- | | |
|---|--|
| Adlershof. Faul, Bismarckstraße 16. | Rixdorf. Hoppe, Hermannstr. 48/49.
Felsch, Kneſebeckstr. 48/49.
Karlsarten, Karlsartenstraße. |
| Charlottenburg. Zwei Versammlungen im Volkshaus,
Rosinenstraße 3. | Schöneberg. Schloßbrauerei, Hauptstraße 122. |
| Köpenick. Stadttheater, Friedrichstraße. | Trebbin. „Gesellschaftshaus“, Bahnhofstraße 1. |
| Groß-Lichterfelde. Kaiserhof am Kranoldplatz. | Treptow. Restaurant Zur Rennbahn, Treptower Chaussee 45. |
| Königswusterhausen. Wedhorn, Altes Schützenhaus. | Wilmersdorf. Viktoriengarten, Wilhelmsaue 115. |
| Nieder-Schöneweide. „Hasselwerder“, Hasselwerderstr. 19. | |
| Nowawes. Schmidt, Wilhelmstraße 41/43. | |
| Referenten: Die Genossen Sduard Bernstein. Buhl. Brühl. Davidsohn. Dittmer. Drunsel. Dupont. Ebert. Glocke. Kunze. Küter. Sonnenburg. Störmer. Wels. Zubell. | |

Nieder-Barnim.

- | | |
|--|--|
| Bernau. (1 Uhr.) Glysiun. | Pankow. Ebersbach, „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102. |
| Friedrichshagen 2 Uhr bei Conrad, Friedrichstr. 137. | Nieder-Schönhausen. „Lindengarten“, Lindenstraße 43. |
| Lichtenberg. Gebr. Arnhold, Schwarzer Adler, Frankfurter
Chaussee 5/6. | Reinickendorf-Ost und -West. „Schützenhaus“,
Residenzstraße 1/2. |
| Rummelsburg. Café Bellevue, Tempel, Hauptstraße 2. | Tegel-Borsigwalde. Crapps Festsäle, Bahnhofstraße 1. |
| Ober-Schöneweide. Mörners Blumengarten. | Weißensee. Schloß Weißenseer. |
| Referenten: Die Genossen Boeske. Jul. Cohn. Swald. Dr. Herzfeld. Käming. Müller (Parteiſekretär). Poetzsch. Schütte. Stadthagen. Wissell. | |

Spandau. Köpnick's Saal, Bichelsdorfer Straße 39. } Referenten: Genossen **Bauer und Kaliski.**
Gottwaldt, Schönwalder Straße 80.

Alle Genossen und Genossinnen sind zum Besuch der Versammlungen verpflichtet. Niemand darf fehlen.

Für die Einberufer: **Eugen Ernst, Böhlerstraße 9.**

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr am Restaurant Sanssouci, Kottbuserstr. 6 großer Lichtbildervortrag über „Die babylonische Revolution“.

Fünfter Wahlkreis. 1. Abteilung. Am Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet eine gemeinsame Abteilungsverammlung in den Unionssälen, Greifswalder Straße 221-223, statt.

Charlottenburg. Die Generalversammlung des Wahlvereins, welche am Dienstag, den 15. d. M., stattfinden sollte, fällt unter vorübergehenden Umständen wegen aus.

Schlendorf (Wannseebahn). Die Genossen sind verpflichtet, sich um 11 Uhr bei Hunger, Teltower Straße, einzufinden, um gemeinsam die Versammlung in Lichterfelde zu besuchen.

Ober-Schöneweide. Die Genossen werden auf die am Dienstag, den 15. d. M., in Rörners Blumengarten stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht.

Britz-Budow. Dienstag, abends 1/9 Uhr, findet bei Schöneberg, Budower Straße 66, eine Vollversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die politische Lage“.

Marienthal. Dienstag abend 8 1/2 Uhr bei Preuß, Kurfürstenstraße 44: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen B. Muth über „Fichte und sein Erziehungsproblem“.

Tempelhof. Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Straße 9: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Stadtratsm. O. H. Schönberg über „Municipale Aufgaben der Sozialdemokratie“.

Alt-Ostende. Am Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, findet im Terrassen-Restaurant, Inhaber A. Troppe, Rudower Straße 54, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Karlshorst. Achtung, Parteigenossen! Die am 15. Februar fällige Mitgliederversammlung findet nicht statt.

Am heutigen Sonntag treffen sich die Parteigenossen völglich vormittags 11 Uhr im „Restaurant zum Fürstenbad“.

Neuenhagen, Frederiksdorf, Fetershagen, Bruchmühle, Eggersdorf. Zum Besuch der heute nachmittag 4 Uhr im Lokal von E. Kuhner, Bruchmühle, Roonstr. 1, stattfindenden Volksversammlung, in der Kreissekretär Genosse R. Wähler-Lichtenberg referiert, sind alle Parteigenossen verpflichtet.

Wilhelmsruh-Rosenthal. Am Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Deutschmann, Wilhelmsruh, eine öffentliche Versammlung statt.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Vindengarten“, Lindenstr. 18, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Reinickendorf-West. Treffpunkt aller Genossen zu der heute mittag 12 Uhr in Reinickendorf-Ost stattfindenden Protestversammlung ist das Lokal von E. Krumph, Berliner Straße 88.

Vorsigwalde-Wittenau. Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins in dem Lokale von Jaschinski statt.

Spanbau. Die außerordentliche Generalversammlung findet Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Pollsdorf, Seeburger Straße 26, statt.

Berliner Nachrichten.

Der Berliner Viehhof gesperrt.

Die Sperre des Berliner Viehhofes hat, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ berichtet, gestern bezüglich des Auftriebes nur auf den Rindermarkt einen Einfluss ausgeübt, indem zirka 1000 Rinder weniger aufgetrieben wurden...

Freitag beendet werden, so daß die Sperre für den nächsten Sonnabendmarkt aufgehoben werden dürfte.

Die juristische Sprechstunde am kommenden Mittwoch fällt aus.

Ueber Belehrungsversuche auf dem Postamt 58

erhalten wir folgende Mitteilungen: Am Freitag, den 4. Februar fand die Frau eines in der Schönhauser Allee wohnenden Schriftsetzers im Briefkasten der Wohnung einen Zettel mit der Nachricht, daß auf dem Postamt 58 in der Danziger Straße eine Nachnahme...

Bekanntmachung

Betreffend Reklamationen vom Militärdienst.

Die Ersatzkommission gibt bekannt: Es wird hierdurch in Wiederholung der im Januar d. J. erfolgten öffentlichen Bekanntmachung noch einmal besonders in Erinnerung gebracht, daß Reklamationen (Anträge auf Zurückstellung...

Ferien-Veänderung.

Das Provinzial-Schulkollegium hat die Ferien für die Berliner Gemeindefschulen etwas geändert. Der Schluß des Schuljahres 1909 ist auf den 23. März d. J. und der Beginn des Schuljahres 1910 auf den 4. April 1910 festgesetzt.

Arbeitslosigkeit hat den 81 Jahre alten Kellner Artur Langner in den Tod getrieben.

Langner, der keine Wohnung mehr hatte, bemühte sich umsonst um Beschäftigung. Eine Witwe Schmidt in der Gaudystr. 40, die ihn als ordentlichen Menschen kennen gelernt hatte, gewährte ihm seit fünf Tagen aus Mitleid in ihrer Wohnung Unterkunft.

Förderung der Kirchenaudritte durch Geistliche.

Dem Pfarrer Red von der Elias-Gemeinde müssen wir Dank sagen, daß er zum Kirchenaudritt beiträgt. Der fromme Mann will den Besuch der Kirche heben und da Erwachsene wohl nicht allzuvielen in die Kirche kommen, glaubt er gelinde Zwangsmittel zum Kirchenaudritt anzuwenden zu sollen.

Größere Störung im Straßenbahnbetriebe ereignete sich vorgestern in der Landsberger Straße.

Inmitten der Landsberger und Kleinen Frankfurter Straße entgleiste der Motorwagen Nr. 1087 der Ringlinie 3 und sperrte infolgedessen das Gleise nach beiden Richtungen, während der Zeit von 5,50 bis 1/7 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Der Unterricht in Nationalökonomie fällt heute, Sonntag, nicht aus.

Er wird aber pünktlich kurz nach 11 Uhr schließen. Heute abend 1/8 Uhr im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstraße 72: Vortrag des Genossen Tarnow über: „Andreas Hofer und seine Zeit.“

Der Jugendkursus in Nationalökonomie (Fortbildungskursus) fällt heute, Sonntag, aus.

Der nächste findet statt heute über acht Tage. Morgen, Montag, den 13. d. M., fällt der Unterricht in Naturerkenntnis wegen einer Erkältungskrankung des Genossen Wurm aus.

Drei wertvolle Gemälde sind auf unerklärliche Weise vom Lehrter Güterbahnhof abhanden gekommen.

Die Werteliebung der Hagar von Fritz v. Uhe, die 4800 M. wert ist, „Schreiende Stürche“ von Christian Bröner (1850 M. wert) und ein Bildnis von Matthias Schmidt. Die Gemälde sind in Hamburg auf einer Ausstellung gewesen und wurden von dort an eine hiesige Kunsthandlung gesandt.

warnen läßt. Die Nachforschungen nach ihrem Verbleib sind bis jetzt erfolglos geblieben. Ob sie gestohlen worden sind, läßt sich noch nicht sagen.

Eine Reihe schwerer Unglücksfälle wurden durch den gestrigen Schneefall herbeigeführt.

So stürzte beispielsweise in der Poststraße der Rentier Herrmann Diepe durch Ausgleiten auf dem glatten Bürgersteig so unglücklich zu Boden, daß er einen Knochenbruch erlitt.

Im Sittierungszimmer des Polizeipräsidiums

gab es am Dienstag in der Mittagsstunde einige Aufregung. Ein entlassener Fürsorgezögling der Stadt Berlin, der wiederergriffen und gefesselt eingeliefert worden war, wurde in einem anstößigen Raum verhört.

Waisenverwaltung

erwarten, daß auch sie sich um die Sache wie kümmern wollen? Wir wissen nicht, ob sie gegenüber ihren Fürsorgezöglingen dieselbe Pflicht fühlt, die sonst den Eltern gegenüber ihren Kindern als selbstverständlich gilt.

Entgleisung einer Lokomotive.

Eine empfindliche Verkehrshinderung wurde auf der Strecke nach Groß-Lichterfelde-Ost durch die Entgleisung einer Lokomotive hervorgerufen.

Kollision zwischen Automobil und Straßenbahn.

Auf dem Wittenbergplatz ereignete sich am Sonnabend nahe der Vahrenheiter Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Privatautomobil und einem Straßenbahnwagen der Linie 64.

Eine traurige Fahrt machte vorgestern die Sattlerfrau Schulke aus der Weißfelder Straße 22.

Das Ehepaar ist taubstumm, hat aber fünf Kinder von einem bis 10 Jahren, die alle gut sprechen und hören. Die vier Jahre alte Tochter Annelie kränkelte seit dem 1. d. M.

Größere Störung im Straßenbahnbetriebe ereignete sich vorgestern in der Landsberger Straße.

Inmitten der Landsberger und Kleinen Frankfurter Straße entgleiste der Motorwagen Nr. 1087 der Ringlinie 3 und sperrte infolgedessen das Gleise nach beiden Richtungen, während der Zeit von 5,50 bis 1/7 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Der Unterricht in Nationalökonomie fällt heute, Sonntag, nicht aus.

Er wird aber pünktlich kurz nach 11 Uhr schließen. Heute abend 1/8 Uhr im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstraße 72: Vortrag des Genossen Tarnow über: „Andreas Hofer und seine Zeit.“

Der Jugendkursus in Nationalökonomie (Fortbildungskursus) fällt heute, Sonntag, aus.

Der nächste findet statt heute über acht Tage. Morgen, Montag, den 13. d. M., fällt der Unterricht in Naturerkenntnis wegen einer Erkältungskrankung des Genossen Wurm aus.

Drei wertvolle Gemälde sind auf unerklärliche Weise vom Lehrter Güterbahnhof abhanden gekommen.

Die Werteliebung der Hagar von Fritz v. Uhe, die 4800 M. wert ist, „Schreiende Stürche“ von Christian Bröner (1850 M. wert) und ein Bildnis von Matthias Schmidt. Die Gemälde sind in Hamburg auf einer Ausstellung gewesen und wurden von dort an eine hiesige Kunsthandlung gesandt.

sich zu erkennen geben, die im männlichen Geschlecht zur Zeit der im Winter fallenden Fortpflanzung ein prächtiges, schillerndes Hochzeitskleid anlegen, und wegen der eigentümlichen Leibform und der verwundenen Stacheln wegen „Storphone“ benannt wurden. Der Stachel dieser Stachelstörche wurde vielfach für giftig gehalten, doch hat sich der Verdacht nicht bestätigt, obwohl Familienverwandte, die monströs gebaute Stachelstörche (Synanceia) der indisch-australischen Meere, tatsächlich Giftstacheln und Giftdrüsen besitzen.

In der Säuglingsfürsorgeklasse I, Blumenstr. 78, findet von jetzt ab fünfmal je einmal wöchentlich Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen schriftlich oder mündlich: Bureau Blumenstr. 78, vorn links parierte, wochentäglich von 2-4 Uhr.

Arbeiter-Samariterkolonne. Montagabend 9 Uhr, 1. Abteilung Dresdenstr. 46. Der Vortrag des Lehrplans fällt aus, dafür hält Fr. Dr. Prof. einen Vortrag über Vergiftungen. Daran anschließend praktische Übungen. Mittwoch: 6. Abteilung, Donnerstag: 3. und 4. Abteilung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Gegen die Wahlrechtsvorlage. In der am Montag stattfindenden Stadtvorordnetenversammlung wird die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag einbringen, in dem der Magistrat ersucht wird, bei dem Preussischen Landtag unter Protest gegen die Wahlrechtsvorlage die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Kommunen zu verlangen. Eine gleiche Resolution wird seitens der liberalen Fraktion vorbereitet.

Der vierte Volkserhaltungabend, der am heutigen Sonntag, abends 7 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Veltziger-Edle Eisenacher Straße, stattfindet, führt diesmal die Besucher in das Reich des berühmten Malers Rembrandt. Der Vortrag des Herrn Dr. Ratnowsky hierzu wird durch gute Lichtbilder unterstützt. Niederländische Musik soll sich dem Ganzen anschließen, so daß für den Preis von 30 Pf. den Besuchern etwas Gutes geboten wird.

Letztes sind in der Parteipredigt, Martin-Luther-Straße 51, zu haben.

Ober-Schöneweide.

Die für die Gemeinde seit langem brennende Frage der Eingemeindung des forstwirtschaftlichen Terrains, auf welchem sich die industriellen Anlagen der Berliner Elektrizitätswerke, der deutschen Petroleumgesellschaft, der Benzolagerungsgesellschaft und des Dampfzuges von Radze befinden, hat eine für die Gemeinde günstige Wendung genommen. Der Kreisausschuß hat beschlossen, dies Gelände nach Ober-Schöneweide einzugemeinden. Es bleibt nun abzuwarten, in welcher Weise die gewöhnlich von anderen interessierten Gemeinden zu erwartenden Einsprüche erledigt werden. Es haben hier der Bezirksausschuß und auf einen evtl. Einspruch des Präsidat der Provinzialrat das letzte Wort zu sprechen; jedenfalls ist ein langwieriges Verfahren zu erwarten. Für die Gemeinde bedeutet diese Eingemeindung in Anbetracht der dort domizilierenden steuerkräftigen Industrie einen gewaltigen Vorteil und gerade aus diesem Grunde machen die umliegenden Gemeinden die größten Anstrengungen um den Verzicht. Zu beachten ist hierbei, daß Ober-Schöneweide bisher die Schullasten für dies Terrain aufgemindert hat; es dürfte dies ein Grund für den oben erwähnten Beschluß gewesen sein.

Eine Petition des Grundbesitzervereins an die Gemeindeverwaltung wendet sich im Hinblick auf die schlechte Finanzlage der Gemeinde gegen den geplanten Bau des Realgymnasiums. Es wird der Vorschlag gemacht, hierfür das neuverbaute Schulhaus der 4. Gemeindefschule zu benutzen. An sich wäre der Vorschlag nicht zu verwerfen, kommt aber jetzt, nachdem bereits mit den Ausschreibungen für den Bau begonnen ist, etwas sehr spät. Weiter protestieren die Herren gegen eine weitere Belastung des Grundbesitzes. Berechtigt ist die weitere Forderung, die industriellen Werke härter als bisher zu Kanalisationsabgaben heranzuziehen. Nach dem jetzt geltenden Robus zahlen die Fabriken pro Kubikmeter Wasser 7 Pf. und die Hausbesitzer 15 Pf. Auf Gegenliebe werden sie allerdings bei deren Vertretern im Gemeindeparslament, trotzdem sie sonst mit ihnen durch Dick und Dünn gehen, nicht rechnen dürfen.

Charlottenburg.

Für 12000 M. Waren erbeuteten Einbrecher, die in der gestrigen Nacht das Warenhaus von Gebrüder Jacob in der Wilmerdorfer Straße 66 heimlich suchten. Die Diebe haben sich wahrscheinlich am Abend vorher in dem Gebäude einschließen lassen und drangen nachts in die Verkaufsräume ein, in denen sie in allen Etagen wertvolle Waren, namentlich Kleiderstoffe, Teppiche, Herrengarderobe, Wäsche usw. stahlen. Um sich für die Beschaffung der ziemlich umfangreichen Beute zu stärken, veranstalteten die Diebe dann im Erfrischungsräum ein Festgelage. Ihren Kuchweg nahmen die Verbrecher vom photogenischen Kessel aus über die Dächer. Der das Haus bewachende Portier hat von dem Einbruch nichts wahrgenommen. Von den Spurbuben fehlt bisher noch jede Spur.

Rixdorf.

Morgen abend 8 1/2 Uhr findet in Poppel's Festhallen, Hermannstraße 49, der Lichtbildervortrag des Genossen Adolf Ged über „Die baltische Revolution“ statt. Die im vorigen Jahre gelösten Eintrittskarten berechtigen zum Eintritt. — Ferner sind Karten a 10 Pf. bis zum Beginn des Vortrages im obigen Lokal erhältlich.

Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, gelangt im Rixdorfer Theater, Bergstr. 147, „Water und Sohn“ zur Aufführung. Eintrittskarten a 60 Pf. sind noch bei den Funktionären erhältlich.

Ading, Turner! Die Familienpartie der Freien Turner-Schaft Rixdorf-Bezirk nach Saanwinkel muß um fünf Uhr abends auf Sonntag, den 20. Februar, verschoben werden.

Borghagen-Kummelsburg.

Verschwinden ist der 40 Jahre alte Schuhmachermeister Joseph Friedleben, Neue Bahnhofstr. 6 wohnhaft. Er ist am Sonntag, den 6. Februar früh fortgegangen und bis jetzt noch nicht wieder zurückgekehrt. Wer über den Aufenthalt des Verschwindenen Angaben machen kann, wird gebeten, diese an Frau Friedleben gelangen zu lassen.

Treptow.

Am heutigen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der Turnverein „Jahn“, Treptow, R. d. A.-L.-B., in der Gemeindegartenhalle, Bouchestraße, ein öffentliches Turnen. Freunde und Gönner der Turnsache sind hierzu freundlichst eingeladen.

Klein-Schönebeck-Richtenau.

Ein Schauspiel für Götter scheint sich in der Gemeinde Richtenau abspielen zu wollen. Nachdem der Verschönerungsverein unter der Leitung Krause-Beckmann noch vor 14 Tagen über den Bürgerverein hergefallen und, wie wir bereits mitgeteilt hatten, durch ungläubliche Verdrehung der Tatsachen sein Vorgehen gegen die Gemeinde als berechtigt und als einzige Schuldigen die Gemeindevorstände des Bürgervereins bezeichnet hatte, nachdem ferner das letzte Flugblatt diesen Vorwürfen Unechtheit an den Kopf geworfen und sie als mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß stehende, nicht ernst zu nehmende Leute hingestellt hatte, will er jetzt mit diesem „friedlichen Beziehungen“ anbahnen oder auf Deutsch: Dumme suchen, die sich mit ihm auf vier Wochen ver-

tragen und seine Mannen in die Gemeindevorstände wählen helfen. Gleichzeitig proklamiert Krause-Beckmann, solange sie sich mit dem Gemeindevorstand zu vertragen belieben, den Frieden innerhalb der Gemeinde, ähnlich wie in der schönen Fabel von dem Wolf, der mit dem Schaf durchaus Frieden schließen wollte.

Wir sind gespannt, welche Antwort die Mitglieder des Bürgervereins diesem ungläublichen Ansinnen entgegenzusetzen werden.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung hatte über mehrere Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste Beschluß zu fassen. Dem Einspruch eines Herrn Seidel wurde stattgegeben, dagegen die Einsprüche der Herren Maier und Reuster zurückgewiesen. Weitere Einsprüche lagen dann noch vor von unserem Genossen Müller, der beantragte, daß alle Forderungen gestrichen werden, deren Grundstücke nicht mindestens einen Umfang von 6 Morgen haben oder deren bebauter Grundstücke dem Werte eines solchen nicht gleichkommen. Der Reichsverband zur Befämpfung der Sozialdemokratie hat durch einen Herrn Cramer Einspruch erhoben, indem derselbe darauf hinweist, daß der § 45 der Landgemeindeordnung für einen Vorort von Berlin nicht in Betracht kommen könne. Zu dem Einspruch nahm zunächst Bürgermeister Abraham das Wort. In der diesjährigen Wählerliste haben nur diejenigen Forderungen Aufnahme gefunden, deren Grundstücke 1/2 Morgen gleich 90 Ruten groß sind, es läge nun in den Händen der Gemeindevorstände, eine andere Größe festzusetzen. Leider vergaß der Bürgermeister, den Vertretern die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, auf die sich der Einspruch Erhebende berief, näher zu erklären.

Die an der Diskussion beteiligten Gemeindevorstände stellten sich auf den Standpunkt, daß es ein schreiendes Unrecht wäre, wenn die kleineren Grundstücksbesitzer nicht in die Wählerliste aufgenommen würden, man könne doch dieselben nicht als Almosenempfänger behandeln. Vertreter Dr. Pratsch stellte den Antrag, daß die Forderungen, deren Grundstück 40 Ruten groß sei, in die Wählerliste aufgenommen werden. Der Antrag wurde mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Das „bereinigte Bürgerturn“ hat sich 300 seiner besten Wähler gesichert. Durch nichts kann den Arbeitern Nieder-Schönhausens das Wahlrecht des bestehenden Gemeindevorstandes wohl deutlicher vor Augen geführt werden, als durch die hohe Zahl der Forderungenstimmen. Leute, die mit unserer Gemeinde nichts weiter zu tun haben, als daß sie für ein im Orte gelegenes Grundstück jährlich drei Mark Steuern zahlen, sonst aber nicht am Orte wohnen, können durch eine Vollmacht mitraten zur Niederhaltung der im Dorfe wohnenden Arbeiter, denen der Ort sein Emporkommen verdankt. Eine bessere Agitation zum Wahlrechtskampf können sich die sozialdemokratischen Arbeiter Nieder-Schönhausens wohl kaum wünschen. Die Hundesteuer wurde für das Jahr 1910/1911 auf 18 M. festgesetzt.

Soziales.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Die Zentralkommission der Krankenkassen

hatte am Freitag eine Versammlung von Vorständen und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen einberufen. Es waren vertreten aus Berlin 82 Orts-, 7 Betriebs- 3 Innungsgesellschaften. Aus den Vororten 17 Orts-, 5 Betriebsklassen, außerdem 20 Freie Hilfsklassen, zusammen 84 Klassen. — Der Vorsitzende Simanowski erstattete den Jahresbericht der Kommission, aus dem folgendes mitzuteilen ist. Wie in den Vorjahren, so ist auch Anfang des vergangenen Jahres das Arzneiverordnungsbuch durch die Kommission herausgegeben worden. Die vereinbarten Preise der Arzneien waren im Jahre 1908 um etwa 10 Proz. herabgegangen. Im Jahre 1909 sind sie infolge der Steuererhöhung auf Spiritus und anderer für die Herstellung von Arzneien nötiger Materialien wieder um 8-10 Proz. in die Höhe gegangen. Die Zahl der Apotheken, die mit den Krankenkassen im Vertragsverhältnis stehen, beträgt 280 vom Berliner Apothekerverein, dazu kommen noch 9, die dem Verein der Apotheker in den Vororten angehören. — Ferner liefern für die der Zentralkommission angeschlossenen Klassen 694 Drogisten, 84 Badeanstalten, 91 Panbogisten, 110 Optiker.

Der Besuch der Erholungsstätten ist im Berichtsjahre auf gleicher Höhe geblieben wie im Vorjahre. Die von der Zentralkommission veranstalteten hygienischen Fortkurse waren gut besucht. Für den Krankentransport ist auch mit dem Koppischen Institut, welches dieselben Bedingungen erfüllt wie der Verband für erste Hilfe, ein Vertragsverhältnis abgeschlossen. Die Erhöhung der Kur- und Pflegegelder in Krankenhäusern und Kliniken hat die Zentralkommission mehrfach beschäftigt. Den Privatkliniken ist der erhöhte Satz ebenfalls zugestanden mit der Bedingung, daß sie keine Nebenforderungen zu stellen berechtigt sind. Diesem Abkommen sind 109 Privatkliniken beigetreten, während sich nur drei demselben nicht angeschlossen haben. Auch mit den Krankenhäusern soll eine Regelung auf derselben Grundlage eintreten. Doch ist diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen.

Der Zentralkommission waren im vergangenen Jahre 162 Krankenkassen und 55 Filialen freier Hilfsklassen angeschlossen. An Postsendungen gingen im Bureau der Zentralkommission 11793 ein und 39155 aus. Es wurden abgehalten: 5 Versammlungen der Vorstände, 14 Sitzungen der Zentralkommission, 26 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, 5 Sitzungen der Apotheker-, Kertz- und Drogistenkommission, 3 Sitzungen der Badeanstalts-Beschwerdekommision, 4 Sitzungen der Panbogistenkommission, 4 Sitzungen der Optikerkommission, 3 Sitzungen des Organisationskomitees des 6. Allgemeinen Kongresses und 5 Klassenrevisionen.

Der Bericht wurde ohne Debatte entgegengenommen. Albert Kohn trug ein Ersuchen des Gemeinnützigen Vereins für Mittheilung vor. Der Verein bezieht die Förderung des Genusses guter Milch und hat in Berlin mehrere Milchtrinkhallen. Er ersucht die Zentralkommission, seine Bestrebungen in ihrem Organ zu empfehlen, den Auslass seiner Plakate sowie den Ausschank von Milch in den Kassenlokalen zuzulassen. Der Redner empfahl den Kassenvertretern, diesen Bestrebungen des Vereins entgegenzukommen und auch, soweit sie Einfluß auf große Arbeitgeber haben, diese zu veranlassen, daß dem Milchschank des Vereins auch in den Fabrikantinnen eine Stätte gewährt wird.

Auf Ersuchen der Verwaltung des städtischen Krankentransportwesens in Schöneberg und Wilmerdorfer beschloß die Versammlung, daß die Klassen, welche die genannten Institute in Anspruch nehmen, die Gebühren vorkostenlos einzusetzen haben und daß eine dahin gehende Bestimmung auch in dem betreffenden Vertrage aufgenommen wird.

Gerichts-Zeitung.

Am Schneemann Bälou

drehte sich ein Prozeß, der vor dem Landgericht I Berlin (Strafkammer 2) verhandelt wurde und am Sonnabend zu Ende kam.

Am 4. März vorigen Jahres war im Hofe des Gewerkschaftshauses zu Berlin von arbeitslosen Bildhauern ein Schneemann gefordert worden, zu dem der Fürst Bälou, damals noch Kaiser des Deutschen Reiches, ihnen als Modell gedient hatte. Als die gelungene Karikatur vollendet dastand und von den Zuschauern bewundert wurde, fand sich auch schon ein Photograph ein, um zu „knipfen“. Woher er kam, wurde nicht sogleich klar. Aber er „kam wie gerufen“; denn bereits war von irgendeinem der Zuschauer angeregt worden, einen Photographen den Schneemann aufnehmen zu lassen. Welt erwartet werden mußte, daß Bälous Abbild aus Schnee wohl noch bald zu den „verflorenen“ Dingen

gehören würde als Bälou selber, so mißglückte man ohne viel Heberlegung ein, daß dieser Photograph eine Aufnahme machte. Erst als er fertig war, wurde genau erkannt, daß er für die Zeitungsfirma Ullstein u. Co. „knipst“ hatte.

Den Urheber des Verleses aus Schnee mag zunächst wohl nur darum zu tun gewesen sein, eine Art Andenken heimzutragen zu können. Wenn aber eine geschäftliche Ausbeutung durch Verbreitung der Photographien versucht werden sollte, so wollten sie, sagten sie sich, selber den Gewinn haben und ihn zum Nutzen arbeitsloser Kollegen verwenden. Daher gingen am nächsten Tage ein paar Beauftragte zu Ullstein u. Co., verhandelten mit dem Redakteur Karfunkel der Ullsteinischen „Berliner Illustrierten Zeitung“ und forderten, daß die Veröffentlichung unterbleibe. Herr Karfunkel lehnte ab, veröffentlichte aber dann das Bild nicht in der „Berl. Illust. Ztg.“, sondern in Ullsteins „Morgenpost“, über deren Weiterbeigaben er gleichfalls zu bestimmen hat. Die Bildhauer hatten inzwischen selber eine andere Aufnahme machen lassen und hatten Schritte getan, einem Verlagsbuchhändler Fuchs den Vertrieb der Nachbildungen zu übertragen. Ihr Vertrag mit ihm kam zustande am demselben Tage, an dem jene erste Aufnahme in der „Morgenpost“ veröffentlicht wurde. Das Photographische Atelier Gebr. Haedel, von dem diese Aufnahme gemacht worden war, hatte sich bereits auch mit anderen Zeitungen in Verbindung gesetzt und machte dann auch dort noch ihr Geschäft, während Fuchs und die hinter ihm stehenden Bildhauer leer ausgingen.

Den Inhabern des Ateliers, den beiden Photographen Georg Haedel und Otto Haedel, brachte aber der Schneemann Bälou außer einem hübschen Gewinn noch eine Anzeige wegen Vergehen gegen das Gesetz über das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst, weil sie nach Meinung des Herrn Fuchs nicht zur Vervielfältigung und Verbreitung ihrer Aufnahme berechtigt gewesen waren. Da die Staatsanwaltschaft verständlich genug war, es dem Schneemann Bälou nicht von vornherein abzuspreden, daß auch er ein Kunstwerk sein konnte, so kam es zur Anklage.

Im November endete ein erster Termin mit Vertagung, weil durch Ladung aller beteiligten Bildhauer festgestellt werden sollte, wer etwa dem Photographen die Erlaubnis zur Aufnahme gegeben habe. Am Sonnabend waren als Zeugen geladen die Bildhauer Schmidt, Häusler, Lichtenstein, Kiese, weiter ferner der Kaufmann Hartung, der in ihrem Auftrage die geschäftliche Ausbeutung in die Wege geleitet hatte, außerdem Verlagsbuchhändler Fuchs und Redakteur Karfunkel. Herr Fuchs war zugleich Nebenkläger und forderte 200 M. Buße. Für die beiden Angeklagten sprach Herr Georg Haedel, der die Aufnahme gemacht hatte. Er sei von Ullstein u. Co. durch Telephon benachrichtigt worden, daß es im Gewerkschaftshaus einen Schneemann zu photographieren gebe. Im Gewerkschaftshaus habe er auf Befragen sofort gesagt, daß er von Ullstein komme und Veröffentlichung durch die „Morgenpost“ erfolgen werde. Die „Morgenpost“ erzählte Herr Haedel hier dem Gericht, werde „in sozialdemokratischen Kreisen viel gelesen“, und das Gericht schien es zu glauben. Unter den Zuschauern habe sich dann sofort ein fröhliches Hallo erhoben: „Bälou kommt in die Rottenpost! Die gehe ich morgen kaufen.“ Jedermann habe sich auch bereitwillig gruppiert, um möglichst mit auf die Platte und in die Zeitung zu kommen. Nach Veröffentlichung durch die „Morgenpost“ sei das Bild von ihm mit Erlaubnis der Firma Ullstein u. Co. auch an andere Blätter gegeben worden.

Durch die Beweisaufnahme wurde diese Darstellung nur zu einem geringen Teil bestätigt. Die Bildhauer bestritten, daß Haedel sofort genau angegeben habe, von wem er hergeschickt worden sei. Er habe zunächst sogar gesagt, das wisse er selber nicht, angeklagt habe man ihn. Daß er im Auftrage von Ullstein u. Co. gekommen war, scheint nur dem Bildhauer Schmidt bald bekannt geworden zu sein. Von dem Freudenruf „Bälou kommt in die Rottenpost“ wußte keiner etwas. Keiner erinnerte sich, einer Veröffentlichung durch besagte „Rottenpost“ zugestimmt zu haben. Redakteur Karfunkel war es, der Herrn Haedel alarmiert hatte, nachdem irgendwer ihm telephonisch die Vollendung des Schneemanns gemeldet hatte. Als Zeuge behauptete er, daß er, der Herr Haedel beauftragt hatte, auch berechtigt gewesen sei, über das Bild zu verfügen und Herrn G. die Erlaubnis zur Weiterverbreitung zu geben. Die Zustimmung der Bildhauer leitete er daraus ab, daß sie der Aufnahme nicht widersprochen hätten. Zeuge Hartung hatte bei Herrn Karfunkel die Veröffentlichung auch initiieren wollen, aber die Antwort bekommen, sie werde dennoch erfolgen, koste es, was es wolle. Die Verteidigung Karfunks war ausgekehrt worden und unterblieb schließlich wegen Verdrachts der Mittäterklärung.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Gebrüder Haedel je 25 Mark Geldstrafe. Haedel habe entweder ausdrücklich die Bildhauer darüber im Unklaren gelassen, von wem er kam, oder er habe gedacht: „Mögen sie denken, was sie wollen“, so daß dolus eventualis anzunehmen sei. Als Vertreter des Nebenklägers beantragte Rechtsanwalt Dr. Curt Rosenbergs das Schuldis und 200 M. Buße. Auch ein Schneemann, und sei es nur eine Karikatur, könne ein Kunstwerk sein. Haedel habe den Bildhauern zunächst als Amateur gegolten, der ihnen Abzüge seiner Aufnahme verkaufen würde. Als sie ihn erkannten und gegen Veröffentlichung in Ullsteins Blättern protestierten, habe er sich hierüber hinweggesetzt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Breenfeld beantragte Freisprechung, weil dieser Schneemann kein Kunstwerk gewesen sei. Im übrigen sei ja das Urheberrecht durch die Firma Ullstein u. Co. bezw. durch Herrn Karfunkel regelrecht für Geld erworben worden — er meinte wohl: erworben dadurch, daß sie den Gebrüder Haedel das Bild abkauften. Die Firma Ullstein u. Co. habe nunmehr zu verfügen gehabt, sie aber habe die Gebr. Haedel zur Weiterverbreitung ermächtigt, denn — Herr Karfunkel hatte es ihnen ja erlaubt.

Das Gericht kam zu einer Freisprechung mit Abweisung des Bußanspruches. Ob ein zivilrechtlicher Schadensersatzanspruch besteht, könne dahingestellt bleiben. Strafrechtlich seien die Angeklagten nicht verantwortlich. Es sei nicht widerlegt, daß Haedel gesagt habe, er komme von Ullstein; für die Einwilligung der Bildhauer spreche schon die Gruppierung auf der Photographie.

Wonach man sich richten möge, falls wieder mal Ullstein u. Co. ihre Photographen schiden!

Seine Majestät der Schuhmann und die Streitposten.

Der Schmied Warba zu Berlin war wegen Heberlegung des § 132 der Strafpolizeigesetzgebung zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er einer zur Erhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergangenen Anordnung eines Aufsichtsbeamten nicht unbedingt Folge geleistet habe. Der Angeklagte war von einem Schuhmann am 2. August 1909 aus der Gegend der Geldschrankefabrik von Knecht in der Weststraße festgenommen worden, wo er Streitposten fand. Der Angeklagte sollte gänglich von der Fabrik fortgehen. Er ging auch einige Schritte weiter, kehrte aber wieder um und erklärte dem Schuhmann, er könne nicht anders, er müsse seine Stunde absehen. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte ihn zu einer Geldstrafe und führte u. a. aus: Es sei zu prüfen, ob die Anordnung des Beamten zur Erhaltung der Sicherheit auf der öffentlichen Straße ergangen sei. In dieser Beziehung sei festgestellt, daß an vorher

gehenden Tagen Arbeitswillige durch Streikende belästigt worden seien. Am fraglichen Tage hätten sich nun in der Nähe der Fabrik außer dem Angeklagten noch mehrere Gruppen von Streikenden befunden. Zu der Zeit, als W. Streikposten stand, habe nun der Arbeitsschutz für einen Teil der Arbeitenden kurz bevorstehend. Bei dieser Sachlage könne es keinem Zweifel unterliegen, daß die Anordnung des Schutzmans durch die Rücksicht auf die Sicherheit auf der öffentlichen Straße objektiv geboten gewesen sei. Der Schutzmann habe aber auch in dem vorliegenden konkreten Falle seine Anordnung zur Erhaltung der Sicherheit auf der öffentlichen Straße ergreifen lassen, und zwar auf Grund eigener Prüfung und Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Anordnung, und nicht auf eine allgemeine Anweisung der vorgesetzten Behörde. Er habe befürchtet, daß wieder Belästigungen vorzukommen könnten. Unbedenklich sei demgegenüber, daß weder Angeklagter noch irgendein anderer Streikposten zur fraglichen Zeit die Sicherheit auf der Straße in irgendeiner Weise gefährdet hätte.

Gegen dies Urteil legte Angeklagter Revision ein. Vor dem Kammergericht vertat ihn am 10. Februar Rechtsanwalt Ostler Gohn. Der Anwalt machte u. a. folgendes geltend: Es frage sich zunächst, ob eine Polizeiverordnung das Recht zum Streikpostenstellen unterbinden könne. Es sei hier lediglich festzustellen, daß Angeklagter habe Streikposten stellen wollen; davon sei keine Rede, daß er die Absicht gehabt hätte, die Ordnung zu stören. Er wolle sich nur betätigen auf Grund des § 162 der Gewerbeordnung. Nun besage die Einleitung zum Allgemeinen Landrecht, wo das Gesetz ein Recht gebe sei es auch erforderlich, daß Mittel bestehen, um dieses Recht auszuüben. Es gehe nicht an, die Entscheidung darüber, ob im einzelnen Falle die Polizeiverordnung die Ausübung eines rechtmäßig gewährleisteten Rechts hindere, in die Hände eines Schutzmans zu legen. Eine solche Polizeiverordnung könne gegenüber dem § 162 der Gewerbeordnung nicht bestehen. — Die Vorentscheidung unterliege der Aufhebung auch aus einem anderen Grunde. Nach der Jurisprudenz des Kammergerichts sei maßgebend die Absicht des Schutzmans, der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße zu dienen. Also müsse der Schutzmann in concreto berufen sein, die Ordnung und Sicherheit auf der Straße aufrecht zu erhalten. Das Urteil des Landgerichts sage nun wörtlich, daß der Schutzmann aus „Anlaß des Streiks vor der Fabrik postiert gewesen sei“. Daraus ergebe sich nicht, daß der Schutzmann zur Ausübung der Aufsichtsbefugnis dort berechtigt gewesen sei, zumal das Urteil hinzusetze, daß der Schutzmannposten vor der Fabrik wegen früherer Belästigungen von Arbeitswilligen verstärkt worden sei. Diese Feststellungen ließen die Annahme aufkommen, daß aus irgendwelchen anderen Gründen der Schutzmann dort postiert war. Es könne der Inhaber der Fabrik sich an die Polizei gemeldet haben zu dem Zweck, zu verhindern, daß fremde Arbeitswillige, die bei ihm zu arbeiten gewillt seien, durch Streikende belästigt und so vom Beginn der Arbeit bei ihm abgehalten würden. Es sehe so aus, als ob der Schutzmann herangezogen worden sei im Interesse des Fabrikherrn. Dann würde von dem allgemeinen Zweck der Erhaltung der Ordnung und der Sicherheit des Verkehrs auf der Straße überhaupt nicht die Rede sein können.

Das Kammergericht wies jedoch die Revision mit folgender Begründung ab: Der Verteidiger wolle gegen die Praxis des Kammergerichts Sturm laufen. Der Ausgangspunkt sei der alte Trugschluß, daß das Streikpostenstellen rechtmäßig gewährleistet sei. Im § 162 sei davon aber nicht die Rede. Und wenn immer auf das Reichsgericht hingewiesen werde, das gesagt habe, das Streikpostenstellen könne nicht verboten werden, so sei zu erwidern, daß das Reichsgericht einen Fingerzeig gegeben habe mit der Ausföhrung, daß es eine andere Frage sei, ob nicht der Befehl, die mit dem Streikpostenstellen verbunden sein könne, sich in anderer Weise entgegenstellen lasse. — Die Strafpolizeiverordnung sei nach der Jurisprudenz denn auch gegen Streikposten anwendbar. Die Vorentscheidung entspreche im übrigen der Jurisprudenz des Kammergerichts. Der Hinweis der Revision darauf, daß der Schutzmann „aus Anlaß des Streiks“ dorthin geschickt worden sei, wäre verfehlt. Der Polizeibeamte sei immer dazu da, die Aufsicht über die Straße zu üben. Der Anlaß, aus dem er dort stehe, sei dabei gleichgültig. Die Revision war unbegründet.

Ordnung der Stadt Berlin wegen eines Markthallenmischstandes.
Das Reichsgericht hat dieser Tage die Klage eines Markthallen-auffsehers K. gegen die Stadtgemeinde Berlin zuungunsten Berlins entschieden.

Der Kläger war in der Markthalle II in der Lindenstraße tätig und bezog 1900 R. Gehalt. Am 17. Juli 1901 erlitt er durch Ausübung des Dienstes einen Unfall, indem er sich auf dem Hof der Markthalle beim Passieren einer provisorisch mit Beton und Sand ausgefüllten Baugrube den linken Fuß verstauchte und eine Zerletzung der Wänder der Knöchel davontrug. Es entwickelte sich dadurch bei dem Kläger ein jahrelanges Juhleiden, wodurch er unfähig wurde, den Dienst als Markthallen-auffseher zu versehen. Er ist mit einer jährlichen Pension von 912 R. in den Ruhestand versetzt worden. Sein Antrag auf Zahlung von 66% Proz. seines früheren Dienstverdienstes als Unfallrente wurde vom Magistrat abgewiesen. Mit der erhobenen Klage forderte er Zahlung des vollen Gehalts bis zum 65. Lebensjahre, und von da an Pension.

Das Landgericht und Kammergericht Berlin erkannten nach dem Antrage des Klägers. Das Kammergericht führt hierzu aus: Neben dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis besteht zwischen den Kommunalverbänden und ihren Beamten ein bürgerlich-rechtliches Dienstverhältnis, das sich nach den Bestimmungen der §§ 811 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Dienstvertrag regelt. Erfüllt der Dienstberechtigte die ihm in Ansehung des Lebens und der Gesundheit des Verpflichteten obliegenden Verpflichtungen nicht, so finden auf seine Verpflichtung zum Schadenersatz die §§ 842 bis 846 Anwendung. Im weiteren behauptet das Kammergericht die Frage, daß der Hof sich in einem geschädigten Zustande befunden hat. Denn die Baugrube war mit Beton ausgefüllt und aus dem festgestampften Beton ragten löbliche Steine hervor, die aber wegen des auf den Beton geschütteten Sandes nicht zu sehen waren. Darin, daß die Fläche, aus der Steine hervorragten, derart mit losem Sand überschüttet war, daß die Steine gerade noch verdeckt waren, so daß sie die die Stelle Passierenden nicht bemerken konnten, erblickt das Kammergericht ein Verschulden der Beklagten und ihrer Vertreter.

Die von der beklagten Stadtgemeinde Berlin beim Reichsgericht eingeleitete Revision wurde jetzt zurückgewiesen.

Wegen einer Kiste Holz

wäre gestern beinahe der Arbeiter Wilhelm Kadde auf drei Monate ins Gefängnis gewandert. Wegen schweren Diebstahls verhandelte die dritte Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Osterborde gegen den bisher nur geringfügig vorbestraften Angeklagten. Der vorliegende Fall zeigt wieder einmal die außerordentliche Härte und unangebrachte Schärfe des gegenwärtigen Strafgesetzes in Fällen, die nach dem Buchstaben des Gesetzes mit einer Mindeststrafe von drei Monaten geahndet werden müßten, tatsächlich aber eine weit mildere Beurteilung verdienen. Der Angeklagte war bei dem Schneidemühlener Wärtner in Verneuchen beschäftigt gewesen und hatte von diesem für ein paar Mark Holz gekauft. Unter diesen Abfällen befand sich ein Rest einer Wölke, welcher einige Pfennige wert hatte. Diesen Holzrest wollte er zu einer Unterlage verwenden. Eines Morgens gegen 4 1/2 Uhr beobachtete nun der in der Schneidemühle angestellte Plahmeister Schmidt den Angeklagten, wie dieser über den Jaun stieg und sich dieses Stück Abfallholz aneignete. Er rief den ihm bekannten Kadde an, der ihn himmels hoch dat, ihn doch wegen dieses geringwertigen Stückes Holzabfalls nicht unglücklich zu machen. Schmidt soll hierbei gedauert haben, daß er ihm dieses Stück Holz ohne weiteres gestohlen hätte, wenn er ihn darum gebeten hätte. Kadde glaubte den Vorfall damit erledigt, bis er eines Tages vor den Audi-

zitiert wurde, um sich in hochnotpeinlichem Verfahren wegen schweren Diebstahls an einem Stück Abfallholz zu verantworten. Der Besitzer der Schneidemühle, Wärtner, hatte von dem Vorfall erfahren und unverzüglich Anzeige erstattet. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er fest geglaubt habe, daß ihm das Stück Holz auch geschenkt worden wäre, da er kurz vorher Abfallholz zu Brennholz gekauft habe. Der Staatsanwalt beantragte die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von drei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte erklärte weinend, daß er sich wirklich nichts dabei gedacht habe. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten, indem es annahm, daß ihm tatsächlich das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise gefehlt habe.

Ein verständiges Urteil!

Einen Norddrauf

brachte gestern der Maurer Johannes Adam mit in den Gerichtssaal. Wegen ihn sollte vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges verhandelt werden, da er in angezeigtem Zustande in dem Lokal von Scheide in der Spreestraße zu Charlottenburg nach vorausgegangenem Streit dem Händler Hinze einen Messerstich in den Unterleib versetzt hatte. Vor dem gestrigen Termin hatte der Angeklagte ansehend etwas sehr stark geführt, denn er stöh mit einem mächtigen Stöße in den Gerichtssaal hinein und blieb mit völlig verduhmtem Gesicht vor dem Staatsanwalt stehen. Nachdem er mit dieser Wut durch den Gerichtsdiener in die Anklagebank geschickt worden war, stellte es sich heraus, daß Adam so stark betrunken war, daß er überhaupt nicht sprechen konnte. Das Gericht diktierte ihm zur Ermüdung eine Haftstrafe von 24 Stunden zu, daß A. seinen Rausch in der Zelle ausschlafen konnte.

Aus einer Kleinstadt.

Wir haben seinerzeit über den Prozeß gegen den Stadtrat a. D. Dr. Zimmermann zu Königs-Wusterhausen berichtet, der wegen Verleumdung des Amtsdirektors und Amtsanwalts Oberstleutnants a. D. Herbst in Königs-Wusterhausen vor dem Landgericht III angeklagt war, und am 28. September 1900 freigesprochen wurde. In einem vorangegangenen Strafverfahren gegen Dr. Zimmermann, wegen angeblich unbefugter Titelföhrung, das später mit Dr. Zimmermanns Freisprechung durch das Kammergericht geendet hat, hatte sich Herbst als Zeuge für angeblich belastende Äußerungen des Dr. Zimmermann benannt und Dr. Zimmermann hatte darauf in einer Eingabe an die Staatsanwaltschaft die Glaubwürdigkeit des Amtsanwalts mit Rücksicht auf dessen persönliche Animosität und auf andere Vorkommnisse angezweifelt. In der Hauptverhandlung wurde Herr Dr. Zimmermann der Echtheit des § 168 zugebilligt, und übrigens festgesetzt, daß der Amtsanwalt gegen Dr. Z. eingenommen sei und daß tatsächlich bei einem Wohlwollendsten ein Verbrechen über Unregelmäßigkeiten entstanden wäre. Wegen dies Urteil hatte der Staatsanwalt, der Vorgesetzte des Amtsanwalts, keine Revision eingelegt, wohl aber Herr Amtsanwalt Herbst persönlich in seiner Eigenschaft als Nebenkläger. Dieser Tage hat nun der zweite Strafsenat des Reichsgerichts diese Revision des Amtsanwalts Herbst verworfen. Es bleibt also bei der Freisprechung.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Lobengrin. (Anf. 7 Uhr.) Montag: Der Haffenschild. Dienstag: Carmen. Mittwoch: Rigolas Hochzeit. Donnerstag: Niglon. Freitag: Don Juan. Sonnabend: Rienzi. (2 Akt.) Sappho. Sonntag: Die Weisheit der Alceste. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Der Familientag. Montag: Stranönder. Dienstag: Der Familientag. Mittwoch: Der deutsche König. Donnerstag: Stranönder. Freitag: Der Familientag. Sonnabend: Wilhelm Tell. Sonntag: Der Familientag. Montag: Strandfluter. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag: Gräfin Helmeke. Montag: Comte. Dienstag: Gräfin Helmeke. Mittwoch: Der Widerpenhigen Jähmung. Donnerstag: Gräfin Helmeke. Freitag: Faust. Sonnabend: Gräfin Helmeke. Sonntag: Der Widerpenhigen Jähmung. Montag: Gräfin Helmeke. (Anfang 8 Uhr.)
Deutsches Theater (Kommerzielles). Sonntag: Der gute König Dagobert. Montag: Gutes und kein Ring. Dienstag: Der gute König Dagobert. Mittwoch: Der Kaufmann von Venedig. Donnerstag bis Montag: Der gute König Dagobert. (Anfang 8 Uhr.)
Volling-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Kora. Abends und Donnerstag: Das Konzert. Freitag: Landis der Rarr. Mittwoch und Donnerstag: Das Konzert. Freitag: Landis der Rarr. Sonnabend: Das Konzert. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Frau vom Meer. Abends und Montag: Das Konzert. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Doktor Eisenbart. Abends: Pension Schöber. Montag: Macheit. Dienstag: Pension Schöber. Mittwoch: Hohe Politik. Donnerstag und Freitag: Pension Schöber. Sonnabend: Pension Schöber. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Doktor Eisenbart. Abends: Pension Schöber. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Theater. Abends: Der Philosoph von Sanssouci. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Sonntag: Alt-Heidelberg. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Der große Lot. Dienstag: Der Herr Verteidiger. Mittwoch: Faust I. Teil. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Donnerstag: Der Herr Verteidiger. Freitag: Alt-Heidelberg. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend und Sonntag: Der Herr Verteidiger. Montag: Der große Lot. (Anfang 8 Uhr.)
Gedde. Abends. Sonntag bis Donnerstag: Kavaliere. Freitag: Arden. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Kavaliere. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Romische Oper. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends: Zigeunerliebe. Montag: Der dionische Jude. Dienstag: Zigeunerliebe. Mittwoch: Lisland. Donnerstag: Zigeunerliebe. Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend: Zigeunerliebe. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Zigeunerliebe. Montag: Das Tal der Liebe. (Anfang 8 Uhr.)
Kleines Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Roral. Abends: Der große Name. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Roral. (Anfang 8 Uhr.)
Theater des Westens. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der ideale Bauer. Abends und Montag bis Sonnabend: Die geschiedene Frau. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der ideale Bauer. Abends: Die geschiedene Frau. Montag: Die geschiedene Frau. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor. Abends: Mih Hobbs. Montag: Der Herr von St. Georgen. Dienstag: Der Weineidbauer. Mittwoch: Uel Kärmern um Nichts. Donnerstag: Neue Jugend. Freitag: Der Herr von St. Georgen. Sonnabend: Neue Jugend. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor. Abends: Neue Jugend. Montag: Viel Kärmern um Nichts. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Weineidbauer. Abends: Das Kärbchen von Heidenrom. Montag: Mih Hobbs. Dienstag: Mih Hobbs. Mittwoch: Mih Hobbs. Donnerstag: Der Herr von St. Georgen. Freitag: Mih Hobbs. Sonnabend: Der Weineidbauer. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Weineidbauer. Abends und Montag: Der Herr von St. Georgen. (Anfang 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelms-Opernhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Othello. Abends: Die Jungfrau von Orléans. Montag: Othello. Dienstag: Die Jungfrau von Orléans. Mittwochnachmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Abends: Blüchmann als Erzähler. Donnerstag: Othello. Freitag: Der Hypochonder. Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Abends: Im bunten Rod. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Othello. Abends: Der Hypochonder. Montag: Die Jungfrau von Orléans. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Volkstheater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Alceste. Abends 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die Jüdin. Dienstag: Die Alceste. Mittwoch: Indira. Donnerstag: Cleopatra. Freitag: Manzanilla. Paris, die Tochter des Regiments. Sonnabend: Cleopatra. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: La Traviata. Montag: Der Troubadour von Säckingen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Raisen-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Reife um die Erde in 80 Tagen. Abends: Der Hochzeitstag. Montag: Die Abteilungen. Dienstag: Vater und Sohn. Mittwoch: Der Weisheitsfresser. Donnerstag: Ich mich frei. Freitag: Vater und Sohn. Sonnabend: Der Weisheitsfresser. Sonntag: Vater und Sohn. Montag: Der Hochzeitstag. (Anfang 8 Uhr.)
Kaiser-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Faust. Abends: Deborah. Montag: Der Weineidbauer. Dienstag: Deborah. Mittwoch: Maria Stuart. Donnerstag und Freitag: Der Weineidbauer. Sonnabend: Die Herren Söhne. Sonntag und Montag: Der Weineidbauer. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron. Abends: Der Graf von Burgund. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron. (Anfang 8 Uhr.)
Lustspielhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Frau Hans. Abends: Der dionische Jude. Sonntag, 20. Februar, nachmittags 3 Uhr: Los vom Manne. (Anfang 8 Uhr.)
Thalia-Theater. Abends: Die Dollarprinzessin. (Anfang 8 Uhr.)
Reichens-Theater. Abends: Im Laubensack. (Anfang 8 Uhr.)
Trianon-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Pariser Blumen. Abends: Theodore u. Cie. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Pariser Blumen. (Anfang 8 Uhr.)
Kassio-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Mutter Gräber. Abends 8 Uhr: Der Obergäuner. Sonntag, 20. Februar, nachmittags 4 Uhr: Mutter Gräber.
Avolio-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Der Weineidbauer. Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Wintergarten. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Volling-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Walhalla-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Palast-Theater. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Gebirg-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Meine-Deine Tochter. Abends: So muß man's machen. Eine Uebergangssche. (Anfang 8 Uhr.)
Folies Caprice. Abends: Herr Wassertröpf. Der Lustturner. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Burgtheater. Täglich Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Mitropol-Theater. Abends: Hallo! Die große Neuze! (Anfang 8 Uhr.)
Reichshallen-Theater. Abends: Stettiner Sängler. (Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.)
Urania-Theater. Laubert. 18/19. Abends: Im Himmelsraum des Oberengadin. Mittwoch: Die Natur des Mittelmeergebietes und ihr Einfluß auf die Bewohner und Geschichte. (Anfang 8 Uhr.)
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Vermischtes.

Der Untergang des „General Changy“

über den wir bereits in der gestrigen Nummer unter Depeschen kurz berichteten, erfolgte, einer Meldung aus Palma zufolge, schon Mittwoch abend in einem Augenblick, wo trotz heftigen Unwetters das Schiff sich in schneller Fahrt befand, um aus der gefährlichen Zone herauszukommen. Die Nacht war sehr dunkel, und das Schiff lief mit furchtbarer Gewalt auf. Der Zollbeamte D o d e r entging dem Tode wie durch ein Wunder und verbrachte den Rest der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag

ohne Bewußtsein am Strande.

Erst unter den Strahlen der Sonne kam er wieder zu sich und irrte den ganzen Donnerstag umher. Am Freitag gelangte er endlich nach Ciudabala, von wo sich die Behörden, nachdem er von dem Schiffbruch Mitteilung gemacht hatte, sogleich an den Ort des Unglücks begaben. Am das gesunkene Schiff sah man viele Leichen schwimmen. Die Boote des Dampfers hatten wegen des Unwetters nicht benutzt werden können. Nach den von der Compagnie Transatlantique stammenden Angaben sind bei dem Untergang

153 Menschen umgekommen.

Die Passagierliste weist 88 Personen auf und enthält auch einige deutsch klingende Namen. Die Wärtner erinnern daran, daß der verunglückte Dampfer im Juli 1896 in der Nähe von Bergen (Norwegen) auf Grund geraten und von dem deutschen Kreuzer „Greif“ wieder flott gemacht worden war.

Aus Paris wird gemeldet: Das schwere Unglück, das den „General Changy“ betroffen hat, ruft in Marseille und Algier ergreifende Kundgebungen der öffentlichen Trauer hervor. Die Vergnügungsanstalten sind in beiden Städten geschlossen, die Gebäude der französischen und ausländischen Gesellschaften sowie die Schiffe in den Häfen haben halbhohe geflaggt. Vor den Geschäftsräumen der Compagnie Transatlantique in Marseille drängt sich eine ungeheure Menschenmenge. Es ist schwer, die Namen der einzelnen Passagiere zu ermitteln.

Ueber das Unglück liegen noch folgende Meldungen vor: Madrid, 11. Februar. Der Untergang des Dampfers „General Changy“ erfolgte an der Rockküste der Insel Renorca in der Nähe von Ciudabala, wo auch der einzige überlebende Passagier, ein Zollbeamter, geborgen wurde. Der Dampfer, der 87 Passagiere und eine aus 47 Köpfen bestehende Besatzung an Bord hatte, wurde 1891 erbaut und war eines der größten Schiffe der Algier-Marseille-Linie der Compagnie Générale Transatlantique. Algier, 11. Februar. Die Nachricht von dem Untergange des Dampfers „General Changy“ hat hier große Bestürzung hervorgerufen. Man hoffte immer noch, daß der Dampfer trotz der Verspätung eintreffen werde, denn der Kapitän des Dampfers, Canal, war als ein Mann von äußerster Vorsicht bekannt. — Von den 87 Passagieren waren 35 Kajüten- und die übrigen Zwischendeckspassagiere. — Ein junges Mädchen erwartete mit dem Dampfer ihren Bräutigam, die Hochzeit sollte Sonnabend stattfinden.

Eine entsetzliche Familientragödie

ereignete sich einer Meldung aus Kaiserslautern zufolge in St. Ingbert. Dort wüdete der 28 Jahre alte Maschinist Philipp Wagner gestern abend seine gleichaltrige Ehefrau durch einen Revolveranschlag, verletzte seine vier Kinder im Alter von 0, 4 und 9 Jahren und 4 Monaten durch Hammerschläge auf den Kopf lebensgefährlich und tötete sich dann selbst durch einen Revolveranschlag. Das Motiv der Tat sieht nicht fest.

Drei Anaben ertrunken.

Einer Meldung aus Stade zufolge sind in dem nahen Dorfe Guberhandviertel drei Anaben im Alter von sechs bis acht Jahren auf dem Eise eines tiefen Grabens eingebrochen und ertrunken.

Zu der Diskussion für die Opfer der Ueberschwemmungen wird aus Paris gemeldet, daß der Finanzminister, da vielleicht ein Teil der zu unterstützenden Geschäftskreise lange Zeit hindurch nicht zahlungsfähig sein dürfte, behufs Deckung der von der Bank von Frankreich zu gewährenden Vorschüsse einen Garantiefonds von 40 000 000 Frank errichten will, zu welchem der Staat und die betreffenden Departements, die Stadt Paris und die Bankinstitute beitragen sollen. Die letzteren allein haben 10 000 000 Frank übernommen, von denen bereits die Hälfte gezahlt ist.

Witterungsbericht vom 12. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Witterung	Temperatur (hohes Grad C)	Station	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Witterung	Temperatur (hohes Grad C)
Stettin	761.50	4 heller	—3	Wolkenlos	—11	Stettin	761.50	4 heller	—3	Wolkenlos	—11
Bamberg	758.50	2 Nebel	—3	Wolkenlos	—8	Bamberg	758.50	2 Nebel	—3	Wolkenlos	—8
Berlin	760.50	2 Schnee	—1	Wolkenlos	—5	Berlin	760.50	2 Schnee	—1	Wolkenlos	—5
Frankfurt	762.50	5 bedeckt	—1	Wolkenlos	—1	Frankfurt	762.50	5 bedeckt	—1	Wolkenlos	—1
München	764.50	4 bedeckt	—1	Wolkenlos	—2	München	764.50	4 bedeckt	—1	Wolkenlos	—2
Wien	765.50	2 wolkenlos	—3	Wolkenlos	—3	Wien	765.50	2 wolkenlos	—3	Wolkenlos	—3

Wetterprognose für Sonntag, den 13. Februar 1910. Zunächst etwas wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Nebelschichten und mäßigen (abwärtigen) Winden; später wieder ein wenig milder. Berliner Wetterbureau.

Die Mill-Opera

Ist das anerkannt vielseitigste, vollkommenste Musikinstrument des Jahrhunderts,

dabei wird auch immer nur die Mill-Opera nachgemacht und nicht die anderen!

Bezug nur durch die Firma **Otto Jacob sen., Berlin 505 Friedenstr. 9.**
Größtes Sprechmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Gegen Barzahlung
• mit 5% Rabatt •

Gegen bequemste

Monats-Raten

ohne 1 Pfennig
Aufschlag!

Vollständig kostenlos

gelangt der Käufer einer echten Mill-Opera in den Besitz eines reichhaltigen Repertoires, da wir zu jedem gekauften Apparat je nach Größe 20 bis 40 verschiedene Konzertstücke und 200 Nadeln gratis liefern!



Für alle
Apparate
2 Jahre
schriftliche
Garantie.

Mod. 20. M. 94.—. Eleganter Salon-Apparat, mahagonifarbig polierter Kasten mit Gold-Arabisken, Größe 35x35x17 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt, farbig lackierter Tonarm und Blumenschalltrichter, 32 cm Schallöffnung. Mill-Opera-Konzert-Schalldose. Monatsrate M. 5.—.
8 Doppelplatten à 3 M. = 16 neueste Stücke u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 8 Doppelpl. gratis.



Mod. 17. M. 59.—. Aparte Luxus-Ausstattung, mahagonifarbig polierter Kasten mit Gold-Arabisken, Größe 33x33x15 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt, farbig lackierter Blumenschalltrichter, 41 cm Schallöffnung. 1a Konzertschalldose. Mit Mill-Opera-Konzertschalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 4.—.

Zum Apparat werden 6 Doppelplatten à 3 M. = 12 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Weiter 6 Doppelplatten bei der 6. Rate.

Vertreter an allen Orten gesucht
gegen hohe Provision auch für unsere
Abteilung: Uhren und Goldwaren.



Mod. 11. M. 48.50. Mahagonifarbig poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm, alle Teile ff. vernickelt. Farbig lack. Blumentrichter, 40 cm Schallöffnung. 1a Konzert-Schalldose. Mit Mill-Opera-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 3.—. Zum Apparat werden 5 Doppelplatten à 3 M. = 10 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Bei der 6. Rate noch einmal 5 Doppelplatten gratis.



Mod. 15a. M. 39.50. Braun oder grün poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm, alle Teile ff. vernickelt, farbig lackierter Blumentrichter, 38 cm Schallöffnung, 1a Konzert-Schalldose, mit Mill-Opera-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 3.—. 5 Doppelplatten à 3 M. = 10 neueste Stücke u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 5 Doppelplatten gratis.

Bestell-Zettel im Couvert einstecken
= Zettel = ausschneiden
Hiermit bestelle ich bei der Firma **Otto Jacob senior, Berlin 505**
1 Mill-Opera Mod. _____
inkl. den dazu gehörigen Schallplatten und 200 Nadeln
Die Begleichung erfolgt durch Zahlung von M. _____ am 1. Jd. Mts. Beim Empfang zahle ich M. _____ durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte. Als Anzahlung sind 10—20 pCt. der Gesamtsumme erwünscht.
Ort: _____ Datum: _____
Vor- u. Zunamen: _____ Stand: _____
Straße u. Hausnummer: _____

Interessante Kataloge über Konzert-Apparate und Schallplatten überallhin gratis und franko.

Brauerei Karl Gregory

Aktiengesellschaft

Berlin N., Hochstraße 21/24 Amt III 1008 und 3183.

Lager-

Pilsener-

Münchener-

Biere

.. Ringfrei! ..

Wacholder-Extrakt „Medico“

Reichel's echter
wird mit vielseitigem Erfolge bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hämorrhoiden, Magenschwäche, manchen Frauenleiden, Influenza, Asthma, chron. Hustenleiden gebraucht, wirkt schleimlösend auf Brust und Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper, ist magenstärkend, Appetit u. Verdauung anregend und ein vollkommenes und gründliches Blutreinigungsmittel.

Vermöge keiner ableitenden, speziell harntreibenden und unreinigenden anscheinenden Wirkung ist er bei Darm-, Blasen- und Nierenleiden von hohem Werte und wirkt auf alle Teile des Organismus in nur wohltätiger Weise ein. Niemals ausgenommen, garantiert echt und frisch nur in Originalpackungen M. 1.50 u. 2.50 (Probe fl. 75 Pf.) zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin SO. 43, P. Anstaltstr. 4. VI 4751, 4752, 4753
So in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, Befundung hier frei Haus.

Man verlange aber ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls andere Fälschungen.

Sofort zu vermieten: 4103L*
Tegel, Bahnhof-Str. 17-18
2 Zimmer u. Küche. Preis 330 M.

Wilmsdorf, Prager Straße 16,
2 Zimmer-Wohnungen
mit Zentralheizung etc. 360—480 M. 4161L*

Zur Beachtung.

In letzter Zeit sind mir aus Händler- und Konsumentenkreisen viele Klagen zugegangen, daß unter meinem Namen andere Fabrikate in den Handel gebracht werden.

Ich erlaube mir daher, darauf aufmerksam zu machen, daß ich meine Tabake wie folgt fabriziere:

Nur echt in 10-Pfg.-Rollen

„ „ „ 5-Pfg.-Stangen

Twist nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie bitte auf den Einlage-Zettel mit meiner Firma in jeder Rolle und in jedem Bunde Stangen.

Ebenso muß jedes Bund Stangen eine Plombe mit Firma tragen, die 3-Pfund-Kisten sind mit Firma-Brand verschnürt und plombiert erhältlich.

Weisen Sie daher Nachahmungen meiner Fabrikate zurück!

G. A. Hanewacker, Nordhausen.
Spezialität: Kautabak.

Reinickendorf, Schweizer-Viertel, im neuen Zentrum,
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäferfests vorzüglich gelegene billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon usw. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Drienerger Straße, Mühl-Straße, Dolländer- und Thuner Straße.

Rixdorf, Selchowestr. 13,
3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M.
1 u. 2 „ „ 216—324 „
2 Läden,
passend für jedes Geschäft, 336, 540 M. 4162L*

„Schweizerhof“
Meierei und Milch-Kuranstalt
liefert

Vollmilch u. Kindermilch
zu jeder Tageszeit
frei Haus zu den üblichen Preisen.
Lieferant der Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend.
Besichtigung der Meierei jedermann Sonntags, nachmittags 3 bis 5 Uhr, gestattet.

Was ist Morenga?

Bester u. billigster Ersatz holl. Süßbutter. Detailspreis 22.000. So nicht zu haben direkt ohne Zwischenhandel 10 Pfd.-Koffel M. 6.96 franko bei J. Mohr, Breda (Holl.) gegr. 1875. 197*



Kronen-

Bouillon-

Würfel

sind und werden

überall
beliebt.

Es gibt
keine besseren.

Weisen Sie
minderwertige
Nachahmungen
entschieden zurück!

Möbel-Sonder-Verkauf

wegen Umbau und Vergrößerung **M. Hirschowitz**
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen
Berlin SO., Skalitzer Str. 25 an der Hochbahn.
Ausgesuchte Möbel können b. z. Gebrauch kostenlos lagern. Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Mädchen Preußens!

Die Arbeiterchaft Preußens steht im heißen Ringen um ein demokratisches Wahlrecht zum Preussischen Landtag.

Die Empörung über die politische Rechtslosigkeit, über die politische Gelotienstellung der Massen, und die Erbitterung über dieses ungeheure Unrecht, hatten im bisherigen Wahlrechtskampf immer auf neue und in zunehmendem Maße aufpeitschend gewirkt und damit den Umfang und die Intensität des Kampfes fortgesetzt gesteigert.

Und nicht zum wenigsten waren es die Frauen und Mädchen Preußens, die in immer größerer Zahl sich in die Kampfereihen der Arbeiterchaft stellten, um durch Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit teilzunehmen an der Eroberung des vollen Bürgerrechtes für Mann und Weib, an der Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes, für alle zwanzigjährigen Staatsbürger, männliche und weibliche.

Unser Wahlrechtskampf seitige zunächst den Erfolg, daß in feierlicher Thronrede die zeitgemäße Reform des Dreiklassenwahlrechtes verheißt ward. Der 5. Februar 1910 bringt endlich die „Erfüllung“ dieser Verheißung, die Wahlrechtsvorlage der Regierung wird veröffentlicht. Ein einziger Schrei der Empörung, des Iodernden Jörnens geht durch die Reihen, als sie erfahren, was man dem werktätigen Volke zu bieten mag: Nicht Beseitigung oder auch nur Verminderung seiner Rechtslosigkeit, sondern Verstärkung und Befestigung dieser Bürokratismus und Militarismus, seither schon die stärksten organisierten Machtmittel des Staates zur Niederhaltung des gegen Ausbeutung und Rechtslosigkeit rebellierenden Volkes, sollen nunmehr zu einem noch festeren Bollwerk der Reaktion gestaltet werden, durch Privilegierung der Militäranwärter, Beamten, gelehrten Militärs usw. Zu der Dreiklassenmach und der Oeffentlichkeit der Wahl folgt man noch diese Privilegierung zahlreicher von der Regierung absolut abhängiger Wähler. Das ist eine schamlose Verhöhnung der Arbeiterchaft, die ihr Recht verlangt, und der man erhöhte Rechtslosigkeit bietet.

Gleich einem Peitschenhieb, mitten ins Gesicht verfehlt, empfindet die Arbeiterchaft Preußens diese Verhöhnung, und ihr Selbstgefühl bäumt sich auf dagegen, ihr Jörn treibt sie zur Tat. Das Bewußtsein, jetzt gilt es, führt und entschlossen den zehnfach verstärkten Kampf zu führen gegen unsere Feinde und Unterdrücker, jetzt gilt es, der Macht der Reaktion die Macht der Arbeiterklasse gegenüber zu stellen, durchschlägt daher um so mehr alle Proletarierhergen.

Bei diesem Kampfe um Recht und Freiheit darf unter keinen Umständen die größere Hälfte der Arbeiterchaft, die weibliche, fehlen. Ja, mehr noch! Die Frauen und Mädchen Preußens als die doppelt Entrechteten und Interessierten, haben in den ersten Reihen zu stehen. Kämpfen sie doch damit auch um das volle Bürgerrecht des Weibes.

Ihr Frauen und Mädchen Preußens folgt dem Gebot der Stunde! Alle herbei, wo der Kampfeshof erschallt, wo es gilt, einen Volksturm zu entfesseln, stark genug, die Reaktion fortzujagen und der Freiheit die Waffe zu bahnen.

Auf in den Wahlrechtskampf!

Die preussischen Frauen im Wahlrechtskampfe.

Ein Massenaufruf der Frauen im Wahlrechtskampf bildete die öffentliche Frauenversammlung, die am Freitagabend im großen Saale der Volkshauserei in der Chausseestraße stattfand. Der Saal war gedrängt voll, von Frauen. Die Rednerin, Genossin Dieb, führte den Anwesenden vor Augen, wie das arbeitende Volk, wie die Träger der Produktion und des Wirtschaftslebens in Preußen zu politischen Gelotien degradiert sind und das furchtbare Unrecht immer tiefer empfinden. Aber statt der Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht entgegenzukommen, statt Verbesserung, bietet die neue Wahlrechtsvorlage noch Verschlechterungen des bestehenden Dreiklassenwahlrechtes. Man habe kaum geglaubt, daß die preussische Regierung es wagen würde, den breiten Massen des Volkes einen solchen Faustschlag ins Gesicht zu geben, wie mit dieser Vorlage. Die Rednerin wies an den verschiedenen Bestimmungen der Vorlage nach, wie sehr berechtigt dieses Urteil ist, und führte weiter aus, daß die Begründung, die der preussische Ministerpräsident im Landtag dazu gab, in Wirklichkeit eine Verteidigung des bestehenden Wahlrechts war. Wenn die Nachhaber in Preußen glauben, sie könnten mit dieser Vorlage durchkommen, so haben sie sich außerordentlich geirrt. Wenn die preussische Regierung die Ab-

sicht hätte, den Wahlrechtskampf zu verstärken und immer mehr anzufachen, so hätte sie keine andere „Reform“ als diese vorschlagen können. Es sei erklärlich, daß Weismann Dollweg nervös wurde, als ihm die Peitsche im Landtag entgegengehalten. Aber wenn er der Schabpucker der Junker sein wollte, mußte er sich bewußt werden, was darauf zu erwarten war. Er hat eine Rede gehalten, die er im Reichstag zu halten nicht wagen durfte. Er hat die heftigsten Angriffe gegen das Reichstagswahlrecht erhoben und sich nicht geschämt, Preußen gegen das Reich und die übrigen Bundesstaaten auszuspielen. Das ist um so schärfer zu verurteilen, als kurz zuvor im Reichstoge jener Oldenburg ganz offen zum Staatsstreich auf-forderte. Da wäre es Weismanns Pflicht gewesen, Vermahnung gegen diese Unverschämtheit einzulegen, wenn er verfassungstreu sein wollte. — Im weiteren Verlauf ihres Vortrages ging die Rednerin besonders auf die Frage des Frauenwahlrechtes ein. Die Regierungsvorlage sei so unvorsichtig abgefaßt, daß danach den Frauen das Wahlrecht aufhören würde. Es heißt ausdrücklich, daß jeder Preuze usw. wahlberechtigt sein soll, und wir Frauen sind doch auch Preußen. Aber man wird den „Fehler“ wohl noch gemahnt werden und hinter Preußen die Worte „männlichen Geschlechts“ einfügen. Diese reaktionäre Regierung und ihre Hintermänner, die das elende Wahlrecht der Männer noch verschlechtern wollen, sind natürlich nicht gesonnen, den Frauen das Wahlrecht zu geben. Aber es gab in Preußen im Jahre 1907 schon über 10 Millionen erwerbstätige Frauen und Mädchen. Wenn wir einen so wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben bilden, dann haben wir auch Anspruch darauf, die vollen staatsbürgerlichen Rechte zu erhalten. Das Frauenwahlrecht wird zu einer zwingenden Notwendigkeit, und nicht nur für die gewaltige Masse der erwerbstätigen Frauen, sondern auch für die, die das Glück haben, sich ihrem Beruf als Hausfrauen und Mütter hingeben zu können. Die Rednerin zeigte an verschiedenen Beispielen, welche Interesse die Frauen an der Gesetzgebung im Staat wie im Reiche haben, und schloß mit der Mahnung an die Frauen, gemeinsam mit den Männern ihre ganze Kraft im Wahlrechtskampfe einzusetzen und dafür zu sorgen, daß die Regierungsvorlage schleunigst dahin befördert wird, wozu sie gehört, in den Papierkorb. Wir doppelt Entrechteten dürfen bei den Wahlrechtsdemonstrationen auf keinen Fall zurückbleiben. Wenn eine Frau am Sonntag nicht von ihren Kindern fort könne, so möge sie mit ihrer Nachbarin übereinkommen, daß wenigstens eine von beiden auf dem Plane erscheine. Es sei auch kein Entschuldigungsgrund, wenn eine Frau sage, sie müsse für das Essen sorgen. Man könne an einem solchen Tage ganz gut mit Brot auskommen. Wir sind so mächtig, daß wir uns das Wahlrecht erringen können. Laßt uns nur einig sein, und dokumentieren Sie diese Einigkeit auch darin, daß Sie, soweit Sie noch nicht Mitglied sind, samt und sonders der Partei beitreten! Dann können wir zu der reaktionären Gesellschaft sagen: „Seht, eure Wahlrechtsvorlage hat dazu geführt, die Reihen der Sozialdemokratie ungeheuer zu stärken und den Wahlrechtskampf um so lebhafter und stürmischer zu gestalten.“ Dann haben wir es in der Hand, nicht nur ein gerechtes Wahlrecht zu erkämpfen, sondern auch eine gründliche Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen durchzuführen und der Freiheit eine Waffe zu bahnen.

Dem Vortrage folgte eine kurze Diskussion. 60 neue weibliche Mitglieder für den Wahlverein wurden gewonnen. Die Versammlung schloß mit brausenden Hochrufen auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter.

Vom Frauenwahlrecht in Amerika.

Dem gesetzgebenden Körper von Maryland liegt ein Entwurf vor, der die Einführung des Frauenstimmrechts bewirkt. Statt des allgemeinen Wahlrechts wird ein solches für Frauen mit einem Vermögen von mindestens 250 Dollar gefordert. Und die „demokratische“ Mehrheit der Legislatur des alten Sklavenhalterstaats stellt die weitere Bedingung, daß alle farbigen Frauen ausgeschlossen sein sollen.

Eine wirkliche Wahlreform wird dagegen im jungen westlichen Staate Oklahoma betrieben. Anstatt der durch die Staatsverfassung geforderten 35 000 haben 50 000 Bürger dem Staatssekretär den Antrag unterbreitet, das allgemeine Frauenwahlrecht einzuführen. Natürlich haben unsere Genossinnen, die in Oklahoma stark vertreten sind, sich an der Wahlrechtsbewegung energisch beteiligt. Auch in den Weststaaten Washington, Süd-Dakota und Oregon liegen die gleichen Anträge für die Volksabstimmung vor.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Die Genossinnen des Wahlvereins veranstalteten heute, Sonntag, den 13. Februar, abends 8 Uhr im Tunnel der Neuen Rathausstraße, Weininger Straße 8 einen Familienabend, dem ein Vortrag der Genossin R. Thiel über „Kinder-

schutzgesetze“ vorausgeht. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Versammlungen.

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schmiede hielt am Donnerstag bei Dräsel in der Neuen Friedrichstraße ihre ordentliche Generalversammlung ab. Es wurde die Abrechnung vom 4. Quartal 1909 vorgelegt. Sie schließt für die Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 16 064,78 M. ab. Unter den Ausgaben sind 4473,45 M. für Arbeitslosenunterstützung, 2550,86 M. für Krankenunterstützung, 255,10 M. für Streit- und 2193,40 M. für Gemeinheitsunterstützung; an die Hauptkasse wurden 2280,07 M. gesandt. Für die Lokalkasse waren die Einnahmen, den alten Bestand von 19 192 M. mitgerechnet, 22 250,75 M., die Ausgaben 2133,85 M. Der Kassenbestand war also am Quartalschluß auf 20 126,10 M. gestiegen. Außerdem sind in Wertpapieren usw. angelegt 36 400 M., so daß das Vermögen der Zahlstelle 56 526,10 M. beträgt. Die Mitgliederzahl war am Quartalschluß 2305; sie ist im letzten Halbjahr um 150 gestiegen. — Nach Entgegennahme des Kassenberichts beschäftigte sich die Versammlung mit Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes, die im Mai dieses Jahres in München stattfinden. Ueber die Anträge war bereits in einer besonderen Kommission beraten worden, die nun zunächst ihren Bericht gab. Es liegen verschiedene mehr oder minder wichtige Änderungsanträge zum Statut wie zu den Unterstützungsreglementen, zum Rechtschutz- und zum Streitreglement vor, über die in eine Generaldiskussion eingetreten wurde. In der Hauptsache handelte es sich jedoch in der Diskussion um die Frage der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. Hierzu lag unter anderem ein Rundschreiben der Hamburger Zahlstelle des Schmiedeverbandes vor, das übrigens auch in der „Schmiedezeitung“ abgedruckt worden ist und in dem alle die Gründe, die für die Verschmelzung sprechen, dargelegt werden. Aus der Versammlung wurde ein Antrag gestellt, die Münchener Generalversammlung möge dem Verbandsvorstand Auftrag erteilen, mit dem Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes zwecks Verschmelzung in Verbindung zu treten. Der Antragsteller Reumann begründete diesen Vorschlag ausführlich und wies namentlich darauf hin, daß in den größeren Betrieben die Schmiede teils dem Schmiede-, teils dem Metallarbeiterverband angehören, daß von beiden Verbänden Vertrauensmänner vorhanden sind, von denen natürlich jeder zunächst für seine Organisation tätig ist, während doch das Gesamtinteresse der Arbeiter besser gewahrt werden könnte, wenn alle ein und derselben Organisation angeschlossen wären. Gegen den Antrag sprach Henschel. Der Verbandsvorstand habe entgegen dem Beschluß der Dresdener Generalversammlung mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes über die Verschmelzung verhandelt. Die Bedingungen, die für den Uebertritt gestellt werden, seien nicht annehmbar. Es müßten einmal Vorkehrungen getroffen werden, durch die den Schmieden innerhalb des Verbandes volle Bewegungsfreiheit gesichert werde. Im weiteren Verlauf der Debatte trat für die Verschmelzung namentlich der Zahlstellenvorsitzende Siering sehr entschieden ein. Der heut noch auf dem Standpunkt stehende, die Verschmelzung abzulehnen, habe die Entwicklung der Verhältnisse nicht begriffen. Daß die Bewegungsfreiheit der einzelnen Gruppen im Metallarbeiterverband nicht beeinträchtigt werde, habe ja neuerdings wieder die Schlosserbewegung bewiesen. Eine Vereinigung der beiden Verbände sei im Interesse der Organisation sowohl wie der Mitglieder notwendig. Es komme für die Versammlung nun darauf an, sich im Prinzip für die Verschmelzung zu erklären und demgemäß dem Antrage Reumann zuzustimmen. — Die Abstimmung ergab, daß der Antrag mit 95 gegen 77 Stimmen ausgefallen wurde. Die Versammlung hat sich somit in ihrer Mehrheit für die Verschmelzung ausgesprochen. Ueber die übrigen Anträge zur Verbandsgeneralversammlung soll in der nächsten Versammlung, die über 14 Tage stattfindet, weiter beraten und beschlossen werden. Sie sollen den Mitgliedern dann schriftlich vorgelegt werden. Zum Schluß der Versammlung machte der Vorsitzende auf die Wahlrechtsversammlungen am Sonntag aufmerksam und forderte die Anwesenden auf, alles aufzubieten, um den Massenprotest gegen die Verhöhnung des preussischen Volkes so wirksam wie nur irgend möglich zu gestalten und überhaupt für den Wahlrechtskampf ihre ganze Kraft einzusetzen.

Allgemeine Familien-Gesellschaft. Heute Sonntag von 3-5 Uhr: 3 Abt. bei Herrn. Adorf. 122. Regel. Die freie Jugendorganisation veranstaltet am 13. und 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Lokale von Hales, Brunnenstr. 29, je eine Versammlung, in welcher Herr Max Schütte über „Die Entwicklung des Wirtschaftslebens“ referieren wird. Am 17. Februar soll das Museum für Völkerverständnis unter Leitung des Referenten besucht werden; beide Vorträge sollen gleichzeitig als Einführung hierzu dienen. Die Eltern werden gebeten, ihre erwachsenen Kinder diese Veranstaltungen besuchen zu lassen.

KIOS Elegant 1 Alasen 2 Kurprinz 3 Pfg. Kios No. 1 Nazis Abu Sakkim 3 Pfg. Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden. Lieferant der französischen Tabak-Regie.

„Hoffnung“ Berliner Schneiderei-Genossenschaft E. G. m. b. H. Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Gegr. 1. Februar 1906 v. organisiert Schneidergehilfen Berlins. Empfiehlt sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter Herren- u. Knabengarderobe. Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge. Große Auswahl in Winter-Paletots, Ustier, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie Arbeiter-Berufs-Kleidung. Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen. Lieferant 103/11 der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des Arbeiter-Radfahrverbandes. NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabricieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind. Heute von 10 Uhr ab geschlossen.

Die rechnende Hausfrau will ein tägliches Getränk für die Familie haben, das erstens billig, zweitens aber auch ganz unschädlich und wohlschmeckend ist. Kaffheiners Malzkaffee ist erstaunlich ausgiebig und billig, enthält keinen einzigen schädlichen Bestandteil und hat aromatischen Wohlgeschmack.

Brillanten blendend schönen Teint, weiße, sonnenveiße Haut, ein zartes, reines Gesicht und rosiges jugendfrisches Aussehen erhält man bei täglichen Gebrauch der allein echten Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Radebeul. a. St. 50 Pfg. Überall zu haben. Ein guter Rat: Nehmt nur „Ozonit“ (Prof. Giessler's Patent) das moderne Waschmittel. Es macht die Wäsche blendend weiß!

